

Venezuela stand 1999 mit dem Wahlsieg von Hugo Chavez' *Movimiento V. República* am Beginn der Linkswende auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Viele SympathisantInnen fürchten, es könnte angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Zerrüttung des Landes bald auch deren Ende markieren. Angesichts der Machtübernahme konservativ-neoliberalen Regierungen in einer Reihe lateinamerikanischer Länder gestalten sich Diskussion und Umgang mit den Kämpfen in Venezuela schwierig. Erschwert werden sie noch durch eine oberflächliche bis selektive Berichterstattung der Mainstream-Medien, und angesichts von Trumps Kriegsrhetorik erhebt sich die Frage, ob die differenzierte Auseinandersetzung mit der Realität des bolivarianischen Projekts nicht auf später zu verschieben sei.

Wir haben uns dennoch für den kritischen Blick entschieden, getragen von grundsätzlicher Sympathie. Die Schwerpunkt-AutorInnen sind langjährige BegleiterInnen oder ProtagonistInnen des

EDITORIAL

venezolanischen Umbruchs zur Jahrtausendwende. *Leo Gabriel*, jüngst zweimaliger Wahlbeobachter vor Ort, bemüht sich in seinem Überblick, die Errungenschaften des Chavismus angesichts der schwierigen Realität nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die US-amerikanische Anwältin und Publizistin *Eva Golinger*, selbst venezolanischer Herkunft und profilierte Unterstützerin der bolivarianischen Sache, zieht in einem ausgedehnten Inter-

view ein ernüchterndes Fazit zur Entwicklung unter Maduro. Der australische Aktivist *Ryan Mallett-Outtrim*, derzeit in Mexiko wohnhaft, analysiert die (halb-garen) Reformbemühungen des ausufernden Wechselkursregimes. Der Autor dieser Zeilen befasst sich mit den (möglichen) Folgen von Wirtschaftssanktionen für das Land in einem in Veränderung begriffenen geopolitischen Umfeld. Die Ernährungsaktivistin *Christina Schiavoni* berichtet aus eigener Anschauung über die gegenwärtigen Mühen des venezolanischen Alltags, sieht aber auch hoffnungsvolle Ansätze.

Neben diesem Themenschwerpunkt finden Sie weiteren hoffentlich interessanten Lesestoff im aktuellen Berichtsteil. Eine informative wie kritische Lektüre wünscht

Jürgen Kreuzroither

INHALT

THEMA: VENEZUELA: BOLIVARIISCHE REVOLUTION IN BEDRÄNGNIS

Venezuela zwischen den Fronten 4
Von Leo Gabriel

„Die Menschen radikalieren die Bolivarische Revolution“, Interview mit Christina Schiavoni 7
Von Farooque Chowdhury und Fred Magdoff

Zaghafte Wechselkursreform 9
Von Ryan Mallett-Outtrim

„Die Spitze der Machtstruktur ist korrumpiert“
Interview mit Eva Golinger 11
Von Jeremy Scahill

Strangukierung durch Sanktionen? 14
Von Jürgen Kreuzroither

AKTUELLES & ANALYSE

Der Klimawandel, eine unbequeme Wahrheit 15
Von Alberto Acosta

Mexiko–USA: Fluch und Segen des Freihandelsabkommens 16
Von Ralf Leonhard

„Mexiko hat sich zu schnell geöffnet“ 18
Interview mit Bernhard Tröster
Von Ralf Leonhard

Che Guevara: Triumph und Scheitern 19
Von Ralf Leonhard

Guatemala: Kein Ausweg aus der Dauerkrise? 21
Von Juan Ramón Ruiz

Honduras: Unter keinem guten Stern 23
Von Andrea Lammers

Wendestimmung in **Chile** 25
Von Erhard Stackl

Im Laboratorium des Neoliberalismus 26
Chilenische Reiseimpressionen
von Helmut Hostnig

Brasilien: Zwei Jahre nach dem Dammbbruch 28
Von Thomas Bauer

Uruguays Auseinandersetzung mit der Zeit der Diktatur 30
Von Roberto Kalmar

Kurznachrichten 32

„Schöne Ausnahmen engagierten Denkens“ 34
Rückblick auf die **Documenta**
Von Robert Lessmann

Buchbesprechungen 36

Splitter, Termine 39



VENEZUELA ZWISCHEN DEN FRONTEN

Es ist noch nicht so lange her, da war Venezuela das Herzstück des linken Flügels der lateinamerikanischen Demokratien. Folgt man den internationalen Presseberichten, scheint es aber, dass mit dem Tod des legendären Präsidenten Hugo Chavez, der es nicht nur fertiggebracht hat, die Opposition in Venezuela selbst in Schach zu halten, sondern auch die geopolitische Rolle der gesamten Region (insbesondere gegenüber den USA) zu stärken, eine Epoche zu Ende gegangen ist. Doch die Nachrichten aus dem erdölreichsten Land der Welt zeichnen ein meist ziemlich undifferenziertes Bild eines Machtkampfes zwischen dem rechtsgerichteten Parteienbündnis MUD und dem zum Diktator hochstilisierten Präsidenten Nicolás Maduro von der sozialistischen Partei (PSUV). Dass dieses teilweise blutig verlaufene Ringen die gesellschaftliche Spaltung immer tiefer erscheinen lässt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hinter der Kulisse des von den USA inszenierten Säbelrasselns ein politischer Machtkampf um die Wählergunst der VenezolanerInnen abgespielt hat, in dem die Regierung zumindest vorläufig die Oberhand behalten hat.

Von Leo Gabriel

Um mit dem letzten Kapitel des ereignisreichen Jahres zu beginnen: Am 15. Oktober haben – zeitgleich mit den Nationalratswahlen in Österreich – in Venezuela allgemeine Gouverneurswahlen stattgefunden, bei denen in 18 der 23 Bundesstaaten die KandidatInnen der PSUV mit insgesamt 52,7 Prozent der Stimmen einen zwar nicht überwältigenden, aber sicheren Sieg davongetragen haben. Damit wurden die seit dem Vorjahr gehegten Hoffnungen der Opposition, die im Dezember 2015 bei den Parlamentswahlen über 56 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, schwer enttäuscht.

Bei einer näheren Betrachtung der Resultate fällt auf, dass die Parteien der rechten Oppositionsallianz MUD („Tisch der Demokratischen Einheit“) ausgerechnet in jenen Bundesstaaten gewonnen haben, die an der Grenze zu Kolumbien gelegen sind: *Anzoátegui, Mérida, Nueva Esparta, Táchira* und *Zulia*; letzterer ist auch die Region, in der sich die Mehrzahl der venezolanischen Erdölvorkommen befindet. Es sind auch jene Bundesstaaten, in denen die meisten der teilweise äußerst gewaltsamen Proteste stattgefunden haben.

Die Geschichte des Niedergangs

Als Chávez 2013 seinem Krebsleiden erlag, hinterließ er seinem designierten Nachfolger Nicolás Maduro ein von einer wachsenden politischen Polarisierung geprägtes Erbe. Und als sich dann von 2014 auf 2015 die Weltmarktpreise für Erdöl praktisch halbierten¹, wurde die hohe Ex-

portabhängigkeit von diesem einen Rohstoff schlagend. Zusätzlich eingeschränkt wurde der Budgetspielraum durch zuvor erfolgte hohe Kreditaufnahmen, insbesondere bei China, in der Erwartung weiterhin hoher Rohölpreise.

Fast noch größere Schwierigkeiten bereitete Maduro jedoch das ererbte System aus festen Wechselkursen und Preiskontrollen. Es war in den frühen 2000er Jahren als Antwort auf die ökonomische Sabotage durch die von Unternehmerkreisen dominierte Opposition geschaffen worden, führte aber zunehmend zu falschen Anreizen. Wer Zugang zu US-Dollars zum Präferenzpreis bekam, konnte diese auf dem Schwarzmarkt mit einem riesigen Aufschlag verkaufen. Die gleichen Anreize kamen bei Nahrungsmitteln, Medizin und anderen Waren des Grundbedarfs ins Spiel, was den von den Oppositionellen angezettelten Boykott der größtenteils importierten Waren noch einträglicher machte. Als Folge davon stellte sich eine Hyperinflation ein, die bis heute andauert.

Da konnte Maduro noch so lautstark den „Wirtschaftskrieg des US-Imperiums“ gegen seine Regierung anklagen: Solange er das im Grunde genommen linksliberale System nicht antastete, hielt er die Tore zur Plünderung des Staatshaushalts bei gleichzeitiger Verschlechterung der Versorgungslage für die Bevölkerung offen. Überhaupt verabsäumte der Staatschef seit seinem Amtsantritt, grundlegende Reformen voranzutreiben. Er zögerte, die korrupten Interessen der „Bolibourgeoisie“ herauszufordern.

So flüchtete sich der schwache Präsident angesichts eines zusehends komplizierteren innen- und von den USA geförderten außenpolitischen Bedrohungsszenarios in zunehmend autoritäre Maßnahmen. Selbst 2013 bei den Präsidentschaftswahlen nur knapp bestätigt, verlor seine Partei im Dezember 2015 die Mehrheit im Parlament. Prompt forderte die in der MUD zusammengeschlossene Opposition das laut Verfassung den Venezolanern zustehende Recht auf ein Abwahlreferendum ein, das Maduro jedoch immer wieder verschleppte – oft mit fadenscheinigen Argumenten. Seither regierte er mit Notverordnungen und mit Hilfe eines willfährigen Obersten Gerichtshofes, der noch schnell vor der Konstituierung des neuen Parlaments von der alten chavistischen Mehrheit personell neu besetzt worden war.

Eskalationsspirale der Gewalt

Die Krise wurde zum Fanal eines Volksaufstands, als am 30. März dieses Jahres der Oberste Gerichtshof das Parlament entmachtete und sich selbst mit einer legislativen Funktion versah. Zwar wurde die Maßnahme nach persönlicher Intervention Maduros umgehend wieder zurückgenommen, doch das beruhigte die Gemüter nicht.

Eine immense Protestwelle durchzog die Straßen, vor allem in den Residenzvierteln der Hauptstadt und in den bereits erwähnten nördlichen Provinzen nahe der kolumbianischen Grenze. Die Nachrichten von den damit verbundenen Gewaltausbrüchen zirkulierten in den Fernsehkanälen auf der ganzen Welt, gefolgt von Kommentaren, die glauben machten, der Rücktritt von Nicolás Maduro stünde unmittelbar bevor. Erstmals regten sich auch im chavistischen Lager kritische Stimmen, die auf das Ende der Gewalt und einen politischen Dialog abzielten, den die Opposition allerdings verweigerte.

Es ist überhaupt wichtig, die politische Gewalt, die sich in ca. 20 der 325 Municipien Venezuelas entladen hat, einer genaueren Analyse zu unterziehen: Eine jüngst veröffentlichte Studie der venezolanischen NGO *Red de Apoyo por la Justicia y la Paz* stellte fest, dass es von Jahresbeginn bis Ende Juli 122 Todesopfer gegeben hat. Von diesen gingen jedoch nur



Foto: Leo Gabriel

Das Grab von Hugo Chávez, „bewacht“ von Simón Bolívar

12 auf das Konto der Sicherheitskräfte, und 18 Menschen starben bei den von der Opposition errichteten Barrikaden, während über 30 Tote der Lynchjustiz der Oppositionellen zum Opfer gefallen sind. Diese schreckten in einigen Fällen sogar nicht davor zurück, ihre Opfer an Strommasten anzubinden, mit Benzin zu übergießen und bei lebendigem Leib zu verbrennen. Für die restlichen etwa 60 Opfer war die Schuld keiner der beiden Seiten zuzuordnen.

Es gab gut ausgerüstete Scharfschützen, von denen venezolanische Journalisten behaupten, sie gehörten zu den angeblich bis zu 30.000 kolumbianischen Paramilitärs, die nach der Abwahl ihres rechtsradikalen Präsidenten Álvaro Uribe in die nördlichen Provinzen Venezuelas eingesickert sind. Interessant ist auch die Mitteilung von Augenzeugen, dass diese Paramilitärs sich fast immer in Begleitung von professionellen Fotografen befunden hätten, welche die Bilder vom selbst ange-

stifteten Chaos an die internationalen Nachrichtenagenturen oder via *facebook* und *youtube* verbreiteten.

Kurz: die vielfach gewaltsamen Auseinandersetzungen schienen irgendwie und irgendwo vorprogrammiert. Sie waren Teil eines Propagandakrieges, in dem es darum ging, Venezuela als „failed state“ darzustellen, dem nur durch eine massive militärische Intervention von außen „geholfen“ werden könne. Angesichts der diesbezüglichen Drohung von US-Präsident Donald Trump tauchen Bilder aus einer längst überwunden geglaubten Vergangenheit auf, wie die vor dem Militärputsch in Chile 1973, mit dem Unterschied, dass sich

das Militär in Venezuela – von einigen wenigen Einzelfällen abgesehen – bis heute gegenüber der Regierung überaus loyal verhalten hat.

Für die tiefere Konflikthanalyse ist es notwendig sowohl die historischen Wurzeln als auch geopolitischen Interessen zu berücksichtigen, die gerade im Land mit den größten Erdölreserven der Welt bei der Zuspitzung des Konflikts eine wesentliche Rolle spielen.

Chávez und die Bolivarische Revolution

Hier muss zunächst einmal festgestellt werden, dass sich die Oligarchie von Venezuela bereits seit der Amtsübernahme von Hugo Chávez mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen gewehrt hatte, den gewohnten Erdölsegen abzugeben, und mit US-amerikanischer Rückenbedeckung im April 2002 einen Staatsstreich gegen den Präsidenten inszenierte, dessen Popularität nach dem Scheitern des Put-

ches sowohl in der Bevölkerung als auch in der Armee schlagartig zunahm. Ab diesem Zeitpunkt verschärfte Chávez die Gangart: Der dominierende Erdölkonzern PDVSA wurde nach einem längerem Machtkampf verstaatlicht und der Ressourcenreichtum erstmals der Bevölkerungsmehrheit zugänglich gemacht: Die Sozialausgaben stiegen signifikant an, die Armutsrate fiel zwischen 2002 und 2012 von 49 auf 22 Prozent, die Kindersterblichkeit und Unterernährung sanken auf historische Tiefstwerte.

Auch die politische Kultur begann sich zu ändern: Gewalt und Korruption hatten zur tiefgreifenden Entfremdung der BürgerInnen von den Regierenden geführt. *Latinobarómetro*, eine etablierte chilenische Non-Profit-Organisation, die kontinentweit jährliche Befragungen zu Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft durchführt, konnte im Laufe von Chávez' Regierungszeit eine bemerkenswerte Zunahme des politischen Interesses und des Systemvertrauens feststellen. Die von einer konstituierenden Nationalversammlung erarbeitete Verfassung von 1999 hatte außerdem den BürgerInnen mehr Spielraum gegeben, um die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen: Es wurde sogar die Möglichkeit von Abwahlreferenden zur Mitte der Legislaturperiode geschaffen.

Diese Errungenschaften ließen die Opposition allerdings nicht gemäßigter auftreten. Der Verlust der Privilegien schmerzte weiterhin so sehr, dass sie sich vor allem im Ausland bemühte, das Bild eines sozialistischen Unrechtsregimes zu propagieren. Chávez wurde einmal mit Hitler und dann wieder mit Stalin und Fidel Castro verglichen. Nicht zuletzt gab Chávez selbst, ein Mischling aus ärmlichen Verhältnissen, eine ideale Zielscheibe für die rassistischen Ressentiments der traditionellen Eliten ab.

Wie dem auch sei: Der fragile gesellschaftliche Zusammenhalt wurde vor allem durch die Persönlichkeit von Chávez hergestellt, was bis zu einem gewissen Grad im Widerspruch zum emanzipatorischen Anspruch seiner Regierung stand. Auch die Effizienz der Regierung ließ zu wünschen übrig, weil im Kabinett in Ermangelung einer gewachsenen Diskussionskultur nicht das entsprechende Vertrauensklima hergestellt werden konnte.

Die mehrmaligen Versuche von Chávez, die Wirtschaft ein Stück weit von ihrer Erdölabhängigkeit zu befreien, scheiterten an diesem mangelnden gesellschaftlichen

⇒ von Seite 5: VENEZUELA ZWISCHEN DEN FRONTEN

Zusammenhalt, und auch der Kampf gegen die allgegenwärtige Korruption im Staatsapparat kam nicht vom Fleck. Die Situation verschlimmerte sich eher noch durch eine Zunahme des Bürokratismus und in späterer Folge durch die Einführung verschiedener Wechselkurse als Mechanismus zur Krisenbekämpfung (siehe Artikel auf Seite 9).

Erst im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2006 verkündete Chávez dann den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Ziel seiner Regierung. Er wettete regelmäßig gegen den Kapitalismus, beliebte aber einen Großteil der Wirtschaft in privaten Händen. Der Staatssektor war erweitert worden und es gab interessante Experimente in der Selbstverwaltung der ArbeiterInnen, doch die herrschende Klasse behielt ihren Reichtum weitgehend und eine neue Elite – die sogenannte „Bolibourgeoisie“ – hatte begonnen, ihre Position zu festigen.

Der K(r)ampf mit der Wirtschaftskrise

Nach Chávez' Tod spitzte sich die Versorgungslage so sehr zu, dass sich die Regierung veranlasst sah, monatlich billige Pakete mit Grundnahrungsmitteln an die Bevölkerung zu verteilen. Die Rezession und eine Inflation von im Vorjahr um die 700 Prozent haben die Gehälter pulverisiert. Rund 1,5 Millionen VenezolanerInnen, vor allem aus der Mittelschicht, haben das Land schon in den letzten 20 Jahren verlassen. Die Arbeitslosigkeit hat epidemische Ausmaße erreicht.

Doch die dringend notwendigen, tiefgreifenden Strukturreformen lassen weiterhin auf sich warten. Die im September beschlossenen Wirtschaftsmaßnahmen sind nichts weiter als eine Bekämpfung von Symptomen. So sind für 50 der lebensnotwendigsten Güter staatliche Preiskontrollen festgesetzt worden; der Mindestlohn und die Pensionen wurden um 40 Prozent erhöht und rigorose Sanktionen gegen den Devisenschwarzmarkt angeordnet. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die jüngste Erklärung von Nicolás Maduro, die Abhängigkeit der nationalen Währung vom US-Dollar durch eine Diversifizierung des Devisenmarktes zu ersetzen, bei der dem Yuan eine besondere Bedeutung zukommen soll.

Wahlmarathon als Lösungsperspektive

Angesichts der Not ist es erstaunlich, dass sich die Bevölkerung nicht noch stärker den Protesten der Opposition angeschlossen hat. Das ist vor allem auf den wachsenden Widerstand gegen die von der MUD vorangetriebenen Gewaltszenarien zurückzuführen. Die überwiegende Mehrzahl der VenezolanerInnen spricht sich jedoch heute für eine politische Lösung aus. Aus diesem Grund haben sich 41,5 Prozent der Stimmberechtigten am 30. Juli an den Wahlen zu einer *Asamblea Nacional Constituyente* (ANC, verfassunggebende Nationalversammlung) beteiligt, obwohl diese von der Opposition boykottiert wurden.

Wenngleich angesichts dieses Boykotts sowohl die Repräsentativität der 545 Abgeordneten zur ANC als auch das mit 8 Millionen Stimmen bezifferte Wahlergebnis in Zweifel gezogen werden kann, erwies sich im Nachhinein die Mobilisierung der chavistischen Basis als ein sehr geschickter politischer Schachzug, der die Opposition im Gegenzug dazu veranlasste, sich an den von Dezember auf 15. Oktober vorverlegten Regionalwahlen zu beteiligen. Bei diesen trugen die KandidatInnen der Regierungspartei – zur Überraschung der MUD sowie mancher Kommentatoren im Ausland – in 18 von 23 Bundesstaaten den Sieg davon.

Als vier der fünf gewählten Gouverneure von der oppositionellen *Acción Democrática* trotz des von der MUD verordneten Boykotts der ANC ihren Amtseid gegenüber der verfassunggebenden Versammlung ablegten, führte das zum Austritt von Enrique Capriles, Ex-Gouverneur von Miranda und einer der wichtigsten Anführer der MUD, aus dem Oppositionsbündnis.

Ob jedoch die verfassunggebende Versammlung, die Maduro selbst als „die oberste Gewalt im Staate“ bezeichnet, zu einer politischen Lösung beitragen kann, wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, sich von den derzeit im Amt befindlichen

Hardlinern in der Regierung zu lösen und zu jenem relativ autonomen, parteiunabhängigen Gefüge der venezolanischen Zivilgesellschaft zu werden, als das sie sich in der Öffentlichkeit präsentiert.

Allerdings sind auch die Scharfmacher in der Regierung unterwegs und drohen jedem Oppositionellen, der die von Donald Trump verhängten Sanktionen begrüßt, mit Prozessen wegen „Landesverrats“.

Auch wenn es in letzter Zeit weniger Protestdemonstrationen gegeben hat, ist kaum anzunehmen, dass sich die Lage mit den Regionalwahlen dauerhaft beruhigen könnte. So sagt Gustavo Márquez, der frühere venezolanische Botschafter in Wien und Bogotá und ehemalige Außen-



Unterstützung der chavistischen Basis für die *Constituyente*

handelsminister, der heute der Gruppe der so genannten *Chavistas críticos* angehört: „Durch die Wahlen hat sich ein Zeitfenster geöffnet. Wenn es der Regierung aber nicht gelingt, die Wirtschaft durch tiefgreifende Strukturreformen in den Griff zu bekommen, wird es sich in spätestens einem halben Jahr wieder schließen.“ Mit den für Dezember anberaumten Gemeindevahlen steht bereits die nächste Kraftprobe zwischen Chavismus und Opposition vor der Tür. ■

Leo Gabriel war sowohl bei den Wahlen zur ANC als auch bei den Regionalwahlen als internationaler Beobachter in Venezuela.

¹ Der Jahresdurchschnittspreis der verschiedenen Rohölsorten sank von 2014 auf 2015 von knapp 100 auf etwas über 50 US-Dollar pro Fass (159 l). Gesunken ist er schon seit 2012 (von ca. 110 US-Dollar) und ist bis 2016 weiter gefallen (auf ca. 45 US-Dollar). Quelle: <http://www.tecson.de/historische-oelpreise.html>

„DIE MENSCHEN RADIKALISIEREN DIE BOLIVARISCHE REVOLUTION“

Das folgende Interview mit Christina Schiavoni*, einer Forscherin und Aktivistin für Nahrungsmittelsouveränität, bietet eine andere Sicht des Lebens der venezolanischen Bevölkerung als die, die wir üblicherweise von den Medien bekommen. Es geht sowohl um die Ernährungs- und Gesundheitssituation als auch um die aktuelle politische Entwicklung und die Einbeziehung der Menschen in die Politik. Das Interview führten Farooque Chowdhury und Fred Magdoff** im August 2017.



Interview mit
Christina Schiavoni

Claps) wesentlich verbessert. Sie wurden im Frühjahr 2016 kurz nach meiner Ankunft initiiert und es gibt sie heute im ganzen Land. Durch diese Komitees organisieren sich die *comunidades* selbst, um direkt mit der Regierung den Zugang zu und die Verteilung der Basisprodukte zu koordinieren, die in den Supermärkten fehlen. Die Familie, mit der ich lebe, bekommt jetzt ein großes Monatspaket mit Maismehl und anderen Grundbedarfsgütern. Größtenteils dank der *Claps* haben die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften drastisch abgenommen, ebenso der Einfluss des Parallelmarktes.

In den großen Medien kommen derzeit täglich Nachrichten zu Venezuela. Würden Sie bitte Ihre aktuellen Erfahrungen in dem Land schildern?

Ich bin Aktivistin für Ernährungssouveränität und Doktorandin. Ich komme aus den USA und mein Forschungsinstitut ist in den Niederlanden, aber ich lebe seit ein- einhalb Jahren in Venezuela und forsche über die Ernährungspolitik. Ich lebe mit einer befreundeten Familie im Arbeiter- viertel El Valle von Caracas. Das gibt mir einen direkten Einblick in die alltäglichen Realitäten, mit denen die Mehrheit der Bevölkerung konfrontiert ist, die städtisch und aus der Arbeiterklasse ist. Zugleich hatte ich Gelegenheit, andere Teile der Stadt zu besuchen und in mehr als die Hälfte der 23 Teilstaaten zu reisen

Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dieser Realität und dem, was in den Nachrichten präsentiert wird. Zum Beispiel stammten die Bilder von maskierten Demonstranten in direkter Konfrontation mit Polizeikräften von Demonstrationen, die sich weitgehend auf die wohlhabenderen Teile der Stadt beschränkten. Ich möchte zudem betonen, dass die organisierenden und mobilisierenden Basisbewegungen, für die die Bolivarische Revolution in all den Jahren bekannt gewesen ist, gerade jetzt sehr lebendig und präsent sind. Das hat die Mainstream-Medien nie interessiert, aber selbst die Alternativmedien waren in ihrer Berichterstattung eher nachlässig

Wie ist die Ernährungssituation, wo Sie sich aufhalten?

Als ich im März 2016 zum ersten Mal nach Venezuela kam, war der Zugang zu Nahrungsmitteln jeden Tag eine große Herausforderung für die Familie, mit der ich lebe. Maismehl, die Hauptzutat für *arepas*, eine Art Brot, das für Venezolaner ein tägliches Grundnahrungsmittel ist, fehlte in den Supermarktregalen. Auch Speiseöl, Milchpulver und Zucker. Der einzige Weg für die meisten Leute, um an diese Artikel zu kommen, war langes Anstehen bei den Läden, wo diese in be- grenzter Anzahl erhältlich waren, oder sie auf dem Parallelmarkt zu einem oft überhöhten Preis zu kaufen. Auf zwei Aspekte möchte ich hinweisen: Es gab in Venezuela nie eine allgemeine Nahrungsmittelknappheit, sondern eher einen Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln; und viele der fehlenden Produkte, einschließlich Maismehl, werden nicht ganz zufällig vom größten privaten Nahrungsmittelkonzern kontrolliert, dessen Eigentümer ein prominentes Mitglied der Opposition ist.

Diese Situation hat sich nun durch die Bildung der lokalen Komitees für Lebensmittelversorgung und Produktion (*Comités Locales de Abastecimiento y Producción*,

Haben Sie irgendwelche Nahrungsmittelunruhen oder Plünderungen von Lebensmittelgeschäften erlebt?

In den anderthalb Jahren in El Valle habe ich an einem Abend im April dieses Jahres Plünderungen beobachtet. Daran waren vor allem Gruppen junger Männer beteiligt, und es wird gesagt, sie wurden dafür bezahlt, aber das kann ich persönlich nicht belegen. Die Plünderung wurde in erster Linie von den Anwohnern selbst gestoppt. Was mich in diesem düsteren Augenblick beeindruckt hat, war das Ausmaß der Reaktion. Früh am darauf folgenden Tag waren massenhaft Nachbarn auf den Straßen, machten sauber und reparierten beschädigte Ladenfassaden, und auf dem zentralen Platz wurde eine große Versammlung der *comunidad* abgehalten.

Wie ist die Gesundheitssituation, dort wo Sie sind?

Auf der einen Seite ist der Zugang zu Gesundheitsversorgung heute in *comunidades* wie El Valle besser als jemals zuvor. Früher mussten die Leute meist aus der *comunidad* hinausgehen, um medizinische Versorgung zu bekommen, wenn sie sich das überhaupt leisten konnten. Heute gibt es an vielen Straßenecken von El Valle die für das *Barrio Adentro*-Programm der Regierung typischen Gesund-

Foto: modimi.com

⇒ von Seite 7: INTERVIEW
SCHIAVONI

heitszentren mit blauen Dächern. Durch die Bolivarische Revolution ist Gesundheitsversorgung nun zugänglich und kostenlos.

Andererseits konnte der Sohn eines Nachbarn sein Mittel gegen Krampfanfälle nicht bekommen und eine andere chronisch kranke Nachbarin hat ebenfalls Schwierigkeiten, ihre täglich notwendigen Medikamente zu erhalten. Und derartige Situationen gibt es im ganzen Land noch viele mehr. Der Mangel an Medikamenten und bestimmten Medizinprodukten ist ein großes Problem. Und schlimmer noch: Wie bei der Lebensmittelknappheit gibt es Belege, die darauf hinweisen, dass dieser Mangel auch erzeugt wird.

Die bekannte venezolanische Ökonomin Pasqualina Curcio hat dokumentiert¹, dass die wichtigen Pharmaunternehmen, die verantwortlich für den Import von Arzneimitteln sind, von der Regierung mehr US-Dollar denn je erhalten, und dennoch ist die Verfügbarkeit von Medikamenten zurückgegangen.

Sind Wirtschafts- und Produktionstätigkeiten in dem Gebiet wegen der politischen Unruhen auf nationaler Ebene zum Stillstand gekommen?

Die Hauptwirtschaftsaktivität in El Valle ist der Einzelhandel. Einkaufszentren und Straßenmärkte sind geschäftig, aber in diesen Tagen reicht das Geld der Leute wegen der hohen Inflationsrate nicht weit, und das macht den Einzelhändlern sicher zu schaffen.

Ich mache mir vor allem um die vielen informellen Straßenverkäufer Sorgen, weil es auch Bargeldknappheit gibt und sich deshalb viele Leute für die elektronische Bezahlung von Einkäufen mit Bankkarten entscheiden. Ich Sorge mich auch um die wirtschaftlichen Folgen der Straßenblockaden der Opposition, die den Transport weiträumig unterbrochen haben. Es gibt einen wöchentlichen Bauernmarkt in einem anderen Teil der Stadt, auf den ich gern gehe, und er war wegen der Straßensperren mehrmals geschlossen. Ich denke an den Verlust an Lebensmitteln und die ökonomischen Kosten für die Bauern und die Verkäufer, wenn der Markt geschlossen blieb, und ich denke an all die ähnlichen Situationen überall im Land.

Ich möchte auch über die Kehrseite der Knappheit sprechen, die vielen findigen und kreativen Antworten, die darauf entstanden sind. Viele Haushalte bauen an, was sie nur können: auf Fensterbrettern, in Höfen etc., und städtische Landwirtschaft nimmt zu, gefördert durch ein neu gegründetes Ministerium für urbane Landwirtschaft. Viele Leute entwickeln auch kulinarische Neuerungen, oder sie kehren zu alten Methoden zurück, um die in den Regalen fehlenden Produkte zu ersetzen. Zum Beispiel mahlen wir jetzt regelmäßig unseren eigenen Mais zu Hause, um unsere *arepas* zu machen, die gesünder und schmackhafter sind. Die Menschen experimentieren auch damit, *arepas* aus anderem Mehl, wie aus Kochbananen, Maniok und Süßkartoffeln zu machen, die es immer gibt. Man sieht jetzt viel mehr Tauschhandel zwischen Nachbarn und es entstehen auch neue Kleinstunternehmen.

Wie ist Ihre Erfahrung beim Einkaufen auf dem Markt?

Ein Lebensmitteleinkauf kann in diesen Tagen in Venezuela ein echtes Abenteuer sein. Supermärkte sind völlig unreal. Zunächst gibt es einen Anschein von Normalität, aber dann merkt man, dass manche Produkte fehlen und andere im Überfluss vorhanden sind. Inflation ist definitiv ein Problem, die Lebensmittelpreise steigen ständig. Zurzeit meide ich Supermärkte so weit wie möglich und entscheide mich für Straßenmärkte und Straßenstände, wo frische Lebensmittel allgegenwärtig und viel günstiger sind.

Nun zur aktuellen politischen Szenerie: Wie ist Ihre Erfahrung, was politische Aktivitäten in Ihrem Viertel angeht?

El Valle ist eine Keimzelle der Organisierung und politischen Mobilisierung der *comunidad*, die das Lebenselixier der Bolivarischen Revolution bildet. Versammlungen der Anwohner, sowohl geplant wie spontan, sind die Regel. Kurz nach meiner Ankunft war eines der Hauptprobleme, um das herum sich Leute organisiert haben, die Lebensmittelverteilung, besonders mittels der *Claps*. Die Vorstellungen gingen weit über die Verteilung von Nahrungsmitteln im Notfall hinaus hin zu einer neuen Art sozio-ökonomischer Aktivitäten in den *comunidades*, um ihnen mehr Autonomie zu verleihen und die

Macht des privaten Lebensmittelindustriekomplexes im Land zu reduzieren. Nach der Ankündigung von Maduro am 1. Mai, eine *constituyente* (verfassungsgebende Versammlung) einberufen zu wollen, war dies das Hauptthema der Diskussionen.

Was ist ihre Erfahrung hinsichtlich der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung?

Dieser Wahltag war ein großer Tag in El Valle. Ich hielt mich einige Zeit beim nächstgelegenen Wahllokal auf, wo es eine sehr lange Warteschlange gab. Die Stimmung war sehr festlich. Von dort aus nahmen mein Freund und ich den Bus zur größten „Ausweichstelle“, die in einem großen Stadion in der Nähe eingerichtet worden war. Für die, die von den jüngsten Schlagzeilen über Venezuela verwirrt sind, ist das ein Punkt, der erklärt werden sollte. Die sogenannten friedlichen und Pro-Demokratie-Demonstranten der Opposition haben diejenigen bedroht, die an den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung teilnehmen wollten. Viele Leute hatten deshalb Angst, in ihren eigenen Vierteln zu wählen, besonders in solchen mit einer starken Präsenz der Opposition.

Wie waren die Debatten über wirtschaftliche und politische Fragen in Ihrem Viertel?

Ein großes Thema der Debatten, besonders angesichts der *constituyente*, ist, wie die Revolution so lebendig wie möglich gehalten werden kann, vor allem nach fast zwei Jahrzehnten des Prozesses. Von besonderem Interesse ist das Gleichgewicht zwischen der uneingeschränkten Macht des Volkes (der konstituierenden Macht), und der Macht der Regierung (der konstituierten Macht). Früher in der Bolivarischen Revolution waren die Grenzen zwischen den beiden so verschwommen, dass sie manchmal kaum mehr zu unterscheiden waren. Es gibt also Diskussionen darüber, wie man die Führung so frisch und so direkt mit der Basis wie möglich verbunden und ihr gegenüber rechen-schaftspflichtig halten kann.

Ebenso wird diskutiert, wie man die Prozesse der „protagonistischen und partizipativen Demokratie“, die immer eine treibende Kraft der Bolivarischen Revolution gewesen sind, vertiefen kann. Chávez betonte in seiner letzten Rede vor allem die Bedeutung des weiteren Aufbaus der

Kommunen². In der Tat gab es einen großen Anstoß für den Aufbau von Kommunen, aber es besteht auch eine Besorgnis, dass dies bei den Prioritäten der Regierung angesichts der aktuellen Herausforderungen in den Hintergrund rückt.

Wie ist die allgemeine Stimmung der Menschen, wo Sie leben?

Es ist eine Stimmung der Entschlossenheit. Das ist das Erste, das mir in den Sinn kommt. Obwohl es direkte Drohungen des Weißen Hauses gab, wenn die Wahlen zur konstituierenden Versammlung abgehalten würden, haben sich die Menschen in El Valle und anderswo in Rekordzahlen beteiligt.

Was mich am meisten beeindruckt, ist die Ausgewogenheit von Pragmatismus und revolutionärer Vision, die ich erlebe, wenn Menschen konkrete Vorschläge unterbreiten und konkrete Maßnahmen ergreifen, um die vielen drängenden Herausforderungen anzupacken, während sie zugleich daran arbeiten, die Revolution weiter zu vertiefen und zu radikalisieren.■

Das Interview wurde auf MR online erstpubliziert (<https://mronline.org/2017/09/01/people-are-radicalizing-the-bolivarian-revolution/>). MR online ist ein Internet-Projekt der Monthly Review, eines traditionsreichen „unabhängigen sozialistischen“ Magazins in den USA. Übersetzung: Eva Haule, amerika21; Kürzung: Jürgen Kreuzroither

*) *Christina Schiavoni befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema Nahrungsmittelsouveränität in Venezuela und forscht dort derzeit für ihre Doktorarbeit, die sie an der Erasmus Universität in Rotterdam absolviert.*

**) *Farooque Chowdhury ist freiberuflicher Autor aus Dhaka, Bangladesch. Fred Magdoff ist emeritierter Professor für Pflanzen- und Bodenkunde an der Universität Vermont, USA.*

¹ <https://mronline.org/wp-content/uploads/2017/09/the-visible-hand-of-the-market-economic-warfare-in-venezuela-Pasqualina-Curcio-C.pdf>

² Die Kommunen (*comunas*) in Venezuela sind Zusammenschlüsse mehrerer kommunaler Räte (*consejos comunales*) auf lokaler Ebene. Diese Räte sind eine Struktur der Selbstverwaltung in den Gemeinden. Gewählte Nachbarnschaftsvertreter sind zur Planung und Haushaltsgestaltung in lokalpolitischen Angelegenheiten berechtigt. Sie haben Verfassungsrang und sollen die Grundlage für den kommunalen Staat bilden. Ziel ist die Überwindung des bürgerlichen Staates. Im Jänner 2017 existierten 1.700 *comunas*.

ZAGHAFTE WECHSELKURSREFORM

Die Regierung scheint auch nach Jahren der halbherzigen Maßnahmen nicht bereit, ernsthafte Reformen anzugehen.

Von Ryan Mallett-Outtrim*

Seit weit über einem Jahrzehnt ist die venezolanische Währung, der Bolívar (BsF), einem kontrollierten Tauschwert unterworfen, was bedeutet, dass jeder, der Bolivares kaufen oder verkaufen möchte, den Weg über die Regierung nehmen soll. In Wirklichkeit findet der meiste Währungshandel auf dem sprießenden Devisenschwarzmarkt des Landes statt, wo die Wechselkurse weit unter den offiziellen Werten liegen, und zwar sehr weit: Im Juni 2017 war der stärkste offizielle Wechselkurs zehn BsF zu einem Dollar. Auf dem Schwarzmarkt lag er näher an 5.900 BsF für einen Dollar¹. Mit anderen Worten war die offizielle Bewertung der Regierung 600-mal stärker als der Straßenwert. Seit Jahren hat die Regierung versprochen, diese Diskrepanz zwischen offiziellen und inoffiziellen Kursen zu schließen.

Die letzten Reformen

Anders als die meisten vorherigen Wechselkursreformen haben die neuen Änderungen keine Wechselkursstufen hinzugefügt oder entfernt. Stattdessen beziehen sich die Reformen dieses Jahres ausschließlich auf die *Dicom*-Börse.

Die Geschichte von *Dicom* selbst begann im März 2016. Es war beabsichtigt, einen freien Wechselkurs für nicht wesentliche Transaktionen einzuführen, wie für Venezolaner, die ins Ausland reisen, oder für Unternehmen, die auf den Import von Waren aus sind, die nicht vom *Dipro*-Kurs abgedeckt sind. *Dipro* ist ein alternativer, stärkerer Wechselkurs und für vorrangige Importe wie Medizin und dergleichen reserviert. Es handelt sich derzeit um zehn BsF zu einem US-Dollar.

Wie schon in der Vergangenheit wird auch das neue System als eine Art Währungsauktion im Zuständigkeitsbereich der Zentralbank arbeiten. Über dieses System können Einzelpersonen jedes Quartal das Äquivalent von 500 US-Dollar kaufen, während private Unternehmen bis zu 400.000 Dollar pro Monat erhalten können.



Gerade im Bereich Wirtschaft war Maduros Politik bisher erfolglos

In nur vier Jahren gab es fünf Grundüberholungen des Wechselkursregimes. Die Klagen blieben dieselben: ein Mangel an ausländischen Devisen, um die Nachfrage zu befriedigen, sowie widersinnige Preissysteme mit begleitender, byzantinischer Bürokratie.

All dies kann erledigt werden, indem man sich einfach auf der Website www.dicom.gob.ve anmeldet. Dieses neue Online-System wird zweifellos von vielen Venezolanern, besonders von Privatleuten, die bis jetzt viel Wartezeit für ihre Dollar-



⇒ von Seite 9: WECHSELKURS-REFORM

zuweisungen investieren mussten, willkommen heißen.

Die von Regierungsseite angekündigte „größere Transparenz“, die auch eine „Dynamisierung der Wirtschaft“ bewirken soll, ist dringend notwendig. Ob das neue und verbesserte *Dicom* dies liefern kann, ist allerdings zu bezweifeln. Denn die Online-Plattform, die einen „völlig freien Wechselkurs“ ermöglichen soll, ist bei näherer Betrachtung nicht so schrankenlos: Die Freiheit gilt nur, solange sich der Kurs „innerhalb von zwei Grenzen, einer niedrigeren und einer höheren“, bewegt. Dies soll „spekulative Handlungen“ vermeiden.

Mit anderen Worten, es ist eher ein Bandbreiten-System mit noch unbekannt Grenzen. Wenn allerdings die obere Grenze nicht in der Nähe von 5.900 BsF pro Dollar liegt (der Schwarzmarktkurs im Juni 2017), dann wird dieses neue *Dicom*-System wahrscheinlich kaum mehr als eine Delle auf dem schwarzen Markt bewirken.

Zweifel sind angebracht

Viele Details des neuen *Dicom* bleiben unklar. Realistisch kommt es aber nur auf zwei Faktoren an: Als erstes muss die Regierung in der Lage sein, Bolivar zu einem Kurs zu verkaufen, der mit dem Schwarzmarkt zumindest vergleichbar ist. Das ist eine große Vorgabe, angesichts der Tatsache, dass im März, wie venezuelanalysis.com berichtete, der *Dicom*-Kurs noch bei 700 BsF zum Dollar stand.

Zweitens muss dieses neue System tatsächlich eine ausreichende Versorgung mit ausländischen Devisen garantieren, um die Nachfrage zu befriedigen. Wenn es das nicht kann, wird der Schwarzmarkt weiter florieren. Die bisherigen Reformen haben in dieser Hinsicht wiederholt versäumt zu liefern. Bestenfalls ist das neue System ein Kompromiss zwischen einem festen Kurs und einer Kursstützung, aber auch das könnte schon optimistisch sein.

Als anderer Vorteil des neuen Systems wird angegeben, dass es transparenter sein wird. Zu diesem Zeitpunkt gibt es keinen Grund, dieser Behauptung überhaupt zu glauben. Schließlich stehen die neuen Online-Auktionen unter der Schirmherrschaft der Zentralbank, die bekannt dafür ist, kritische Wirtschaftsdaten nur zu berichten, wenn die Monde von Jupiter perfekt mit der Venus in Reihe sind.

Zusammenfassend, wenn das neue *Dicom*-System dem Muster folgt, das mit früheren Reformrunden entstanden ist, dann dürfte sich eine vertraute Geschichte entfalten: Die Dinge werden für die ersten Monate laufen, mit vielleicht ein paar erfolgreichen Auktionen. Die Regierung wird den Sieg erklären. Dann, ein paar Monate später, wird das neue System leise aus dem Rampenlicht geschoben, da sich der Wechselkurs erneut von der Realität löst und die Devisen versiegen. Und im nächsten Jahr sehen wir eine neue Reformrunde.

Freier Wechselkurs nötig

Mark Weisbrot, ein Ökonom, der weit links von den typischen Zentristen des freien Marktes steht, hat schon seit langem überzeugend argumentiert, dass Venezuela in einer Art „Inflations- und Entwertungsspirale“ gefangen ist. „Der schnellste und beste Weg, diesen Zyklus zu brechen, ist, die Währung frei zu geben“, sagte er letztes Jahr.

Offensichtlich hat die Regierung Weisbrots Argumentation zumindest gehört. Schließlich war er Mitglied einer *Unasur*-Gruppe, die beauftragt war, eine Reihe von Vorschlägen vorzulegen, wie Venezuela seine Wirtschaft gesunden kann. Er ist so weit gegangen zu begründen, dass Venezuelas gegenwärtige Wirtschaftskrise teilweise entfacht wurde, nachdem „die Regierung die Verfügbarkeit von Devisen (2012 und Anfang 2013) stark reduziert hatte.“

Heutzutage spornen die von der Regierung für BsF-Inhaber künstlich günstig gehaltenen Wechselkurse weiterhin genau die Spekulation an, die angeblich beendet werden soll. Skrupellose Händler können immer noch Dollar über die billigen offiziellen Kanäle einkaufen, dann verkaufen sie sie auf Venezuelas blühendem Devisenschwarzmarkt zu spekulativen Gewinnen. Wenn Sie zum Beispiel einen Dollar über Dipro für nur zehn BsF kaufen können, warum sollten Sie dann nicht sofort losziehen und den gleichen Dollar für 5.900, 20.000 BsF oder mehr auf dem Schwarzmarkt verkaufen? Es ist leicht erworbenes Geld und es treibt eine spekulative Nachfrage nach Fremdwährung an, während es den Bolivar erledigt.

Am schlimmsten ist, dass die Regierung selbst diese spekulative Wirtschaft

effektiv subventioniert, weil sie den offiziellen Wert des BsF künstlich hoch hält. Wer begleicht wohl die Rechnung für die 5.890 BsF? Bei der ersten Beschaffung bietet die Regierung selbst grundsätzlich eine Subvention auf den Kauf von Fremdwährung. Für jede zehn BsF, die der Währungshändler ausgibt, schlägt die Regierung im Grunde 5.890 BsF (bzw. inzwischen ein Mehrfaches davon) drauf, um den offiziellen Kurs so günstig zu halten. Kurzum, Venezuelas Wechselkurssystem ist ein Nährboden für Korruption und Spekulation, und es saugt die schwindenden Kassen der Regierung aus, ganz zu schweigen von der Wirtschaft im Allgemeinen.

Das einzige Argument gegen einen freien Wechselkurs ist die Angst, dass dies mehr Inflation auslösen könnte. Aber das ist größtenteils unbegründet. Venezuelas Wirtschaft ist bereits standardmäßig dollarisiert, und fast alle Transaktionen finden auf der Grundlage der Wechselkurse statt, die auf der in Miami ansässigen Schwarzmarktwährungs-Website „Dolar Today“ veröffentlicht wurden. Um es unverblümt zu sagen, verlor die Regierung diesen Kampf schon vor Jahren.

Auch wenn die Maduro-Regierung den aktuellen Ölpreis-Einbruch tatsächlich überlebt, wird immer noch eine Wechselkurs-Reform nötig sein, bevor es wirklich eine Wende für die Wirtschaft geben kann. Frustrierend aber ist, dass es nach so vielen Jahren von halbherzigen Maßnahmen und Schritten in die falsche Richtung so scheint, als sei die Regierung einfach nicht bereit, ernsthafte Reformen durchzuführen. Sie geht einen Schritt vorwärts und zwei zurück hin zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. ■



*) Der Beitrag wurde im Juni auf www.venezuelanalysis.com erstpubliziert und von amerika21 in Übersetzung übernommen. Kürzung und Aktualisierung durch Jürgen Kreuzroither.

¹ Ende September war er bereits auf knapp unter 24.000 BsF pro Dollar gestiegen.

„DIE SPITZE DER MACHTSTRUKTUR IST KORRUMPIERT“

Jeremy Scahill sprach Anfang August für The Intercept* mit der US-amerikanischen Anwältin und Publizistin Eva Golinger** über die Entwicklungen in Venezuela.

befördern möchten, die reaktionären Teile der republikanischen Partei, sich wesentlich mehr Gehör verschaffen können. Sie haben nach einem Weg gesucht, in Venezuela einen Regime-Change durchzusetzen. Aber das hat nichts mit einem Richtungswechsel in der Politik zu tun. Das war eine Art Staatspolitik der USA gegenüber Venezuela seit der Chávez-Regierung.

gewalttätiger Proteste zu verurteilen. Im Gegenteil, sie hat sie sogar befeuert.

Interview mit
Eva Golinger

Was sagst du zum Säbelrasseln der Trump-Administration? Sie hat Maduro nun mit Sanktionen belegt. Die New York Times sagt, dass Maduro in ein Lager mit Leuten wie Kim Jong-Un und Bashar Al-Assad passt.

Wie beurteilen Sie die Erklärung des britischen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn, der Gewalt auf allen Seiten verurteilt hat?

Glauben Sie, dass die jüngste Wahl der verfassunggebenden Versammlung eine legitime, freie und faire Wahl war und dass die von der Regierung veröffentlichten Ergebnisse korrekt waren?

Es gibt viele Anzeichen dafür, dass es keine freie und faire Wahl war und dass die Ergebnisse nicht zutreffen. Aber es gibt noch einen anderen Punkt bei dem Ganzen, der in den Debatten immer fehlt. Und zwar spielte es im Endeffekt keine Rolle, weil diese Wahl von Delegierten für die verfassunggebende Versammlung durchgedrückt wurde, um eine Verfassung zu ändern, die bereits eine der am meisten gepriesenen Verfassungen der Welt war und die in einem sehr offenen und partizipativen Prozess erarbeitet wurde, der 1999 von Hugo Chávez angeführt wurde.

Warum haben sie es also gemacht?

Das ist eine der großen Fragen. Im Endeffekt ging es bei der Wahl nur darum, die Kandidaten zu wählen, die bereits von der Regierungspartei nominiert wurden, um an der Umschreibung der Verfassung teilzunehmen. Am Ende spielte es keine Rolle, wie viele Stimmen sie bekommen haben. Die Tatsache, dass die Zahlen möglicherweise von der Regierung frisiert worden sind, ist ein absurder Zug, weil sie nur versuchten, gegenüber der Opposition zu punkten, die Wochen zuvor ein nicht verifiziertes und nicht offizielles Plebiszit organisiert hatte, von dem sie sagt, dass sich sieben Millionen Stimmen gegen die verfassunggebende Versammlung ausgesprochen hätten.

Nun, es spielt schon eine Rolle, weil die Manipulation von Stimmen ein autoritärer Schritt ist, um Ergebnisse zu fabrizieren.



Foto: MKohut

Es hat eine anhaltende Eskalation seitens der USA gegenüber Venezuela gegeben, seit Hugo Chávez an die Macht kam. Und wir haben eine Steigerung im Laufe der Jahre sehen können, in denen die venezolanische Regierung ihr ideologisches Modell vertieft und sich mehr gegenüber Ländern wie Russland, China und Iran als Handelspartnern geöffnet und insgesamt eine Position eingenommen hat, die antagonistisch zur US-Regierung ist.

Es war Präsident Obama, der Venezuela zu einer außergewöhnlichen und besonderen Bedrohung für die USA erklärte und die ersten offiziellen Sanktionen gegen Venezuela erließ. Und sie wurden dieses Jahr erneuert, bevor Trump ein volles Verständnis für das hatte, was passierte. Ja, es gibt unter Trump definitiv eine Eskalation, weil diejenigen aus seinem Umfeld, die sie

Es ist ein gigantischer Teil der Darstellung der Geschehnisse in Venezuela, der fehlt. Man sieht in den Medien sehr viel über die Unterdrückung der Proteste der Opposition. Aber man bekommt nicht das gesamte Bild, denn während es staatliche Reaktionen gibt, Repression mit Tränengas und Gummigeschossen, sieht man nicht die andere Seite des Ganzen, nämlich dass es sich nicht gerade um friedliche demokratische Proteste handelt. Teile der Opposition handeln innerhalb eines demokratischen Rahmens, aber es gibt einen sehr gewalttätigen Teil, der außer Kontrolle geraten ist. Sie setzen Molotov-Cocktails und selbstgebaute Bomben und Waffen gegen die staatlichen Sicherheitskräfte ein. Es hat Gewalt auf beiden Seiten gegeben und die Führung der Opposition hat sich dagegen gestraubt, diese Art

⇒ von Seite 11: INTERVIEW
GOLINGER

Absolut. Es ist keine Frage, es sieht so aus, als wenn die Zahlen um mehr als eine Million Stimmen frisiert wurden, um sie über die Schwelle dessen zu bringen, was die Opposition vorgibt erreicht zu haben. Für mich ist das extrem verstörend, weil Venezuela seit 2004 eines der sichersten Wahlsysteme hatte, mit elektronischen Wahlmaschinen, die durch Papier-Wahlzettel abgesichert wurden und zahlreiche Schritte auf dem Weg, um Betrug zu verhindern, wie Fingerabdrücke, nicht löschrare Tinte, das Abzeichnen einer Wahlakte, in der man unterschreibt und seinen Ausweis zeigt, der dann mit der Information in der Wahlakte abgeglichen wird. In dieser speziellen Wahl entfiel davon fast alles. Es gab keine Wahlakten. Es gab keine unlöschrare Tinte. Es gab nicht überall Fingerabdruckmaschinen.

Die Sache ist, dass die Opposition bei jeder Wahl, die sie gegen die Bolivarische Revolution oder die Chávez-Bewegung und jetzt die Maduro-Regierung verloren hat, Wahlbetrug beklagt hat. Es spielte keine Rolle, wie sicher das System war. Und wenn jetzt von Betrug geredet wird und es tatsächlich ein Betrug gewesen sein könnte, dann wirkt das wie eine enorme Niederlage für die Regierungsseite. Sie hätten die Zahlen akzeptieren sollen, die sie hatten und sagen: „Schaut, inmitten dieser ganzen Gewalt und der Wirtschaftskrise sind wir immer noch in der Lage, um die 6,6 Millionen Stimmen zu bekommen.“ Das wäre ein Zeichen der Stärke gewesen.

Eine Kritik, die zum Beispiel Naomi Klein und Noam Chomsky geäußert haben, war, dass es eine übermäßige Abhängigkeit vom Erdöl gibt und dass diese mitverantwortlich für antidemokratische Gegebenheiten ist, die wir teilweise in Venezuela sehen.

Absolut. Aber das ist nicht neu. So hat das Land über Jahrzehnte funktioniert. Der Unterschied ist nur, dass zuvor das Meiste des Erdölreichtums in die Taschen der Eliten wanderte. Maduro hat im Wesentlichen – aber nicht effektiv – versucht, die Sozialpolitik fortzusetzen, die Chávez so beliebt gemacht hat. Aber als Chávez an die Macht kam, war der Ölpreis bei nur sieben US-Dollar pro Barrel. Es ist nicht

so, dass es immer den Preis über 100 US-Dollar gab, den man im Land ausgeben konnte.

Als der Ölpreis 60, 70 Dollar pro Barrel erreichte, hat Venezuela viel Geld ausgegeben, nicht nur für Sozialprogramme, sondern auch für Infrastruktur und allerlei internationale Abkommen und Einkäufe. Eine der Visionen, die Chávez hatte, war es, diese natürlichen und strategischen Ressourcen zu nutzen, anstatt sie einfach zu exportieren. Nicht nur Öl, sondern auch Gas und allerlei Mineralien, Schwermetalle. Um in der Lage zu sein, Technologie ins Land zu holen und sie zu nutzen, um die Infrastruktur in anderen Industriebeichen aufzubauen und die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren. Aber das wurde nie umgesetzt. Es wurden alle möglichen Industrien nationalisiert, doch die damit beauftragten Leute waren unglaublich korrupt und unfähig. So haben sie sie zugrunde gerichtet.

Es scheint, als gebe es unter Maduro einen Trend, alle Krisen und Probleme auf die USA zu schieben. Es wirkt, als sei das die häufigste Antwort aus dem Pro-Maduro-Lager.

Keine Frage, die USA finanzieren seit Jahren die Opposition in Venezuela. Ich habe dies umfassend dokumentiert, indem ich den *Freedom of Information Act* genutzt und die eigenen Dokumente der USA veröffentlicht habe, aus denen das hervorgeht.

Es gibt eine Art ökonomischer Kriegführung, einen Propagandakrieg. Aber es gibt auch Fehler und Verantwortlichkeiten auf Seiten der Regierung. Es gibt weit verbreitete Misswirtschaft. Sie haben entsetzliche wirtschaftliche Entscheidungen in Bezug auf die Währungspolitik getroffen, und diese extreme Währungskontrolle hat die Inflation auf dem Schwarzmarkt für den US-Dollar in die Höhe schießen lassen. Zugleich sind die Verträge, die die Regierung mit Unternehmen abgeschlossen hat, um Nahrungsmittel und allerlei Produkte zu importieren, von Korruption durchsetzt. Über 300 Milliarden US-Dollar sind wahrscheinlich über die letzten vier oder fünf Jahre aus dem Land geflossen, die nicht belegt worden sind.

Andererseits ist es keine Frage, dass die Opposition eine alte, wohlhabende Elite repräsentiert, die Privatunternehmen kontrolliert, die Venezuela seit Jahrzehnten

betreiben. Und dass sie sich daran beteiligt hat, Produkte zu horten und insgesamt zu sabotieren, um zu versuchen, das Konzept zu verwenden, das in Chile gegen Salvador Allende in den frühen 1970ern angewendet wurde, um die Wirtschaft „schreien“ zu lassen.

Sie reden natürlich über manche dieser Gruppen, die enorme Mengen Geld, Unterstützung und Berater von den USA und anderen Mächten erhalten haben. Aber es gibt auch einen bedeutenden Teil der venezolanischen Gesellschaft, der ebenfalls gegen Maduro ist, ohne von den USA bezahlt zu werden.

Definitiv. Es wäre ungeheuerlich zu sagen, dass sie alle von den USA bezahlt werden, oder dass sie angeheuerte Demonstranten sind. Chávez war von 1999 bis zu seinem Tod Anfang 2013 Präsident und Maduro ist es seitdem. Wir blicken auf fast 18 Jahre zurück. Es gibt also eine komplette Generation, die aufgewachsen ist und nur diese Regierung kennt. Und natürlich geben sie der Regierung die Schuld für die Probleme, die sie im Land erleben.

Es gibt also einen Teil der Bevölkerung, der zur Regierung hält, weil sie nicht wollen, dass die, die sie als „alte Garde“ sehen, wieder an die Macht kommen. Weil sie befürchten, dass sich die Dinge wieder dahin entwickeln, wie sie vorher waren. Sie befürchten, dass sie wieder unsichtbar werden und marginalisiert, ausgeschlossen und verfolgt. Und sie haben wahrscheinlich mit dem Meisten davon Recht. Besonders, weil Anführer der Opposition, die sich heute mit Maduro messen, dieselben sind, die 2002 den Putsch gegen Chávez ausgeführt haben.

Es gibt also einen Bezugsrahmen für diejenigen, die zur Regierung halten. Sie sagen im Wesentlichen: „Wir wissen, dass sie korrupt sind, wir wissen, dass die Dinge nicht gut sind, aber die Alternative ist schlechter.“ Und dann gibt es auf Seiten der Opposition jene, die sagen: „Unmöglich. Das ist eine schreckliche Regierung. Die Lage ist schrecklich für uns, wir wollen einfach eine Veränderung.“ Und es ist ihnen gewissermaßen egal. Venezuela hat eine Führungskrise, weil die Opposition keinerlei alternative Art von Führung anbieten kann, die den Menschen etwas gibt, auf das sie in einer positiven Art für

die Zukunft blicken können. Es ist entweder die alte Garde oder die aktuelle.

Sie kannten Hugo Chávez gut und haben ein Buch über die US-Einmischung in Venezuela geschrieben. Denken Sie, dass das, was Maduro und seine Verbündeten derzeit machen, das Vermächtnis von Chávez verrät?

In manchen Fragen geht es in diese Richtung, wobei es aber keine bewusste Anstrengung gibt, Chávez' Vermächtnis zu verraten. Es ist schwierig, weil es diese Menschen sind, die damit befasst waren, die Bewegung gewissermaßen voran zu bringen. Und zugleich gibt es einen Kreis von Leuten darin – an der Macht in Venezuela – die notorisch korrupt waren. Tatsächlich hatte Chávez selbst einige von ihnen entlassen, aber er hat nicht hart genug durchgegriffen.

Es ist ein Verrat für mich in dem Sinne, dass es eine viel elitärere Struktur gibt, obwohl das Narrativ dasselbe bleibt. Es gibt noch immer Millionen Menschen in Basisbewegungen, die für ihre Demokratie kämpfen, und sie haben ebenfalls ihre Probleme mit den Leuten an der Macht. Aber sie sind nicht bereit aufzugeben und jenen am äußeren rechten Flügel, die die Macht übernehmen würden, sollte die aktuelle Regierung sie verlieren, ihre Räume zu überlassen.

In Venezuela gibt es im Moment keinerlei Kompromiss. Ich denke deshalb gibt es außerhalb Venezuelas viele Leute in der Linken, die sagen, dass man sich lediglich gegen Interventionen von außen aussprechen und nichts zu Maduro sagen sollte. Und dann gibt es jene die sagen: „Nein, wir müssen über die zunehmend autoritären Charakteristiken dieser Regierung sprechen und über den Verrat an Aspekten des Vermächtnisses von Chávez und allem unter der bolivarianischen Revolution Erreichten“.

Diese Debatte muss es geben. Zugleich muss man sich ansehen, was die Rolle jener Menschen ist, die nicht direkt in die Bewegung involviert sind, und welche Stimmen und Personen in der Bewegung wirklich wichtig sind. Sind es Maduro selbst und die Leute, die ihn oben in den Machtstrukturen umgeben? Oder ist es die Basis, die sozialen Bewegungen, die Arbeiter, die Organisatoren in den Gemeinden, die Leute, die wirklich dafür kämpfen, an allem festzuhalten, was von der Be-

wegung übrig geblieben ist, die sie aufgebaut haben und die sich selbst in den zurückliegenden 15 Jahren ermächtigt haben? Das sind die Gespräche, die geführt werden müssen. Diese Menschen fehlen im Narrativ. In den Medien hören wir ständig von der Opposition und den Kritikern, aber nie von den Menschen an der Basis.

Mit der Ausnahme, dass sie Maduro direkt ins Visier nimmt, scheint die Trump-Administration die grundlegende US-Politik gegenüber Venezuela fortzusetzen. Was bedeutet es, dass Maduro auf die Sanktionsliste gesetzt wurde und dass Vermögenswerte eingefroren wurden?

In Venezuela bedeutet es nicht viel. Tatsächlich wird es als Ehrenabzeichen gesehen. Jedes Mal wenn die US-Regierung in den letzten Jahren einzelne Personen ausgewählt und mit Sanktionen belegt hat, wurden diese von Maduro selbst belohnt. Sie haben sogar eine Art Kampagne mit dem Hashtag #ichwillmeinesanktion gemacht. Der Schuss scheint also eher nach hinten loszugehen, denn es schweißt die Menschen und die Truppen im Angesicht einer externen Bedrohung hinter der Regierung zusammen.

Die westliche Welt kann sich gegen Venezuela stellen. Sie unterbrechen aber nicht die Öllieferungen. Sie würden damit vermutlich mehr US-Interessen beeinträchtigen als Venezuela, weil es um 30 Prozent der Ölversorgung der USA geht, und Venezuela hat sechs Ölraffinerien hier in den USA. Venezuela besitzt *Citgo*, das im ganzen Land tausende Tankstellen unterhält. Solange Venezuela seine kommerziellen Verflechtungen und seine strategische Partnerschaft mit Ländern wie Russland und China aufrecht erhält, wird es bei einer externen Bedrohung nicht klein beigeben. Ich denke das ist etwas, das die US-Regierung nicht versteht. Und sie unterschätzt den Einfluss davon.

Was wäre angesichts des wachsenden Chors von Stimmen, die sagen: „Schau Maduro, du driftest in Richtung Autoritarismus“ der effektivste Weg nach vorn?

Ich wünschte, sie hätten das mit der Umschreibung der Verfassung und der Schaffung einer Art Überregierung nicht durchgezogen, weil es eine Lösung für die

Krise noch schwieriger macht. Aber ich würde weiter auf einen Dialog zwischen den verschiedenen Fraktionen im Land drängen und nach mehr vernünftigen Punkten suchen. Und dann natürlich Wahlen abhalten. Es wird bald Regionalwahlen geben und dann nächstes Jahr Präsidentschaftswahlen. Das Problem ist jetzt, dass das Wahlsystem bei den zurückliegenden Wahlen höchstwahrscheinlich kompromittiert wurde und dass es nun eine Art übergeordnete regierende Institution gibt. Diese könnte entscheiden, ob Wahlen stattfinden oder nicht. Ihre Macht würde aber sogar über jedwedem Gewinner einer Wahl stehen, wenn diese stattgefunden hat. Es sieht also so aus, als wären Verhandlungen zu diesem Aspekt nötig.

Venezuela ist ein Land mit sehr vielen Waffen und es ist über die Jahre enorm gewalttätig geworden. Ich denke, dass alle internationalen wie nationalen Bemühungen auf einen verhandelten Ausweg zielen müssten, der eine Art von Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission beinhalten müsste und eine Amnestie für diejenigen, die in die Entwicklungen der vergangenen Jahre involviert waren. Weil man keinen Ausweg aus der Situation finden kann, wenn Menschen das Gefühl haben, dass sie verfolgt werden, sobald sie die Macht abgeben.

In diesem Moment ist es am wichtigsten, dass regional, auf lateinamerikanischer Ebene, ein Prozess in Venezuela unterstützt wird. Und ich weiß, dass es solche Angebote gegeben hat. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat angeboten, sich an diesem Prozess zu beteiligen, auch der Papst und andere, die eine neutralere Rolle spielen. Das ist es, was Venezuela braucht. ■

Übersetzung: Jan Kühn, amerika21; Kürzung: Jürgen Kreuzroither

*) *The Intercept* ist eine publizistische Website. Sie wird von Laura Poitras, Glenn Greenwald und Jeremy Scahill betrieben. Poitras und Greenwald wurden einer breiteren Öffentlichkeit durch die Aufbereitung des Materials von Edward Snowden bekannt. Sie wird durch den eBay-Gründer Pierre Omidyar gesponsert.

**) Eva Golinger ist venezolanischer Herkunft und lebt seit 1997 zeitweise in Caracas. Sie ist erklärte Unterstützerin der Bolivarianischen Revolution. Als Anwältin ist sie auch in internationalem Rahmen mit Menschenrechtsfragen befasst.

STRANGULIERUNG DURCH SANKTIONEN?

Der Ausgang der venezolanischen Regionalwahlen Mitte Oktober wurde international mit Überraschung bis Ablehnung zur Kenntnis genommen. Die Staatenwelt und die westlichen Medienhäuser rechneten fest mit einem Erfolg der Opposition. Angesichts des guten Abschneidens der sozialistischen Regierungspartei flammt die Diskussion um Sanktionen unweigerlich wieder auf.

Von Jürgen Kreuzroither

Foto: Leo Gabriel

Neu ist das Thema nicht. Die USA verhängten schon unter Obama erste Maßnahmen und Trump hat im laufenden Jahr bereits fünf Mal entsprechende Beschlüsse gefasst. Waren die Sanktionen zuvor mehr Getöse, so ist die letzte Runde vom August, die in Reaktion auf die Selbsterhebung der verfassunggebenden Versammlung (*constituyente*) über das von der Opposition dominierte Parlament eingeleitet wurde, geeignet, die herrschende Depression zu vertiefen.

Die venezolanische Wirtschaft befindet sich schon seit mehr als dreieinhalb Jahren im Niedergang. Das Pro-Kopf-Einkommen ist dabei um mehr als ein Drittel geschrumpft. Nach Ansicht von Mark Weisbrot, einem linksliberalen US-Ökonomen und Publizisten, steht zu befürchten, dass die neuen Maßnahmen den bestehenden Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten verschlimmern werden.

Die Sanktionen richten vor allem dadurch Schaden an, dass sie Venezuela Anleihen oder den Verkauf von Vermögenswerten im US-Finanzsystem verbieten. Sie untersagen auch *Citgo*, dem staatlichen venezolanischen Kraftstoffunternehmen mit Sitz in den USA, Dividenden oder Gewinne nach Venezuela zurückzuführen. Zusätzlich könnte Venezuela, wenn es eine Umschuldung vornehmen wollte, um die Schuldenlast in der aktuellen Krise zu reduzieren, dies nicht tun, weil Trumps Dekret diversen Finanzinstitutionen den Ankauf neuer Anleihen untersagt. Im Wesentlichen wird das Dekret dadurch die meisten anderen Quellen möglicher Finanzierung abschneiden, außer von Russland oder China.

Die Folge wird ein weiterer Rückgang der Einfuhren sein. Dabei hat Venezuela



Politische Atempause für Regierung nach erfolgreichen Regionalwahlen?

seine Importe seit 2012 bereits um rund 75 Prozent reduziert. Zum Vergleich: Griechenland hat die Importe um nur etwa 31 Prozent reduziert. Allerdings hält dort die Depression schon doppelt so lange an wie in Venezuela.

Die US-Strategie scheint zu sein, die Wirtschaft bis zu dem Punkt weiter zu zerstören, an dem die Menschen sich auflehnen und die Regierung stürzen, oder vielleicht ein Militärputsch provoziert wird. Dass die Chavisten hierfür eine klaffende Flanke bieten, steht auf der Rückseite der Medaille:

Mehr als der rasante Ölpreisverfall ab 2014 sorgte das nach wie vor bestehende ausufernde Wechselkurssystem (Anm.: siehe Beitrag „Zaghafte Wechselkursreform“, Seite 9) für den beschleunigten Niedergang. Zusätzlich müssten die Subventionen für Strom und Benzin zurückgefahren werden. Jetzt sind diese staatlichen Zuwendungen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft fast so groß wie die gesamten Einkommens- und Unternehmenssteuern in den USA (sic!). Dieses Geld könnte eingesetzt werden, um Lebensmittel für KonsumentInnen direkt zu subventionieren.

Aber mit Trumps Dekret wird Venezuela, selbst wenn es den Wechselkurs stabilisieren und zum Wachstum zurückkehren sollte, von Kreditaufnahmen, von Investitionen und von den eigenen Dividendenquellen in den USA (*Citgo*) abgeschnitten werden. So soll das Land Richtung Zah-

lungsunfähigkeit getrieben und zusätzlich eine Verschnaufpause mittels Umschuldung verhindert werden.

Trump hat somit also ein offenes Bekenntnis zum Regimewechsel in Venezuela abgegeben, wobei Erdöllieferungen in die USA von den Sanktionen ausgenommen sind. Doch die geopolitischen Machtverhältnisse sind im Wandel. Die EU zögert noch sich anzuschließen, trotz des spanischen Drängens. Die lateinamerikanische Staatenwelt ist – nicht zuletzt angesichts trumpscher Gewaltdrohungen – gespalten und hat sich, von verbalen Verurteilungen und einzelnen diplomatischen Schritten abgesehen, bisher zu keinen weitergehenden Maßnahmen bewegen lassen.

China hingegen gab eine scharfe Erklärung zu Trumps jüngsten Verboten ab. Es hat Venezuela bereits mehrere zehn Milliarden Dollar geliehen – der größte Teil wurde zurückgezahlt und der ausstehende Betrag kann mit Öllieferungen erstattet werden. China und Russland werden Venezuela aus strategischen Gründen eher nicht fallen lassen. Die Chinesen sind bekanntlich zurückhaltend darin, einer souveränen Regierung ihre Wirtschaftspolitik vorzuschreiben, und sie werden ihre Darlehen oder Investitionen nicht mit solchen Bedingungen verknüpfen. Allerdings wäre es zur Absicherung hilfreich, würde die venezolanische Regierung ihren bilateralen Kreditgebern einen Plan zur Stabilisierung von Wechselkurs und Inflation vorlegen.

Chinesische Kredite und Hilfe könnten indirekt eine innervenezolanische Verhandlungslösung begünstigen. In der Vergangenheit scheiterten Gespräche zwischen Regierung und Opposition wiederholt an beiderseits mangelnder Kompromissbereitschaft. Für die Opposition gab es wenig Anreiz zu verhandeln, solange sie auf eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage setzen konnte. Die Regierung ihrerseits wusste China und auch Russland hinter sich.

So könnte die Opposition, auch angesichts des aktuellen Wahlmisserfolges, zur Einsicht gelangen, dass die wirtschaftliche Eskalationsspirale nicht zum Ziel führt. China und auch Russland hingegen haben es in der Hand – auch aus ökonomischem Eigeninteresse – auf Maduro Druck für mehr Verhandlungsbereitschaft auszuüben. ■

DER KLIMAWANDEL, EINE UNBEQUEME WAHRHEIT

Kommentar von Alberto Acosta

Irma, der große Hurrikan, der die Karibik und Florida heimsuchte, hat wieder einmal eine unbequeme Wahrheit in Erinnerung gerufen, die sich weder ignorieren noch wegdiskutieren lässt: den Klimawandel. Die Welt wird von Naturphänomenen erschüttert, die immer gewaltiger sind und immer mehr Zerstörung bewirken. Die Nachrichten aus den verschiedensten Winkeln des Planeten über Dürren und Überschwemmungen, über extreme Kälte- und Hitzewellen sind ebenso alltäglich geworden wie jene über die jüngsten Wirbelstürme.

Wie die große Mehrheit der Wissenschaftler erklärt, sind diese Naturereignisse – wie apokalyptische Reiter des Klimas – die Folge des globalen Anstiegs der Temperaturen und des rasanten Klimawandels. Und dabei ist das nur der Anfang. Ginge es nach der Vernunft, sollte angesichts dieser klimabedingten Kette an Katastrophen die Position der Leugner des Klimawandels längst unhaltbar geworden sein. Doch die Macht pflegt sich nicht nach der Vernunft zu richten, und schon gar nicht nach der jener, die für eine Welt des Friedens und der Brüderlichkeit eintreten. Häufiger verkümmert die Vernunft im Interesse der Mächtigen.

Denken wir nur an Haltungen wie jene von Donald Trump, für den es sich beim Klimawandel um ein „von den Chinesen erfundenes Märchen“ handelt. Hinter solchen ans Lächerliche grenzenden Positionen verbergen sich in der Regel Verpflichtungen, die gegenüber mächtigen Interessengruppen eingegangen wurden.

In dieser perversen Wirklichkeit des Postfaktischen, einer Ausgeburt der ungeschminkten kapitalistischen Wirklichkeit, fehlt es nicht an „WissenschaftlerInnen“, die für diese Naturphänomene andere Erklärungen liefern. Es gibt auch viele, die überzeugt davon sind, dass sich die Probleme mit technologischen Mitteln lösen lassen. Andere stellen schon Berechnungen darüber an, welche Gewinne sich bei der Behebung der Schäden erzielen lassen oder mit Schutzbauten gegen die unvermeidlichen und immer katastrophaleren klimatischen Phänomene.

Ohne die Suche nach wissenschaftlichen Problemlösungen geringschätzen zu wollen, ist es an der Zeit für eine globale

politische Antwort. Es reicht nicht, dass die großen Medien den Ereignissen während einiger Tage große Beachtung schenken. Ihr oft flüchtiges Interesse geht oft mit einseitigen Reportagen Hand in Hand. Es führt auch zu nichts, ein ums andere Mal zu wiederholen: „Wir wissen schon, was uns bevorsteht“.



Aibonito, Puerto Rico: durch Hurrikan Maria verwüstete Behausung

Es muss dringend darüber hinaus gegangen werden, um die Beziehungen zwischen den einzelnen Ereignissen, ihre Ursachen und die Verantwortlichen dahinter herauszuarbeiten. Weitere Tragödien werden sicher nicht ausbleiben. Wir müssen uns darauf vorbereiten, doch das genügt nicht. Während wir die Ursachen und die Tragweite dieser komplexen Phänomene erforschen, müssen wir auch über die politischen Maßnahmen angesichts der aktuellen Krise diskutieren, aber auch über jene radikalen politischen Weichenstellungen, die nötig sind, um künftigen Krisen vorzubeugen oder wenigstens ihre Auswirkungen zu verringern.

Vor allem aber gilt es, die Ursachen und Verantwortlichen dieser Probleme beim Namen zu nennen: unersättlicher Extraktivismus, schrankenlose Konsumsucht, unaufhaltsame Verschmutzung, eine oft sogar planmäßige Verschwendung, Subventionen für fossile Brennstoffe, Rassismus gegenüber der Umwelt, sozioökonomische Ungerechtigkeit ...

Wir müssen auch sehen, dass die zur Bewältigung der auf uns zukommenden Lawine verfügbaren Budgetmittel bescheiden sind im Vergleich etwa zu den enormen und schädlichen Ausgaben für

Waffen und unterdrückerische „Sicherheit“, die ihrerseits gravierende soziale, politische und auch ökologische Probleme verursachen. Ähnlich verhält es sich mit den vielen Milliarden zur Bankenrettung.

Nützen wir den Moment, um tiefgreifende globale Lösungen vorzuschlagen. Es müssen Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Emission von Treibhausgasen ergriffen werden. Das ist möglich, wenn Förderung und Konsum von immer mehr Öl, Gas und Kohle abnehmen, oder wenn Initiativen wie der Vorschlag Ecuadors, das Erdöl von *Yasuni* im Boden zu lassen, unterstützt werden. Auch müssen wir unsere Städte und ihre Transportsysteme umfassend neu denken.

Wir müssen auch die Landwirtschaft als Quelle der für das Überleben der Gesellschaft nötigen Nahrungsmittel neu denken. Die Konsummuster müssen sich radikal ändern. Schließlich darf es auch nicht bei der aktuellen Organisation der Gesellschaften bleiben, mit kleinen Bevölkerungsgruppen, die maßlos konsumieren, während der Rest – die große Mehrheit der Bevölkerung des Planeten – den Privilegierten nacheifert, eine zur permanenten Frustration verurteilte Anstrengung.

Um die Dinge beim Namen zu nennen, müssen wir inhaltlich dürftige Konzepte überwinden, wie jenes vom *Anthropozän*. Sprechen wir doch ohne Umschweife vom *Kapitalozän*. Damit negieren wir nicht, dass die Menschheit für die enormen Eingriffe in unseren Planeten verantwortlich ist, doch es ist nicht irgendeine Menschheit, sondern die Menschheit des Kapitalismus. Diese Zivilisation erstickt das Leben sowohl der Menschen wie auch der Natur, um eine Macht zu füttern, die Kapital heißt. Wenn wir schon die Dinge beim Namen nennen, wäre es angebracht, extreme Wetterphänomene wie diese Monster-Wirbelstürme bei ihren wirklichen Namen zu nennen: *Chevron-Texaco* statt Irma, *BP* statt Harvey, *Exxon* statt Maria ... Nur auf der Grundlage der Wahrheit ist unsere Emanzipation möglich! ■

Dieser Beitrag des ecuadorianischen Ökonomen und Expräsidenten der verfassunggebenden Versammlung ist Anfang Oktober auf rebellion.org erschienen. Übersetzung: Hermann Klosius

FLUCH UND SEGEN DES FREIHANDELSABKOMMENS

Von Ralf Leonhard

Wenige Tage bevor am 16. August in Washington die erste fünftägige Runde der NAFTA-Neuverhandlungen begann, marschierten Tausende Campesinos und Campesinas aus verschiedenen Bundesstaaten durch die Straßen von Mexikos Hauptstadt. Eine Delegation, die ins Regierungsgebäude vorgelassen wurde, deponierte die Forderung nach Agrarsubventionen. Denn gegenüber den zwanzig Milliarden US-Dollar, mit denen die industrielle Landwirtschaft der USA subventioniert werde, könne man nicht bestehen. In Mexiko würden nur zwei Milliarden an Förderungen ausgeschüttet. Mexiko, so bestätigt auch die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), importiere 43 Prozent seiner Nahrungsmittel. Vor allem beim Grundnahrungsmittel Mais habe sich das Land dank NAFTA in die Abhängigkeit der USA begeben. Immer weniger Kleinbauern können von ihrer Produktion leben. Deswegen, so der Wunsch der Bauern, müsse NAFTA entsprechend angepasst werden.

Victor Suárez hält NAFTA für nicht reformierbar. Er vertritt die Meinung, Mexiko sollte die Gelegenheit ergreifen, aus dem Abkommen auszusteigen: „Unsere Regierung ist korrupt und unfähig, der organisierten Kriminalität Herr zu werden. Sie neigt dazu, den Reichtum der Nation an transnationale Unternehmen zu verschenken“. Suárez leitet die nationale Bauernvereinigung ANEC (*Asociación Nacional de Empresas Comercializadoras de Productores del Campo*), die schon 1995 gegründet wurde, als das Freihandelsabkommen gerade erst ein Jahr alt war. „Wir sehen uns einer aggressiven, rassistischen und xenophoben US-Regierung gegenüber“, so Suárez weiter. „Unter diesen Umständen würde eine Neuverhandlung die Dinge nur verschlimmern“. Er wünscht sich einen völlig neuen Vertrag, der auf Kooperation und Komplementarität beruhen sollte.

Wenn man US-Präsident Donald Trump zuhört, muss man glauben, allein die USA hätten durch NAFTA einen unerwünschten Strukturwandel durchlebt.



Protest in Mexiko statt: Mexiko wäre ohne den Freihandelsvertrag besser dran

Während des Wahlkampfes wollte er das Abkommen komplett aufkündigen. Jetzt versucht er in Neuverhandlungen das durchsetzen, was er als „fair deal“ für sein Land betrachtet. Die Geheimgespräche in 28 Ausschüssen, die Anfang September in Mexiko fortgesetzt wurden, sollen das Abkommen an die „Standards des 21. Jahrhunderts anpassen“, wie es offiziell heißt.

Das *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) beseitigte fast alle Zollschranken zwischen den drei Partnern USA, Mexiko und Kanada. Mit 480 Millionen Menschen ist der NAFTA-Raum einer der weltgrößten Binnenmärkte. Seit seinem Inkrafttreten am 1. Jänner 1994 hat sich der Handel in der Region vervierfacht. Zwischen Mexiko und den USA ist er sogar um das 5,6-Fache gestiegen.

Dabei scheint Mexiko sogar noch mehr profitiert zu haben. Importe aus den USA haben sich von 45,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 1993 auf 179,6 Milliarden Dollar im Jahr 2016 vervierfacht. Die Importe der USA aus Mexiko sind im selben Zeitraum um das 7,4-Fache von 39,9 Milliarden Dollar auf 294,2 Milliarden Dollar gestiegen. Das ist auch der Punkt, der Präsident Trump am meisten irritiert.

Der falsche Sündenbock

In einem Positionspapier der US-Regierung wird beklagt, dass durch explodierende Handelsbilanzdefizite und Fa-

brikschließungen „Millionen Amerikaner ... die Fertigkeiten, für die sie ausgebildet wurden, nicht mehr nutzen können“. NAFTA neu würde diese Probleme angehen. Zwei Ökonomen des wirtschaftsliberalen Think tanks *Peterson Institute for International Economics* (PIIE) zerreißen dieses Papier in der Luft. Sie weisen darauf hin, dass gegenüber Kanada gar kein Handelsdefizit bestehe und das Defizit gegenüber Mexiko weniger als ein Zehntel des Defizits mit dem Rest der Welt ausmache. Allein mit China ist die negative Handelsbilanz etwa fünfmal höher. Im Übrigen sei ein Handelsabkommen kein geeignetes Instrument für die Steuerung von Handelsbilanzen: „Die richtigen Instrumente sind die Steuerbilanz und Wechselkurspolitik“. Die Industriejobs seien durch Automatisierung und Digitalisierung vernichtet worden und nicht durch unfaire Praktiken Mexikos.

Eine Graphik des *Bureau of Labor Statistics* zeigt, dass die Beschäftigung im Industriesektor in den ersten sieben Jahren nach Inkrafttreten des NAFTA konstant bleibt und sogar leicht ansteigt. Die schroffe Abwärtsbewegung beginnt mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO im Jahre 2001 und setzt sich mit dem Beginn der Finanzkrise 2007 fort.

Was sich Trump unter einem „fair deal“ vorstellt, geht aus der Position über Investitionen hervor. So soll sichergestellt

werden, dass Investoren aus den USA in den Partnerländern nach denselben Regeln behandelt werden wie zu Hause, während Investoren aus Mexiko und Kanada in den USA keine Privilegien genießen sollen. Bei der staatlichen Beschaffung sollen US-Güter einseitig auch in den anderen Ländern zugelassen werden, während für die USA weiter das „Buy American“-Prinzip gelten soll, das deren Produkte ausschließt.

Für Sprengstoff bei den Verhandlungen ist also gesorgt. Mexiko und Kanada haben kein Interesse, neue protektionistische Barrieren einzuziehen. Beide streben eher eine Vertiefung des Abkommens an und wollen, dass die vor einem Vierteljahrhundert kaum berücksichtigten Bereiche Kommunikation und Energie aufgenommen werden. Hermann Aschentrupp von der mexikanischen Botschaft in Wien hat die USA bei einer Podiumsdiskussion des Lateinamerika-Instituts im Juni vor einer Aufkündigung des NAFTA gewarnt: „Sechs Millionen Arbeitsplätze in den USA sind von der Wirtschaftsbeziehung mit Mexiko abhängig“.

Verluste für Mexiko

Für ihn ist der Freihandel das Erfolgsmodell an sich. Christof Parnreiter, Professor für Humangeographie an der Universität Hamburg, widerspricht im Interview mit der *Furche*. Er sieht Mexiko als den großen Verlierer des Abkommens: „Mit wenigen Ausnahmen ist es nicht gelungen, an höherwertige Produktionsabschnitte ranzukommen“. Export von Autos und Computern klinge nach High-Tech: „Aber das Meiste besteht aus Teilen, die importiert, zusammengesetzt und dann wieder exportiert werden. Die lokale Wertschöpfung ist sehr gering und – noch problematischer – gering bleibend“. Parnreiter: „Mexiko ist seit Jahrzehnten ein Schwellenland und schafft es nicht über die Schwelle“. Durch die Vernichtung der kleinbäuerlichen Produktion sind weit mehr Existenzen vernichtet worden, als gleichzeitig Jobs in der Warenfertigung und im Handel entstehen konnten.

Was NAFTA nachweislich gesteigert hat, ist die Ungleichheit zwischen den Vertragspartnern und in jedem der drei Partnerländer. „Handel sollte ein Mittel zum Zweck sein“, meint Víctor Suárez, „und der Zweck ist die Verringerung der Ungleichheit. Also ist NAFTA gescheitert“.

Wenn NAFTA etwas erreicht hat, so ist es eine hochgradige Verschmelzung der Wirtschaft. So wird geschätzt, dass der

US-amerikanische Wertschöpfungsanteil der mexikanischen Exporte in die USA bei 40 Prozent liegt. Bei den chinesischen Ausfuhren sind es nur 4,3 Prozent, in Kanada immerhin 25 Prozent. „In dieser Hinsicht erscheint eine Entflechtung der Industriesektoren äußerst kostspielig“, urteilten Marco Oviedo und Néstor Rodríguez von der Barclay's Bank im vergangenen Jänner in einer Mitteilung an ihre Kunden: „So als wollte man Dotter und Ei aus einer Eierspeise trennen wollen“.

Als NAFTA verhandelt wurde, hielt der staatliche mexikanische Erdölkonzern noch eine Monopolstellung über die Energieressourcen. Mexiko handelte daher die Nichtanwendung von Artikel 605 aus, der zum Export bestimmter Anteile der Erdölförderung verpflichtet. In Kanada hat diese Regelung dazu geführt, dass die eigene Energieversorgung immer stärker durch Fracking und die Förderung von Ölsanden sichergestellt wird. Jetzt, da die Privatisierung in Mexiko auch den Energiesektor erreicht, könnte die umstrittene Schieferölgewinnung auch südlich des Río Grande Platz greifen, fürchtet Claudia Campero von der Mexikanischen Allianz gegen Fracking.

Vier Szenarien

Das *Peterson Institute for International Economics* (PIIE) hat vier Szenarien entworfen, wie die Verhandlungen ausgehen könnten. **Szenario 1:** Mexiko und Kanada akzeptieren die Forderungen der USA. Die Folge wäre eine Schwächung des kanadischen Premiers Justin Trudeau und der wahrscheinliche Sieg des Linkskandidaten Andrés Manuel López Obrador bei den mexikanischen Präsidentschaftswahlen 2018. Keine wünschenswerte Entwicklung für Washington.

Szenario 2: Die USA stecken zurück und beschränken sich auf eine „Modernisierung“ des Abkommens mit höheren arbeitsrechtlichen und Umweltstandards, Liberalisierung des Handels mit Dienstlei-

stungen und mehr Online-Handel. Das Problem: Trump müsste ein Ergebnis verkaufen, das hinter seinen Versprechungen weit zurückbleibt.

Szenario 3: Scheitern der Verhandlungen und Platzen von NAFTA. Gravierende Turbulenzen und krisenhafte Entwicklungen beim Handel mit den Nachbarländern wären die Folge. Die Auswirkungen auf Migrationsströme, Drogenhandel und Kriminalität wären unabsehbar.

Szenario 4: Durchwursteln mit ein paar gegenseitigen Konzessionen. Da wäre zwar keine Seite vollständig zufrieden, doch alle könnten das Ergebnis als politischen Sieg verkaufen.



NAFTA-Unterzeichnung durch Bill Clinton Ende 1993

Ein wichtiges Kriterium ist der Zeitfaktor. Zwar gibt es keine offizielle Deadline – die NAFTA-Verhandlungen haben einst fünf Jahre gedauert –, doch müssen alle daran interessiert sein, vor dem Wahljahr 2018 Ergebnisse vorzuweisen. Der Bauernführer Víctor Suárez, der 2012 als Schattenagrarminister des linken Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador fungierte, glaubt, der Zeitdruck werde absichtlich aufgebaut, damit NAFTA kein Thema beim Wahlkampf 2018 werden kann. „NAFTA ist in Mexiko unpopulär“, sagte er in einem Interview mit dem kritischen US-amerikanischen Lateinamerika-Magazin NACLA, „wenn die Neuverhandlungen nicht bis zum Jahresende abgeschlossen sind, hätten die neoliberalen Kräfte, die einen Wahlsieg von López Obrador verhindern wollen, ein Problem“.

Interview mit
Bernhard Tröster

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE), befasst sich vor allem mit Rohstoffen und internationalen Handelsabkommen.

Seit bald 24 Jahren ist NAFTA in Kraft. Wer sind die Gewinner, wer Verlierer?

Es gibt verschiedene Untersuchungen, denen gemeinsam ist, dass NAFTA auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nur minimale Effekte gezeigt hat. Keine der Prognosen auf Wirtschaftswachstum hat sich erfüllt. Was sich verändert hat, sind Volumen und Struktur der Handelsströme. Die sind ein Indikator dafür, dass sich die Produktionsstrukturen stark verändert haben. Es sind transnationale Wertschöpfungsketten entstanden, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder in der Automobilindustrie.

Was heißt Strukturwandel konkret?

Die Wertschöpfungsketten sind meist von großen Unternehmen beherrscht. Geschätzte 80% des internationalen Handels werden von multinationalen Unternehmen abgewickelt. Das gilt auch für die NAFTA-Region. Verschiebungen gab es auf dem Agrarsektor. Mais und Bohnen waren in Mexiko für eine Übergangsfrist von 15 Jahren geschützt. Das ist 2009 ausgelaufen. Jetzt importiert Mexiko den Mais aus den USA. Mexikos ehemals kleinbäuerliche Strukturen waren der Konkurrenz mit den USA und Kanada nicht gewachsen.

Trotzdem sagt die mexikanische Regierung, auch die Landwirtschaft hätte profitiert.

Das stimmt für das gesamte Handelsvolumen, aber nicht für alle Produkte und Regionen. Mexiko liefert frisches Obst und Gemüse in die USA. Da sind neue Wertschöpfungsketten entstanden. Man muss sich allerdings ansehen, wie produziert wird und wohin die Gewinne fließen.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, ist Mexiko zum Industriestaat geworden.

Mit 13 Prozent der Beschäftigten im Agrarbereich ist Mexiko kein klassischer Industriestaat. Mexiko hat schon vor NAFTA eine Kehrtwende in der Wirtschaft eingeleitet. Bis 1986 war das Land eine geschlossene Volkswirtschaft mit Preisregulierungen und einer Vielzahl von Staatsunternehmen. Mitte der 1980er Jahre ist Mexiko dem GATT beigetreten und hat seither einen drastischen Liberalisierungskurs verfolgt, ...

...der stets heftig umstritten war.

Nicht zu unrecht. Mitte der 1980er Jahre lag Mexiko beim BIP pro Kopf gleichauf mit Südkorea. Seit der Öffnung ist es in Mexiko um ein Drittel gewachsen. In Südkorea hat es sich verdreifacht. Das ist ein Unterschied um den Faktor zehn.

Liegt das daran, dass Südkorea eine staatliche Wirtschaftspolitik verfolgte, während sich Mexiko nur geöffnet hat?

Das ist sicher ein Hauptgrund. Auch Südkorea hat sich geöffnet und setzt sehr aktiv auf Handel. Aber der Unterschied liegt in der Art der Politik vor Ort. Bestimmte Sektoren wurden gestärkt oder aufgebaut, die von der Handelsliberalisierung auch profitieren konnten. Jeder kennt heute *Samsung* oder die Automarken *Hyundai* und *Kia*. Handelsabkommen mit den USA und Europa wurden erst 2011/2012 geschlossen. Mexiko hat sich hingegen sehr schnell geöffnet.

Donald Trump ist ja der Meinung, die USA seien der Verlierer.

Insgesamt stimmt das eher nicht, auch wenn es in einigen Regionen und Sektoren Verlierer gibt. Beim Prokopfeinkommen hat Mexiko nicht aufgeholt. 1994 betrug es 22% des US-Niveaus, heute nur mehr 19%. Es gab eine Industrialisierung, doch nur als verlängerte Werkbank der USA.

Ein erklärtes Ziel von NAFTA war es, durch steigenden Wohlstand die Migration zu stoppen. Ist das gescheitert?

„MEXIKO HAT SICH ZU SCHNELL GEÖFFNET“

Zwischen 1995 und 2008 sind über zwei Millionen Mexikaner in die USA ausgewandert, auch wegen des Strukturwandels in Mexiko und der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung. Seit 2008 gibt es eine Trendumkehr. Mehr Mexikaner gehen nach Mexiko zurück als umgekehrt. Das liegt aber eher an der wirtschaftlichen Lage in den USA infolge der Finanzkrise und strengerer Zuwanderungsgesetze.

Wozu dann die Mauer?

Um Wahlen zu gewinnen. Es gibt ja nächstes Jahr bereits wieder die *mid-term-elections* in den USA. In Mexiko wird ein neuer Präsident gewählt. Das erzeugt auch einen gewissen Zeitdruck für die NAFTA-Verhandlungen. Wenn man Ergebnisse vorweisen will, muss man vorher einen Abschluss haben, bei dem jeder sein Gesicht wahren kann.

Nochmals zu Gewinnern und Verlierern: Trump jammert über die Abwanderung von Jobs und das hohe Handelsbilanzdefizit mit Mexiko.

Man schätzt, dass seit NAFTA 350.000 Jobs in der Autoindustrie der USA verloren gegangen sind. Gleichzeitig sind in Mexiko 400.000 Arbeitsplätze entstanden. NAFTA hat Produktionsverlagerungen in diesem Bereich sicherlich erleichtert.

Die Automatisierung und China spielen da auch eine Rolle ...

Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass mit einer Neufassung oder Aufkündigung von NAFTA die Jobs wieder in die USA wandern. Trump müsste eine Reindustrialisierung aktiv gestalten. Das widerspricht der traditionellen wirtschaftsliberalen Politik der USA.

Die USA haben aber auch profitiert.

Im Bereich der Dienstleistungen gibt es einen Handelsbilanzüberschuss. Die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie haben profitiert und natürlich die Importwirtschaft.

Interview: Ralf Leonhard

CHE GUEVARA: TRIUMPH UND SCHEITERN

Von Ralf Leonhard

Das Volksstimmefest im Wiener Prater zieht jedes Jahr kurz vor Schulbeginn Kommunisten und Solidaritätsbewegte, alternative und orthodoxe Revolutionsveteranen an. Es kommen aber auch viele, die einfach zum Sommerausklang Musik und Speisen aus fernen Ländern genießen oder in entspannter Atmosphäre Freunde treffen wollen. Besonders gut besucht ist meist der Kuba-Stand, wo zu karibischen Rhythmen getanzt und süßer Mojito geschlürft werden kann. Ein mit Portraitfotos von Che Guevara ausgestattetes Zelt erinnerte heuer daran, dass der argentinische Revolutionär vor 50 Jahren ermordet wurde.

Che Guevara, der gemeinsam mit den Gebrüdern Castro das Batista-Regime in Kuba gestürzt und dort den Sozialismus ausgerufen hatte, war auf Befehl des bolivianischen Präsidenten René Barrientos im südostbolivianischen Dorf La Higuera ermordet worden. Keine 24 Stunden vorher hatte er sich, verletzt und eingekesselt, mit einem Grüppchen Guerilleros einer gewaltigen Übermacht der bolivianischen Armee ergeben.

Rebellisches Blut

Sein Vater, Ernesto Rafael Guevara Lynch, war stolz auf seine irische Abstammung und erklärte später die revolutionäre Laufbahn seines berühmten Sohnes mit dem rebellischen irischen Blut. Che selbst war auf seinen Vater weniger stolz. Er sah den immer wieder scheiternden Geschäftsmann als hoffnungslosen Opportunisten, während er seine Mutter, von deren Großgrundbesitz die Familie lange Zeit lebte, vergötterte. Durch ihren Einfluss sei er auch zum Kommunisten geworden, wie er später seinen Vertrauten erzählen sollte.

Ernesto Guevara de La Serna kam 1928 in wohlhabenden Verhältnissen in der argentinischen Provinzstadt Rosario zur Welt. Wenig später übersiedelte die Familie in die Hauptstadt Buenos Aires. Juan Martín, sein 16 Jahre jüngerer Bruder, beschreibt ihn in einer kürzlich erschienenen Biographie als besessenen Leser, liebenden Bruder und Scherzbold, mit dem man immer viel Spaß haben konnte, obwohl er von Kindheit an von schweren Asthma-Anfällen geplagt wurde. Als er wochen-



lang das Sterben der Großmutter begleitete, soll er sich zum Medizinstudium entschlossen haben.

Ständig war er von einer gewissen Abenteuerlust getrieben. So unternahm er mit 23 Jahren, noch bevor er das Studium abschließen konnte, mit seinem Freund Alberto Granado eine Motorradtour, um den Kontinent zu erkunden.

Zwei Jahre später, Guevara war inzwischen promovierter Arzt, brach er erneut auf. Diesmal sollte er von seiner Reise nicht mehr zurückkommen. In Guatemala erlebte er den vom US-Geheimdienst CIA inszenierten Putsch gegen den Reformpräsidenten Jacobo Arbenz, der es gewagt hatte, für eine Landreform die brachliegenden Ländereien des Bananenkonzerns *United Fruit* anzutasten. In Mexiko lernte er 1955 die Brüder Fidel und Raúl Castro kennen und begeisterte sich für die Sache der kubanischen Verschwörer, die einen abenteuerlichen Plan hatten, mit einer Handvoll Revolutionäre das Regime von Diktator Fulgencio Batista zu stürzen.

Seinen Spitznamen bekam er von den Kubanern, weil er, wie die meisten Argentinier, jeden Satz mit dem Einwurf „Che“ zu beginnen pflegte. Das heißt soviel wie „hallo“ oder „also“. Daneben fiel Guevara durch sein eigenes spartanisches Leben auf, das er auch als Messlatte für alle anderen anlegte. Von Kameraden und Untergebenen verlangte er absolute Hingabe. Er zögerte auch nicht, Deserteure oder Verräter eigenhändig hinzurichten.

Strategischer Geniestreich in Santa Clara

Tatsächlich gelang es den Revolutionären, von der Sierra Maestra im verarmten Osten der Insel aus einen guten Teil der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen und einen demoralisierten Batista schließlich in die Flucht zu treiben. Che Guevaras entscheidender Anteil an der Endoffensive war die Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Santa Clara. Der Angriff mit ein paar Dutzend Guerilleros auf den von mehreren tausend Soldaten verteidigten Verkehrsknotenpunkt glich einem Himmelfahrtskommando. Doch dank des

Geniestreiches, einen Zug mit Waffen und Verstärkung aus Havanna zum Entgleisen zu bringen, konnte Guevara die Waffen erbeuten und die Soldaten ergriffen die Flucht. Damit war das Tor nach Havanna aufgestoßen. Vor den Revolutionären lag nur noch die Ebene und Che wurde zur Legende.

Als die bärtigen Kämpfer wenige Tage später triumphal in Havanna einmarschierten, war Comandante Che Guevara die Nummer Zwei hinter Fidel Castro. Und als solcher wurde der gelernte Arzt bald als Allzweckwaffe für den Neuaufbau des Landes eingesetzt.

Weil akademisch gebildete Vertrauensleute knapp waren, übernahm Guevara neben der Nationalbank zunächst auch das Industrieministerium. Er war von der Idee besessen, das agrarische Kuba binnen kürzester Zeit nach dem Vorbild der Sowjetunion in einen Industriestaat zu verwandeln. Schon im ersten Fünfjahresplan versprach er Vollbeschäftigung und Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Binnen

Foto: Peter Ribarits (Mai 1964)

⇒ von Seite 19: CHE GUEVARA

zehn Jahren sollte das Einkommen verdoppelt werden.

Noch vor dem endgültigen Bruch mit den USA verfügte Guevara den Austritt aus dem Internationalen Währungsfonds und begründete den Schritt damit, dass sich Kuba der Sowjetunion anschließen werde, die den Vereinigten Staaten technologisch 25 Jahre voraus sei. Allerdings schüttelte man auch in Moskau den Kopf über das Ungestüm des *comandante*, der ohne eigene Kohle- und Eisenerzvorkommen eine Schwerindustrie aufbauen und Kuba zum Exporteur von Metall und Stahlblech für die gesamte Region machen wollte.

Dass es ganz anders kommen sollte als geplant, war nicht zuletzt dem fehlenden wirtschaftspolitischen Sachverstand Guevaras geschuldet. Noch bevor der „neue Mensch“, von dem so viel die Rede war, entstehen konnte, setzte er auf das revolutionäre Bewusstsein der Kubaner. Dabei nahm er sich selbst als Messlatte. Wenn er zur Zuckerrohrrente fuhr, nahm er nicht einen Fototermin wahr, sondern schwang einen Monat lang im Schweiß seines Angesichts die Machete. Ökonomische Anreize für gute Arbeit waren verpönt. Wenn Facharbeiter mit ihrem Gehalt nicht zufrieden waren, zögerte er nicht, sie durch ungelernete Landarbeiter zu ersetzen. Die Folge war ein drastischer Rückgang der Arbeitsleistung in Fabriken mit nur mehr 60 Prozent Auslastung.

Während Ches Dilettieren in der Wirtschaft heute weitgehend vergessen ist, wirkt sein Einsatz für die unterdrückten Völker und gegen den Imperialismus in Südamerika und Afrika nachhaltig. Als erster Botschafter der Revolution trat er im Dezember 1964 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit einem wegweisenden Aufruf zur Entkolonisierung und gegen neokoloniale Ambitionen auf. Dort musste er sich auch gegen den Vorwurf verteidigen, Kuba verhängte summarisch die Todesstrafe über Regimegegner. Als Chef der sogenannten Säuberungskommission hatte er selbst in der Festung La Cabaña hunderte ehemalige Soldaten des Batista-Regimes nach kurzen Schauprozessen füslieren lassen. „Wir werden weiter erschießen, solange es notwendig ist. Unser Kampf ist ein Kampf auf Leben und Tod“, entgegnete Che den Delegierten der UNO.

Innenpolitische Repression war weiter auf der Tagesordnung. Guevara schickte Homosexuelle, religiöse Menschen, Marihuanaraucher, Republikflüchtlinge und jede Art von „Antisozialen“ in Umerziehungslager. Durchaus in der Tradition seines Vorbildes Josef Stalin, an dessen Grab in Moskau er es sich auch während der Entstalinisierung nicht nehmen ließ, ein Blumengesteck niederzulegen. Wenig später überwarf er sich mit der Sowjetunion und wandte sich Peking zu. Das dürfte auch zum Bruch mit dem pragmatischeren Fidel Castro geführt haben. Als Che Guevara 1966 plötzlich aus der Öffentlichkeit verschwand, wurde spekuliert, er sei einer Säuberung zum Opfer gefallen. Dann tauchte er plötzlich im Kongo auf, wo er mit den Anhängern des ermordeten Sozialisten Patrice Lumumba eine Revolution anzetteln wollte, aber bald enttäuscht über die Kampfmoral und ideologische Schwamigkeit der Afrikaner wieder abzog. Wenig später reiste er getarnt als kahlköpfiger uruguayischer Geschäftsmann mit dicker Brille in Bolivien ein.

Das Scheitern der Fokus-Theorie

Einmal mehr scheiterte der Revolutionsheld an einer Fehleinschätzung der Wirklichkeit. Er war überzeugt, das kubanische Modell der Revolution könne als Blaupause für die Revolution in ganz Lateinamerika dienen. Bolivien, das er auf seinen frühen Reisen als besonders verarmtes Land kennengelernt hatte, erschien ihm als geeignetes Pflaster, die Fokus-Theorie in der Praxis zu beweisen. Von einer kleinen Gruppe entschlossener Kämpfer – dem Guerilla-Fokus – sollte sich die Revolution unter den Bauern und der Arbeiterschaft wie ein Lauffeuer ausbreiten. Die Wirklichkeit war eine andere. Isoliert von den revolutionären Bergleuten und unverstanden von den Kleinbauern standen die Guerilleros von Anfang an auf verlorenem Posten. Geplagt von Asthma und Durchfall konnte Guevara oft gerade noch den Bleistift halten, mit dem er sein Bolivianisches Tagebuch führte: ein Dokument des Scheiterns. Und es passt zum Bild, dass die letzte Gruppe von gerade 14 Mann ausgerechnet von einem bolivianischen Bauern, dem man eigentlich die Freiheit bringen wollte, an die Armee verraten wurde. Kurz vorher hatte er noch ein nachhaltiges Lebenszeichen von sich gegeben, als Guevara einen Aufruf an die weltweite Anti-Kriegsbewegung verfasste,

in dem er „zwei, drei, viele Vietnam“ und die Bekämpfung des Imperialismus forderte.

Allerdings wird das Schreiben, das aus heutiger Sicht stellenweise verstörend an islamistische Hassprediger erinnert, selten vollständig zitiert.

„Der Hass als Faktor des Kampfes, der unbeugsame Hass dem Feinde gegenüber, der den Menschen über seine physischen Grenzen hinaus antreibt und ihn in eine wirksame, gewaltsame, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt. Unsere Soldaten müssen so sein; ein Volk ohne Hass kann über einen brutalen Feind nicht siegen. Der Krieg muss dorthin gebracht werden, wohin der Feind ihn bringt: in sein Haus, in seine Vergnügungsviertel – der absolute Krieg. Man muss den Feind hindern, auch nur eine Minute Ruhe zu finden, eine Minute Ruhe außerhalb seiner Kasernen und sogar innerhalb derselben. Man muss ihn angreifen, wo immer er sich befindet. Man muss erreichen, dass er sich wie ein gehetztes Tier fühlt, wo immer er sich bewegt. Seine Moral wird damit mehr und mehr schwinden“.

Auch der Terrorismus der deutschen Rote Armee-Fraktion und anderer linksextremer Gruppen bezog daraus seine Legitimation.

Dass der Held von Santa Clara, dem nach seiner militärischen Großtat vieles, was er anpackte, misslang, zur Ikone wurde, hat er dem bolivianischen Diktator Barrientos zu verdanken, der ihn ermorden und dann die Fotografien holen ließ. Die halbnackte Leiche mit den geöffneten Augen erinnerte viele an die Figur des Erlösers am Kreuz, der sein Leben für die Menschheit gegeben hatte. Dann war da noch das Foto aus dem Jahr 1960, das der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli bald nach dem Tod Guevaras in einer Schublade des kubanischen Fotografen Alberto Korda fand und als Poster millionenfach vermarktete. Als Revolutionsikone aufgegriffen wurde es von der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und Guevara mutierte zu einer der Leitfiguren der Studentenrevolten von 1968.

Die Polemik um die Aufstellung einer Che-Guevara-Büste im Wiener Donaupark vor einigen Jahren hat gezeigt, dass die Bewertung der Verdienste oder Verfehlungen des argentinischen Revolutionärs auch heute noch die Gemüter erregen kann. Unbestritten ist, dass die Ikone – wie immer es mit dem Sozialismus in Kuba weitergehen mag – weiterleben wird. ■

KEIN AUSWEG AUS DER DAUERKRISE?

Von Juan Ramón Ruiz

Ich erkläre den Leiter der CICIG, Iván Velásquez, zur 'Persona non grata' und befehle seine sofortige Ausreise aus dem guatemaltekischen Territorium". Das war der Kern der Aussage von Präsident Jimmy Morales in einem am Sonntag, dem 27. August, früh am Morgen via Twitter verbreiteten Video, das in Guatemala eine Staatskrise ausgelöst hat.

Die *Comisión Internacional Contra la Impunidad* (Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit), CICIG, hat ihren Ursprung in den Vereinbarungen der 1996 unterzeichneten Friedensverträge. Das Mandat der CICIG, deren Leiter direkt vom UNO-Generalsekretär bestellt wird und nur ihm untersteht, ähnelt dem einer Staatsanwaltschaft. Sie soll sich vor allem mit der Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Strukturen des organisierten Verbrechens beschäftigen, deren Handlanger bis hin zu den staatlichen Institutionen reichen, und darüber hinaus dafür sorgen, dass die lokale Staatsanwaltschaft (*Ministerio Público*, MP) und das gesamte Justizsystem Guatemalas gestärkt wird. Es soll dadurch künftig auch ohne Hilfe einer UNO-Sonderkommission in der Lage sein, das organisierte Verbrechen und die Straflosigkeit nachhaltig zu bekämpfen.

Nach langen politischen und juristischen Diskussionen konnte die CICIG erst 2008 ihre Arbeit aufnehmen und hatte bisher drei verschiedene Koordinatoren: den spanischen Anwalt Carlos Castresana; den ehemaligen Staatsanwalt aus Costa Rica Francisco Dall'Anese und, seit 2014, den ehemaligen kolumbianischen „Starstaatsanwalt“ Iván Velásquez Gómez¹, der im April 2015 mit der Aufdeckung des Korruptionsskandals *La Línea*, der die Regierung des damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina zu Fall brachte, für großes Aufsehen sorgte.

Die CICIG arbeitet Hand in Hand mit Guatemalas Staatsanwaltschaft, die – ebenfalls seit 2014 – von der angesehenen und unabhängigen Anwältin Thelma Aldana geleitet wird. Seit 2008 haben sie gemeinsam wichtige Errungenschaften im Kampf gegen die Straflosigkeit und die Korruption erzielt. Aber vor allem seit Iván Velásquez der CICIG vorsteht und für eine breite Interpretation ihres Mandats sorgt, wur-



GUATEMALA

Weg mit Jimmy! Guatemala protestiert furchtlos auf der Straße

den immer wieder neue Korruptionsskandale aufgedeckt, in die hohe und mittlere Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Funktionäre des Justizsystems, Unternehmer und weitere zumeist politisch aktive Personen verwickelt sein sollen.

So kam es eben zur Aufdeckung des erwähnten Falles *La Línea*, einer im Bereich der Steuerbehörde (SAT) und des Zollwesens aktiven kriminellen Struktur, die vom damaligen Privatsekretär der Vizepräsidentin Roxana Baldetti geleitet wurde. In der Folge mussten sowohl Baldetti als auch der damalige Präsident Otto Pérez zurücktreten, weil die Ermittlungen ergeben hatten, dass sich beide, gemeinsam mit weiteren hohen Regierungsmitgliedern, mit Geldern dieser Struktur maßgeblich bereichert hatten. 28 von ihnen landeten Ende Oktober vor Gericht.

Illegale Parteienfinanzierung

Im Juli 2015, bereits während der heißen Phase des Wahlkampfes der Wahlen vom September 2015, präsentierte die CICIG einen Bericht zu den Mechanismen der Parteienfinanzierung. Den vier damals größten Parteien (UNE, LIDER, PP und FCN, die nunmehrige Regierungspartei) wurde illegale Parteienfinanzierung vorgeworfen. Dennoch wurden die Wahlen abgehalten und Jimmy Morales, damals Generalsekretär der FCN, wurde schließlich zum Präsidenten der Republik gewählt.

Die CICIG und der MP ermittelten in den letzten zwei Jahren weiter und fanden ausreichende Indizien gegen die General-

sekretäre der Parteien UNE, LIDER und FCN², für illegale Parteienfinanzierung verantwortlich zu sein. Das gaben CICIG-Leiter Iván Velásquez und Generalstaatsanwältin Thelma Aldana am 24. August bei einer Pressekonferenz bekannt. Sie erstatteten Anzeige gegen die drei zur Zeit der Wahlen agierenden Generalsekretäre, die Abgeordneten Orlando Blanco (UNO) und Roberto Villate (LIDER) sowie Präsident Jimmy Morales (FCN), und ersuchten um die Aufhebung ihrer Immunität.

Die Voruntersuchungen gegen Präsident Morales waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Der Bruch zwischen dem Regierungschef und den ermittelnden Institutionen CICIG und MP war vollzogen. Bereits Monate davor waren die Ermittler auf eine Beteiligung des Sohnes sowie des Bruders und engen Beraters des Präsidenten an einem Betrug (nicht gelieferte Mahlzeiten, die aber sehr wohl bezahlt wurden) bei diversen Workshops des Grundbuchamtes gestoßen. Obwohl es sich um einen relativ niedrigen Betrag handelt – ca. 11.000 US Dollar – ist es eine strafbare Handlung und der Präsident dürfte von dem Vorfall, der sich allerdings vor seiner Amtsübernahme ereignet hatte, gewusst haben. Als im Jänner dieses Jahres Sohn und Bruder des Präsidenten in U-Haft genommen wurden, war der Ärger von Morales gegenüber CICIG und MP zwar offensichtlich, aber nicht vergleichbar mit jenem, als wegen illegaler Parteienfinanzierung gegen ihn selbst ermittelt wurde.

⇒ von Seite 21: GUATEMALA

Morales gegen Velásquez

Seine erste Reaktion bestand darin, nach New York zu eilen und bei UN-Generalsekretär Antonio Guterres den Kopf von Iván Velásquez zu fordern. Als Velásquez und Aldana den Präsidenten am 25. August bei einer Pressekonferenz in Guatemala Stadt anklagten, saß dieser bereits im Vorzimmer von Guterres, der Morales zwar empfangt, aber noch am selben Tag ein Kommuniqué veröffentlicht ließ, in dem er die Arbeit der CICIG anerkannte und seine Unterstützung für Iván Velásquez aussprach. Die einzige Möglichkeit, die Morales nach seiner Rückkehr nach Guatemala sah, Velásquez loszuwerden, war dann das anfangs erwähnte, auf Twitter gepostete Video, in dem er den CICIG-Chef zur „Persona non grata“ erklärte.

Die darauffolgende Krise war nicht überraschend: Demonstrationen gegen den Präsidenten und die Regierung begannen sofort nach dieser Erklärung; die Gesundheitsministerin und andere Regierungsmitglieder traten aus Protest zurück; der Menschenrechtsombudsmann und andere Personen und Organisationen forchten die präsidentielle Entscheidung sofort beim Verfassungsgerichtshof an, der sie 48 Stunden später aufhob und so den weiteren Verbleib von Velásquez in Guatemala sicherte.

Vor dem Hintergrund von Demonstrationen, die den Rücktritt von Jimmy Morales verlangten, wurde schließlich am 11. September der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Präsidenten vom Kongress behandelt. Empörung und Enttäuschung der Bevölkerung wuchsen, als bekannt wurde, dass nur 25 (von insgesamt 158) Abgeordnete für die Aufhebung der Immunität gestimmt hatten und 84 dagegen.

Öl ins Feuer

Die Abgeordneten begnügten sich damit aber nicht. Am 13. September beschlossen 107 Abgeordnete in einer Nacht- und Nebel-Aktion zwei Gesetze „mit persönlicher Widmung“: Auf der einen Seite änderten sie den Straftatbestand der illegalen Parteifinanzierung, indem die Verantwortung auf die Schatzmeister der Parteien (anstelle der Generalsekretäre) geschoben wurde, und auf der anderen Seite erweiterten sie die Obergrenze, bis zu der Gefängnisstrafen gegen Zahlung einer

Kaution entfallen können, von fünf auf zehn Jahre. Dies hätte nicht nur bedeutet, dass Personen, die wegen korruptionsverbundener Delikte verurteilt wurden, aus den Gefängnissen entlassen worden wären, es wären auch sämtliche Verurteilte begünstigt worden, die aufgrund anderer Delikte wie Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Überfall, Erpressung, u.ä. Strafen absitzen.

Dies löste in der Bevölkerung eine weitere Welle der Empörung aus. Zwei Tage lang dauerten die Demonstrationen, bei denen die Abgeordneten am 15. September sogar für ca. zehn Stunden im Kongressgebäude festgehalten wurden, bis sie schließlich einen Rückzieher machten und die zwei Gesetze wieder aufhoben. Davor hatte bereits der Verfassungsgerichtshof die Aktion des Kongresses für nichtig erklärt.

Gleichzeitig war die Nachricht durchgesickert, dass Präsident Morales während neun Monaten zusätzlich zu seinem Gehalt einen sogenannten „Verantwortungsbonus“ in der Höhe von jeweils 50.000 Quetzales (ca. 5.600 Euro) vom Verteidigungsministerium bekommen hatte. Am 27. September kündigte das MP wegen dieses neuen Falles einen weiteren Prozess zur Aufhebung der Immunität gegen Jimmy Morales und den Verteidigungsminister an.³

Am 19. September begab sich Präsident Morales wieder nach New York, um seine Rede vor der UNO-Generalversammlung zu halten. Dieses Mal gab es keine Unterredung mit dem UN-Generalsekretär. Jimmy Morales nutzte aber die Gelegenheit, um das Thema CICIG wieder zur Sprache zu bringen. Er beteuerte zwar seine Unterstützung für die CICIG als Institution, kritisierte aber die Auslegung ihres Mandats und warf ihr „einseitiges Vorgehen bei den Ermittlungen“ vor, was für ihn ein Grund wäre, „mit der UNO das Mandat und die Praxis von CICIG“ wieder unter die Lupe zu nehmen. Gleichzeitig mit der Rede des Präsidenten bei der UNO kündigten die Minister für Inneres, Finanzen und Arbeit den Rücktritt von ihren Ämtern an.⁴

Am 20. September fanden in 27 verschiedenen Städten, darunter Guatemala Stadt und mehrere Provinzhauptstädte, wieder große Kundgebungen statt, an denen nach Schätzung des Büros des MR-Ombudsmannes ca. 215.000 Personen teilnahmen. Sie forderten den Rücktritt von Jimmy Morales und der 107 Abgeordnete

ten, die am 13. September die zwei ominösen Gesetze beschlossen hatten; weiters Reformen wichtiger Gesetze wie z.B. des Parteiengesetzes; und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Andauernde Polarisierung

Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht, die Polarisierung des Landes ist deutlich spürbar. Nach und nach vermehren sich die Stimmen, die nicht nur die Absetzung oder den Rücktritt des Präsidenten, des Vizepräsidenten, ja sogar der gesamten Regierung und der Kongressabgeordneten, sondern eine komplette Neugründung des Staates verlangen. Dies ist aber bei der jetzigen Lage viel leichter gesagt als getan, denn der Weg dorthin, der über die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung führt, die dem multiethnischen Charakter des Landes entspricht und alle sozialen Sektoren vertritt, muss erst gefunden werden.

Die Reform des Wahlgesetzes oder des Justizsystems ist dringend notwendig, aber den jetzigen Abgeordneten fehlt wohl der politische Wille, den tiefgreifenden Forderungen des Volkes Gehör zu schenken. Noch ist unklar, wie das erreicht werden kann, deutlich ist aber, dass der Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit vom Kampf gegen Armut, Rassismus und Ausbeutung begleitet werden muss und dass dafür eine breite politische Plattform gebildet werden muss, auf der alle fortschrittlichen sozialen und politischen Kräfte Platz haben und auf der Basis ihrer Gemeinsamkeiten arbeiten. Der Weg dorthin ist zwar voll mit Stolpersteinen, aber wirklich strukturelle Veränderungen sind dringlicher denn je.■

Der Autor ist Guatemalteke, der lange in Wien gelebt und sich dabei in der Solidarität mit Guatemala engagiert hat.

¹ Iván Velásquez hat sich in Kolumbien einen Namen gemacht, weil er rund 50 sogenannte „Narco-Politiker“ ins Gefängnis geschickt hat und die illegale Parteienfinanzierung mit Drogengeldern ans Tageslicht gebracht hat.

² *Unidad Nacional de la Esperanza*, UNE; *Libertad Democrática Renovada*, LIDER; und *Frente de Convergencia Nacional*, FCN, die nunmehrige Regierungspartei. Die PP war im Zuge des *La Línea*-Skandals aufgelöst worden.

³ Der Oberste Gerichtshof lehnte am 11. Oktober diesen Antrag ab; das MP wird diese Entscheidung aber wahrscheinlich beim Verfassungsgerichtshof anfechten.

⁴ Präsident Morales nahm diese Rücktritte nicht an, die drei Minister bleiben im Amt.

UNTER KEINEM GUTEN STERN

Honduras vor den Wahlen 2017

Im November wird in Honduras wieder gewählt. Die Opposition stellt die Legalität der Wiederwahl des Präsidenten und die Legitimität des Wahlprozesses infrage – und macht trotzdem mit.

Von Andrea Lammers

Ende August startete die offizielle Kampagne für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Honduras. Ein von jeder Ecke grinsendes Werbe-Konterfei des amtierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández (JOH) war zu erwarten. Weit gefehlt: Stattdessen zierte ein einsamer weißer Stern die hellblauen Plakate, die über Nacht massenhaft an Masten und Pfosten aufgezogen worden waren. Das warf Fragen auf: Traute die Nationale Partei der Sache mit der Wiederkandidatur etwa doch nicht hundertprozentig? Oder sollte der Stern ganz einfach die alles überstrahlende Macht des künftigen Wahlsiegers und seiner neoliberalen Projekte bereits im Vorfeld manifestieren?

Wiederkandidatur verfassungswidrig?

Ob eine Wiederwahl überhaupt zulässig ist, gilt als fraglich. Die honduranische Verfassungskammer hat der Möglichkeit zwar zugestimmt, was die Kandidatur JOHs pro forma „legal“ macht. Das Verbot einer Wiederkandidatur besteht in Honduras bereits seit 1907. Es gehört zu den so genannten „in Stein gemeißelten“ Artikeln der honduranischen Verfassung von 1982, die eigentlich nur durch ein Plebiszit, also eine Volksabstimmung, geändert werden können. Die Verfassungsrichter waren aber der Auffassung, das Verbot der Wiederwahl müsse nicht angewendet werden, da die Interamerikanische Menschenrechtskonvention diese prinzipiell erlaube. Dagegen wird von mehreren Rechtsgelehrten eingewandt, dass die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten in einem Land wie Honduras, dessen Geschichte von Despotismus und politischer Gewalt geprägt ist, gute Gründe hat. Und dass Honduras Fragen der Wahl, im von internationalen Normen vorgegebenen Rahmen, selbst regeln könne und müsse. Die Verfassung tut das zusätzlich in Arti-

kel 4, der die Pflicht zum Wechsel in der Person des Präsidenten festschreibt und die Nicht-Achtung als Staatsverbrechen einstuft.

Weichenstellung mit dem zweiten Staatsstreich 2012

Verfassungsklagen, die deshalb von einer Gruppe von Anwälten eingereicht wurden, perlen jedoch an der honduranischen Justiz ab. JOH geht seinen Weg als einsamer Stern unbeirrt weiter. Seit er 2010 zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, häuft der Polit-Newcomer aus der Provinz konsequent Macht an. Der Staatsstreich 2009 hatte die ohnehin schwachen

(CAMP) ersetzt. Diesem gehört übrigens Barbara Kolm an, Leiterin des Wiener Hayek-Instituts und des *Austrian Economics Center*.

Legitimation aus dem Ausland?

Gegen die Wiederwahl JOHs haben sich zwei zivilgesellschaftliche Allianzen gebildet, teils unterstützt von der neu belebten, mittelständischen Anti-Korruptionsbewegung der *antorchas* (Fackeln). Die eine initiiert von dem populären Jesuitenpater Ismael Moreno „Melo“, die andere, weitaus kleinere, als rechtsstaatliche Initiative einiger nicht-konformer Unterneh-



Juan Orlando Hernández bei der Ankündigung seiner Kandidatur, 9.11.2016

demokratischen Institutionen in Honduras in ihren Grundfesten erschüttert. 2012 stürzte das Gebäude der Gewaltenteilung ein. „1212“ wird deshalb oft als „zweiter Putsch“ bezeichnet. Am 12. Dezember 2012 setzte das Parlament in einem völlig irregulären Prozess vier von fünf Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes ab und bestimmte neue Richter, die das Modell extraterritorialer „Charter Cities“ für Honduras als verfassungskonform durchgehen ließen. Die sogenannten Sonderentwicklungszonen (ZEDE) hebeln die honduranische Gesetzgebung beispielsweise für größere Tourismus- und Bergbauprojekte aus. Demokratische Kontrolle wird für jede ZEDE durch ein „Best Practices“-Komitee

merInnen und AnwaltInnen. Die sogenannte „Internationale Gemeinschaft“ fühlt sich durch derartige demokratische Fingerübungen im Herzen Zentralamerikas offenbar wenig angefochten: Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wie auch die Europäische Union (EU) schicken WahlbeobachterInnen ins Land – was dort wiederum umstandslos als Legitimation der Wahl an sich und der Wiederkandidatur des amtierenden Präsidenten interpretiert wird. Nebenbei bemerkt, stehen auf den Wahlzetteln auch noch andere KandidatInnen, deren Wählbarkeit in einem demokratischen Rechtsstaat mehr als zweifelhaft erscheint. Beispielsweise Putsch-General Romeo Vásquez und Billy Joya,

⇒ von Seite 23: HONDURAS

bekannt als Mitglied von Todesschwadronen der 1980er Jahre und mehrfach wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt.

Absolute Mehrheit für die Nationale Partei?

Der Oppositionsblock aus der linksliberalen Partei LIBRE (*Libertad y Refundación*) des 2009 weggeputschten Präsidenten Mel Zelaya, aus Noch- und Nichtmehr-Mitgliedern der Anti-Korruptionspartei PAC und einigen kleineren Parteien, wie etwa der sozialdemokratischen PINU, sitzt in der Zwickmühle: Das Spiel mitspielen? Oder versuchen, wegen der Wiederwahlkandidatur die Wahlmaschinerie doch noch irgendwie zu stoppen? Den meisten ist wohl das Risiko zu groß, dass das nicht gelingt und die traditionelle Liberale Partei als alleinige Opposition übrig bleibt.

Auf der Reise in verschiedenen Teilen des Landes (www.oeku-buero.de/reisebericht-2017/articles/honduras-vor-den-wahlen-kein-recht-menschenrechte-zu-verteidigen) ist zwischen Mitte August und Mitte September kein großer Enthusiasmus für den Kandidaten der Oppositionsallianz, den Sportjournalisten und ehemaligen PAC-Chef Salvador Nasralla, festzustellen. Viele HonduranerInnen scheinen vielmehr von einer Art pragmatischer Resignation erfasst. Eine Frau in der Schlange im Supermarkt etwa sagt: „Das Ergebnis steht doch ohnehin schon fest. Solange die USA an ihm festhalten, macht JOH das Rennen. Wir müssen halt schauen, wie wir tagtäglich über die Runden kommen.“ Diskutiert wird allenfalls, ob die Nationale Partei es schaffen wird, die absolute Mehrheit im Parlament zu bekommen und so das Land womöglich noch schneller und konsequenter auf autoritär-diktatorialen Kurs zu bringen.

Wahlbetrug in Etappen?

Die Voraussetzungen dafür stehen nicht schlecht, denn die Mängelliste, was den Wahlprozess betrifft, ist lang. Der *fraude* (Wahlbetrug) scheint je nach Bedarf in verschiedenen Etappen handhabbar. Seit der auch schon sehr umstrittenen Wahl 2013 wurde so gut wie keine der Empfehlungen der Europäischen Union umgesetzt. So zum Beispiel die „Säuberung“ des Wählerregisters. Die Oppositionsparteien beklagen denn auch, es sei mit 30 Prozent

nicht existenter Wahlberechtigter, darunter einer großen Zahl Verstorbener, völlig unbrauchbar. Mit Blick auf die Ereignisse im Nachbarland Guatemala womöglich ebenso problematisch sind Fragen der Wahlkampffinanzierung und der Nähe von KandidatInnen zum Organisierten Verbrechen. Die von der Organisation Amerikanischer Staaten eingesetzte Internationale Kommission gegen Korruption und Straßlosigkeit (MACCIH) rügte noch Anfang Oktober, dass die KandidatInnen ihre Kampagnenkosten nicht offenlegten, obwohl sie dazu verpflichtet seien. BeobachterInnen gehen davon aus, dass die Nationale Partei auch KandidatInnen anderer Parteien mitfinanziert und dass sie über die Vergabe von Zulassungen die Mehrheit der WahlhelferInnen an den Urnen unter ihrer Kontrolle haben wird.

Ein Strich für die Liste und ein Foto

Dem Unternehmen, das die elektronische Übermittlung der Auszahlungsergebnisse übernimmt, wurde nach anhaltender Kritik an seiner Nähe zur Regierungspartei inzwischen gekündigt. Eine grundsätzliche Lösung für diese manipulationsanfällige Stelle im ohnehin fragwürdigen Gesamtprozess ist jedoch nicht in Sicht.

Während in deutschen Diplomatenkreisen Zuversicht herrscht, dass die Wahl selbst „glatt und sauber“ ablaufen werde, machen Kader der Nationalen Partei in den armen Vierteln am Stadtrand Druck: Wer nicht „richtig“ wählt, bekommt keine staatliche Nahrungsmittelhilfe. Aber die Wahl ist doch geheim? „Nicht im Zeitalter des Handys“, sagt ein Mitglied einer lokalen Frauenorganisation, das lieber nicht mit Namen genannt werden will: „Wir müssen natürlich vorzeigen, wie wir gewählt haben. Nicht nur den Präsidenten oder bestimmte KandidatInnen, sondern mit der *raya*, dem Strich, gleich die ganze Liste der Nationalen Partei.“

Wenn Recht zu Unrecht wird...

Repression durch Polizei und Militärpolizei, gewaltsame Übergriffe bis hin zum Mord, Diffamierungskampagnen und immer massivere Kriminalisierung, teils mit hohen Haftstrafen – das ist auch das Schicksal von Medienschaffenden und sozialen Bewegungen in diesen Vorwahlzeiten in Honduras. Besonders betroffen sind wie schon seit Jahren die Kleinbauern- und indigenen Gemeinden, die ihre *commons* (Gemeindeland, Flüsse, Quellen, Wälder

und Kulturgüter) gegen Tourismus- und vermeintlich „saubere“ Energieprojekte verteidigen, in jüngster Zeit aber auch die protestierenden Studierenden der Nationalen Universität UNAH sowie MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen, die ihnen zur Seite stehen (www.rog.at/pm/honduras-brutaler-polizeiangriff-auf-journalistinnen/).

Was AnwältInnen bisher oft in mühevoller Arbeit als unangemessen oder ungerechtfertigte Willkür entlarven konnten, wird schon bald in einen festen legalen Rahmen gegossen: Die Kriminalisierung von sozialem Protest und die Einschränkung der Meinungsfreiheit und journalistischer Arbeit ist im neuen honduranischen Strafrecht über Terrorismus- und andere Paragraphen ganz legal. *Amnesty international* und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte kritisieren dies als Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen. Maßgeblich mitgewirkt am neuen Rechtskodex hat, so schildern es BeobachterInnen, ein spanischer Berater. Zunächst wurde er im Rahmen eines EU-Projektes vom spanischen Staat entsandt, inzwischen gleich direkt vom honduranischen Kongress bezahlt. Eine Mitarbeiterin einer europäischen Institution lässt im internen Gespräch kein gutes Haar am Ergebnis dieser Beratung: „Was sich hier manifestiert, ist eine faschistoide Rechtsauffassung aus Franco-Zeiten.“ ■

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Ökumenischen Büros München und hat Honduras im September als Mitglied einer Delegationsreise besucht.

Nachtrag: Zwanzig Monate nach dem Mord an der honduranischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres veröffentlichte Ende Oktober die internationale Beratergruppe unabhängiger Experten (*Gaipe*) einen Bericht, der das Komplott zur Ermordung von Cáceres aufdeckt. Hauptbeteiligte sind demnach die Leitung des Unternehmens *Desarrollos Energéticos S.A. (Desa)* und staatliche Sicherheitskräfte. Die erfahrenen Juristen fanden klare Indizien für das Ziel der Operation: die Eliminierung von Bertas Organisation *Copinh* und des Widerstands gegen das Wasserkraftwerk *Agua Zarca*. GAIPÉ hatte sich im November 2016 auf Anfrage von Familienangehörigen von Cáceres und von *Copinh* gegründet, nachdem zu erkennen war, dass der honduranische Staat einer offiziellen Untersuchungskommission nicht zustimmen würde.

WENDESTIMMUNG IN CHILE

„Frente Amplio“ heißt ein neuer Zusammenschluss linker Parteien, der bei den chilenischen Präsidentenwahlen mit Beatriz Sánchez eine aussichtsreiche Kandidatin ins Rennen schickt. Michelle Bachelet verlässt das Präsidentenamt im Populartätstief.

Von Erhard Stackl

In Chile besteht die Chance auf eine echte politische Wende. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1989/90 wechselten einander immer zwei politische Blöcke – Mitte-Links und Rechtskonservativ – an der Macht ab, ohne dass sie das in der Pinochet-Diktatur eingeführte neoliberale Wirtschaftsmodell wesentlich veränderten. Bei der Präsidentenwahl am 19. November könnte es erstmals die Kandidatin einer neuen, weiter links angesiedelten Gruppierung auf den zweiten Platz und damit in die Stichwahl schaffen. Die Journalistin Beatriz Sánchez (46) tritt für den neu geschaffenen *Frente Amplio* an, eine „breite Front“ aus mehr als einem Dutzend kleiner Parteien, darunter überwiegend autonome Linke, aber auch grüne und liberale Gruppen. Ihr laut verkündetes Ziel ist es, mit dem unter Diktator Augusto Pinochet (herrschte 1973–90) eingeführten „neoliberalen Modell“ Schluss zu machen. Die „Front“ verspricht, ihre Politik nach den Wünschen des Volkes zu richten, was ihr Vergleiche mit Spaniens linkspopulistischer Partei *Podemos* eintrug. Sánchez bezeichnet als wichtigste Inspiration lieber den linken *Frente Amplio* in Uruguay, der dort schon seit 2005 an der Macht ist.

In Chile begünstigt das politische Umfeld erst jetzt einen wirklichen Wandel. Seit im Jahr 2011 hunderttausende Studierende auf die Straße gingen, um gegen das teure private Bildungssystem und gegen die krasse Ungleichheit der Einkommen zu protestieren, weiß man aus Umfragen, dass ein großer Teil der Bevölkerung vom System der radikalen Marktwirtschaft genug hat. Ihr hat die Politik, angefangen mit der Sozialdemokratin Michelle Bachelet (66), deren zweite Amtszeit als Präsidentin nun zu Ende geht, zügige Reformen angekündigt. Einen massiven Umbau der derzeit privaten Bildungs-, Gesundheits- und Pensionssysteme, sogar eine neue Verfassung anstelle des von Pinochet erlassenen, au-



Beatriz Sánchez



Alejandro Guillier

toritären Grundgesetzes versprach Bachelet, die damit Populartätswerte von 80 Prozent erreichte. Inzwischen ist die Zustimmung auf erschütternde 27 Prozent gefallen.

Bachelet ließ etliche Spitäler bauen und setzte durch, dass nun 60 Prozent der armen Studierenden Stipendien erhalten. Alle anderen zahlen jedoch weiter horrend Studengebühren. „Millionen haben protestiert, aber die Pensionen sind noch immer sehr niedrig, wie auch der Mindestlohn“, kritisiert Frente-Kandidatin Sánchez. Ein Korruptionsskandal um Bachelets Sohn beschädigte ihr persönliches Ansehen. Streitereien im Regierungsbündnis *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit), das von den Christdemokraten über sozialdemokratische Parteien bis zu den Kommunisten reicht, blockierten die politische Arbeit.

Heuer fiel diese Mitte-Links-Koalition überhaupt auseinander. Aus Abneigung gegen die Kooperation mit Kommunisten stellte die christdemokratische PDC für die Wahlen eine eigene Kandidatin auf: die Senatorin Carolina Goic (45). Die Ökonomin, die aus einer kroatischen Einwandererfamilie stammt, liegt in den Umfragen allerdings abgeschlagen zurück.

An der Spitze liegt der rechtskonservative Sebastián Piñera, der 2011–14 schon einmal Präsident war. Dahinter folgen die Frente-Frau Sánchez und jener Mann, den die in der *Nueva Mayoría* verbliebenen Parteien in Vorwahlen kürten: der Fernsehjournalist Alejandro Guillier (64). Er ließ mit einer Bemerkung zum *Mapuche*-Konflikt aufhorchen, in dem die Indigenen im Süden Chiles um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Lastwagen großer Forstfirmen gingen in Flammen auf, auch Farmen brannten. Obwohl die Urheberschaft in

manchen Fällen unklar war, gingen die Behörden brutal gegen die *Mapuche* vor, von denen einige in Haft Hungerstreiks abhielten. Guillier kritisierte, dass gegen sie auch unter Bachelet ein umstrittenes Anti-Terror-Gesetz angewendet wurde und verlangte „die Anerkennung unserer Urbevölkerung (*Pueblos originarios*)“ in der Verfassung.

Auf wirtschaftspolitischem und sozialem Gebiet blieb Guillier, der früher Nachrichtenmoderator im Sender *Chilevision* des Groß- und Medienunternehmers Piñera war, so vage, dass er einen weiteren Linkskandidaten zu einer spöttischen Aussage animierte. Im Vergleich zu Guillier sei sogar der christdemokratische Präsident Eduardo Frei jr. (1994–2000) „ein Che Guevara gewesen“, sagte Marco Enriquez-Ominami, der dieses Jahr bereits zum dritten Mal als „progressiver“, aber chancenloser Präsidentschaftskandidat antritt.

Um Guillier zu helfen, kündigte Bachelet am Ende ihrer Amtszeit noch ein paar populäre Maßnahmen an. Für das kommende Jahr sollen die Staatsausgaben um 3,9 Prozent steigen, was der derzeit hohe, für die Staatseinnahmen entscheidende Kupferpreis ermögliche. Auch gesellschaftspolitisch hat Bachelet jüngst Reformen eingeleitet: einerseits die Entschärfung eines der strengsten Abtreibungsverbote der Welt (das nun etwa nach einer Vergewaltigung nicht gelten soll) sowie neue Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, die bis zur Adoption von Kindern reichen sollen.

Piñera hat bereits erklärt, dass es unter ihm das alles nicht geben würde. Beatriz Sánchez (*Frente Amplio*) tritt für eine völlige Aufhebung des Abtreibungsverbots und für weitere radikale Veränderungen

⇒ von Seite 25: CHILE

ein. Sánchez betont, dass sie ihre Ziele nur mit demokratischen Mitteln im offenen Dialog erreichen wolle. Sie favorisiert allerdings auch die in linken Kreisen Chiles schon lange geforderte Abhaltung einer „verfassunggebenden Versammlung“ (*constituyente*) aller gesellschaftlichen Kräfte, was bürgerliche Chilenen Verhältnisse wie in Venezuela befürchten lässt. Der chilenische Sozialphilosoph Daniel Mansuy bemängelt, dass die „Front“ mit ihrer libertären Linie vor allem die Mittelschicht anspricht, während sie bei den in Moralfragen konservativen Armen kaum Anhänger hat. Auch um dem entgegenzuwirken, hielt die Gruppierung im September ein „Programm-Plebiszit“ ab, bei dem die Bevölkerung ihre politischen Prioritäten nennen sollte. Allerdings nahmen nur knapp 17.000 ChilenInnen daran teil (die stark für Reformen des Bildungs-, Pensions- und Gesundheitswesens sowie in zweiter Linie für eine *constituyente* waren).

In Umfragen lag Sánchez mit 21 Prozent kurz auf Platz zwei. Inzwischen hat sie der *Nueva Mayoría*-Kandidat Guillier (nun 23 Prozent) überholt, während Piñera mit über 30 Prozent für den ersten Wahlgang klar an der Spitze liegt. Bei der Stichwahl am 17. Dezember müsste sich Piñera der oder dem Zweitplatzierten der ersten Runde stellen. Ihr oder ihm werden von Kommentatoren gute Chancen auf den Gesamtsieg eingeräumt. Begünstigt wird das dadurch, dass in beiden linken Gruppierungen Aktivisten der Studentenbewegung von 2011, darunter die bekanntesten AnführerInnen, maßgeblich aktiv sind. Protest-Ikone Camila Vallejo (im britischen *Guardian* Person des Jahres 2011) und ihre Kollegin Karol Cariola setzen sich als kommunistische Abgeordnete für Guillier ein. Die Ex-Studentenführer Giorgio Jackson (nun Chef der Partei *Revolución Democrática*) und Gabriel Boric (*Izquierda Autónoma* – „Autonome Linke“) sind Mitbegründer des *Frente Amplio*. Alle vier werden wohl dazu aufrufen, in der Stichwahl für Sánchez oder Guillier zu stimmen, wer immer von den beiden den zweiten Wahlgang erreicht.

UnsicHER ist das Verhalten der Christdemokraten, die seit 1990 immer mit dem Mitte-Links-Block stimmten. Angesichts der KP-Phobie ihrer Vorsitzenden Goic und weiterer Mitglieder könnte es sein, dass ein Teil von ihnen nach rechts, ins Lager Piñeras, umfallen wird. ■

IM LABORATORIUM

Chilenische Reiseimpressionen

Die vier wichtigsten Himmelsrichtungen sind drei: Norden und Süden!“, schrieb Roberto Bolaño, ein Schriftsteller aus Chile. Diesen literarischen Scherz versteht man nur, wenn man sich die geographischen Gegebenheiten dieses Landes vor Augen hält. 4.300 km Küste von Arica bis nach Feuerland. Im Westen der Pazifik, im Osten der Wall der Andenkordillere mit vielen Sechstausendern, im Norden die Atacama, im Süden der durch die Magellanstraße getrennte Archipel, den wir als Feuerland kennen. Diesen Gegebenheiten ist es geschuldet, dass Chile bis in die Hälfte des 19. Jahrhunderts beinahe eine vom Rest des Kontinents isolierte Insel blieb.

Im April 2017 habe ich mich drei Wochen in Chile aufgehalten, um meine FreundInnen aufzusuchen, und wieder einmal – wie ich das seit 1978 tue – im Abstand von zehn Jahren in ihre Lebenswelten einzutauchen.

versprochenen Reformen einzufordern, habe ich meinen Freund gefragt, was er von Bachelet hält.

Eduardo gehört noch einer Generation an, die freien Zutritt zu den Universitäten hatte. Die Schulen waren gratis und garantierten eine qualifizierte Ausbildung, obwohl Chile damals wesentlich ärmer war. „Mit Pinochet und den Chicago-Boys wurde Chile zum Laboratorium des Neoliberalismus und es gibt kaum mehr einen Bereich, der nicht privatisiert ist. Heute zahle ich für meine zwei Kinder monatlich je 800 Dollar für die schulische Ausbildung“.

Wenige superreiche Familien sind die entscheidungstragenden Eliten, die neben den internationalen Konzernen im Besitz der Banken, der Straßen, des Transportwesens, der Pensionskassen, der Universitäten, Spitäler und Kupferminen sind. Zu ihnen gehören die Luksic, Fallabella und Guzmán, die wie Paulmann mit Baumärk-



Eduardo ist in der dritten Generation Nachfahre von aus Syrien und dem Libanon eingewanderten Arabern, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Repression durch die Türken im Osmanischen Reich entflohen und sich zuerst in Argentinien und später in Chile ansiedelten.

Als in der Osterwoche weit über hunderttausend StudentInnen in Santiago und Valparaiso auf die Straße gingen, um wieder und wieder die von Präsidentin Michelle Bachelet vor den Wahlen von 2011

ten und Ketten von Supermärkten reich geworden sind. Paulmann hat sich als Zeichen seiner Macht einen weithin sichtbaren phallischen Wohnturm errichten lassen, der die Skyline von San(tiago)hattan prägt. Wie in Europa haben auch hier die Menschen ihre Hoffnung auf einen Wandel durch die etablierten Parteien von links, Mitte und rechts aufgegeben. „Selbst die Kommunisten, die eine Privatuni unterhalten, schneiden am Kuchen mit“, empört sich Eduardo. Vom Abbau in den Kupfer-

DES NEOLIBERALISMUS

von Helmut Hostnig (Text und Fotos)



Plakate aus der Zeit des Widerstands gegen die Diktatur in einem Café

minen erhalten die Militärs seit der Junta bis heute einen Prozentsatz, der allein genügen würde, eine kostenlose Gesundheitsversorgung und Ausbildung für alle zu garantieren.

Er schließt resigniert: „In meiner Studentenzeit war ich ein Anhänger Allendes. Nach 30 Jahren Pinochet und zaghaften, aber mittlerweile gescheiterten Versuchen, den endgültigen Ausverkauf des Landes zu verhindern, haben meine Freunde, von denen viele ermordet wurden oder verschwunden sind, die Hoffnung auf einen Wandel aufgegeben“.

Ja, die Schere zwischen Arm und Reich ist in der Hauptstadt Santiago zwar weniger sichtbar, aber der Lebens- und Überlebenskampf großer Bevölkerungsschichten noch härter als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Wenn man das Grundeinkommen von umgerechnet 390 Euro mit den im Warenkorb enthaltenen monatlichen Ausgaben von 780 Euro vergleicht (ohne Auto zu fahren, Bücher zu kaufen oder ins Kino zu gehen) sieht man auf einen Blick, dass es kaum ausreicht, sich selbst, geschweige denn eine Familie zu ernähren. Bis auf in Asien gefertigte Textilien und Elektronik ist Chile, wenn man sich nicht auf den Märkten mit Nahrungsmitteln versorgt, sicherlich teurer als Europa.

Übrigens fand am 19. April eine Volkszählung statt. Niemand weiß derzeit, wie viele Menschen in Chile leben. Sind es 17

oder gar 20 Millionen? Auch bei dieser Erhebung wird man das nicht feststellen können. Es sind seltsame Fragen, die gestellt werden: Aus welchem Material bestehen die Wände, der Boden, die Decke? Zu welcher (von sechs angeführten) Ethnie gehören Sie? Drei davon sind mittlerweile ausgestorben.

Chile ist seit jeher ein Einwanderungsland, und heute mehr denn je. Jorge Baradit, ein chilenischer Schriftsteller, vergleicht es mit Frankenstein: „In 200 Jahren zusammengestückelt aus Türken, Arabern, Spaniern, Mapuche“. Trotzdem scheint es auch hier größere Ressentiments vor allem gegen MigrantInnen aus Haiti zu geben. Er beklagte bei einem Fernsehauftritt die oft rassistische Haltung der ChilenInnen gegenüber den „Wirtschaftsflüchtlingen“, von denen die Mehrheit besser qualifiziert sei als die hier Geborenen. Das hat mich an den in Österreich geführten Diskurs erinnert. Leider haben die von mir geführten Interviews mit verschiedenen VertreterInnen aus den Herkunftsländern der MigrantInnen (allen voran Peru, Haiti, Dominikanische Republik und Venezuela) seinen Kommentar zur oftmals diskriminierenden Haltung der Einheimischen gegenüber den MigrantInnen bestätigt. Andererseits gibt es seit Bachelets Regierung viele Initiativen – organisiert von Staat, Kirche, NGOs, aber auch Privatleuten –, die daran erinnern wollen, dass es mehr als eine halbe Million Exilierte waren, die

während der Militärdiktatur bei anderen Ländern Aufnahme gefunden haben, und es darum mehr als angebracht sei, ihnen bei ihrem Start in ein besseres Leben zu helfen. Nicht vergessen werden darf, dass heute noch mehr als eine geschätzte Million ChilenInnen im Ausland leben, vornehmlich in Spanien, Argentinien und den Vereinigten Staaten.

Aus den Nachrichten erfahre ich, dass es 450.000 registrierte Immigranten gibt. Die Dunkelziffer, der „illegal“ im Land lebenden Menschen, dürfte doppelt bis dreimal so hoch sein. Das Einwanderungsgesetz ist aus dem Jahr 1976 und wurde noch nicht den neuen Gegebenheiten angepasst. Natürlich gibt es auch hier Rassismus und skrupellose Ausbeutung. Das trifft vor allem Haitianer, die nach dem Erdbeben nach Chile geflohen sind und nicht, wie die meisten anderen ImmigrantInnen, Spanisch sprechen. *Migrar no es delito*. Niemand ist illegal.

María ist im Süden Chiles, in Temuco, aufgewachsen und eine Nachfahrin deutscher Kolonisten aus Baden-Württemberg, die 1850 angeworben wurden, das dünn besiedelte Land urbar zu machen. Damals lebten gerade einmal 1,4 Millionen Menschen auf einem Drittel der heutigen Ausdehnung, die Chile erst nach dem Pazifik- oder Salpeterkrieg 1879–1882 mit den nördlichen Nachbarn Peru und Bolivien erreichte. Jede Familie, die sich für die Überfahrt entschloss, erhielt ein Darlehen, ein Stück Land (oft den *Mapuches* weggenommen, die Eigentum an Land nicht kennen), Samen und Werkzeuge für die Kultivierung des Bodens sowie Unterhalt für das erste Jahr. Außerdem waren die Ankömmlinge sechs Jahre steuerfrei und galten sofort nach Ankunft als chilenische Bürger. Die Regierung war der Meinung, dass sie nur durch Immigration die aufständischen Indianer „befrieden“, die Grenzgebiete gegen Argentinien sichern und den Rückstand aufholen und so Anschluss an die damals fortgeschritteneren Länder Südamerikas finden könne.

Mit María, die nach 40 Jahren, in denen sie in einem der 13 SOS-Kinderdörfer Chiles gearbeitet hat, nun in Pension ist, durchstreife ich die Stadt, die ich kaum wiedererkenne. Auch sie muss versuchen, das Wenige, was ihr blieb, aufzubessern, auch, um das Studium ihres Sohnes zu finanzieren, indem sie für die Kinder nahegelegender Schulen würzige Mehlspeisen aus roten Rüben, Mehl und Butter bäckt.

⇒ von Seite 27: FORTSETZUNG

ZWEI JAHRE

Santiago – mittlerweile Schaukasten moderner Architektur in den Vierteln der Reichen, – erlebt gerade einen ziemlichen Boom. Obwohl, es gibt sie noch, die Barrios mit den einstöckigen Häusern, ihren Patios und Fassaden, die mit bunten, oft lustigen Murales geschmückt sind und herausgeputzten alten Damen gleichen, denen es trotz der vielen Schminke nicht gelingt, ihren Verfall vergessen zu machen. Manche dieser Wandgemälde enthalten politische Botschaften, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Wie in Peru scheint es auch hier unsägliche Gewalt gegen Frauen zu geben, die selten geahndet wird. Abtreibung ist nach wie vor verboten, Homosexualität zwar legalisiert, aber noch immer von vielen als Krankheit angesehen.

In einem Café, das leider noch nicht offen war, fand ich Wände voll mit Plakaten aus der Zeit der lateinamerikanischen Befreiungskämpfe gegen die Militärdiktaturen in den 1970ern, aber auch die Erinnerung an Allende und den Widerstand gegen Pinochet. Damit diese Zeit nicht vergessen wird, gibt es auch ein *Museo de la Memoria y los Derechos Humanos*, das mich mit einer Wand von Fotos all der in den Gefängnissen Ermordeten sehr beeindruckt hat. Der Volkssänger Víctor Jara, dem Soldaten der Junta im Stadion beide Hände zerschlagen haben, bleibt ebenso wie Violeta Parra unvergessen.

Emma war Lehrerin und ist 63. Von den umgerechnet 150 Euro Pension, die ihr nach dem Zusammenbruch des von der Militärdiktatur eingeführten Systems privater Pensionskassen im Jahr 2008 blieben, das die Pensionen an die Rentabilität der Pensionsfonds bindet, kann sie ihr Leben – wie Hunderttausend andere – nicht bestreiten. Sie hat ihre Stadtwohnung verkauft und ist aufs Land gezogen, um mit Bienen zu arbeiten. In vier Jahren hat sie sich alle Fertigkeiten angeeignet, welche die Imkerei erfordert, und sich jetzt mit 300 Bienenhäusern selbständig gemacht. Spezialisiert auf die Aufzucht von Bienenköniginnen, die sie bis nach Kanada verkauft, führt sie ein bescheidenes Leben am Land und ist glücklich. Mit ihr lebt Emilia. Sie ist 83. Emma wollte nicht, dass sie in ein Heim muss, und hat sie adoptiert. Ja, Emma hat ein großes Herz. ■

Der Autor ist pensionierter Lehrer und betreibt in Wien den Blog <https://hostnig.wordpress.com>

Am 5. November 2015 brach nahe der Kleinstadt Mariana im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens der Damm eines Bergwerksdeponiebeckens der Firma Samarco (siehe Lateinamerika Anders 1/2016). 62 Millionen Kubikmeter giftigen Schlamm fluteten den Fluss Rio Doce (Süßer Fluss) auf seinem 680 km langen Weg bis zum Meer. Der Tsunami aus Schlamm begrub Menschen, Häuser, Kirchen und ganze Dörfer unter sich und tötete 19 Menschen. Er verseuchte das Wasser und den Boden für unabsehbare Zukunft. Die Katastrophe von Mariana gilt als die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens.

Von Thomas Bauer

Das Dorf Bento Rodrigues wurde durch die Schlammlawine komplett zerstört, ähnlich erging es den Dörfern Paracatu de Baixo und Gesteira. Seit nunmehr zwei Jahren beklagen die BewohnerInnen den Verlust ihrer Familienmitglieder, ihres Hauses, ja ihrer Heimat. Und seither warten sie auf Wiedergutmachung, auf Entschädigung, auf Gerechtigkeit. Am ersten Jahrestag des Dammbrochs, der von Brasiliens sozialen Bewegungen als das schlimmste Umweltverbrechen in der Geschichte des Landes bezeichnet wird, sprach Monica, eine Bewohnerin des zerstörten Bento Rodrigues, angesichts der Katastrophe, die ihr Leben zerstörte, mit Wut, mit Zorn, aber auch mit Entschlossenheit. Nun, zwei Jahre nach dem Dammbroch, klingt Monica leise und bedrückt. „Es hat sich kaum etwas verändert seit unserem letzten Treffen“, sagt sie. „Das ist wie ein riesiges schwarzes Loch, das wir unser ganzes Leben mit uns tragen werden. Wir haben alles verloren“, erzählt sie. Vom Wiederaufbau des von der Schlammlawine direkt betroffenen Dorfes ist nichts zu sehen. „Es gibt noch immer Unklarheiten in Bezug auf das Ersatzgrundstück, das vom Bergbaukonzern Samarco bereitgestellt werden muss.“ Das Ersatzgrundstück muss zuerst von der Gemeinde als Bauland umgewidmet werden.

Ringens um Entschädigung

Die Verhandlungen zwischen der eigens für „Wiedergutmachung“ ins Leben gerufenen Stiftung *Renova* und den geschädigten Familien gehen nur zähflüssig voran. Zusätzlich gibt es Streitigkeiten wegen der Umweltauflagen. Immer wieder versuchen die Verantwortlichen des Bergbaukonzerns über die Köpfe der Familien hinweg zu entscheiden. So auch, was den Wiederaufbau betrifft. Laut Aussagen verschiedener Familienangehöriger sollen die

Häuser von einer Baufirma gebaut werden – unter Ausschluss der Betroffenen. Das ist einer der vielen Punkte, den die Menschen keineswegs akzeptieren wollen. Von Familien im nahegelegenen Barra Longa haben sie erfahren, dass die dort renovierten Häuser kurz danach schon wieder große Mängel aufwiesen.

Monica und ihre Familie wollen aber auf keinen Fall aufgeben. „Jedes Wochenende fahren wir nach Bento und übernachten im Haus meiner Tante, das nicht vom Schlamm zerstört wurde. Doch am liebsten würden die Verantwortlichen des Bergbaukonzerns das ganze Gebiet zum Sperrgebiet erklären.“ Das wäre eine zweite Vertreibung, sagen die Betroffenen. Zuerst kam der Schlamm und machte alles platt. Und nun sagt die Firma Samarco, dass das Gelände ja ohnehin zerstört sei, also könnte sie doch in dem dortigen Talkessel gleich ein neues, noch größeres Rückhaltebecken für den Bergwerksschlamm errichten. Das wollte Samarco übrigens bereits vor dem Dammbroch. Doch die BewohnerInnen hatten sich damals geweigert. Nun versucht die Firma es erneut. Nur dem Widerstand der betroffenen Familien aus dem über 300 Jahre alten Dorf ist es zu verdanken, dass es bis heute noch nicht dazu kam.

Besonders hart ist für die Betroffenen, dass sie sich nach zwei Jahren gegenüber den Verantwortlichen des Bergbaukonzerns Samarco und der Stiftung *Renova* immer noch rechtfertigen und ständig beweisen müssen, was sie verloren haben. Zudem will Samarco nur diejenigen akzeptieren, die nachweisen konnten, dass sie von der Schlammlawine direkt betroffen sind. Noch heute gibt es somit unzählige Familien, die ihr Einkommen verloren haben und nicht ins Programm von Samarco aufgenommen wurden. Somit stehen ihnen keine monatlichen Notfallzah-

NACH DEM DAMMBRUCH



Foto: Thomas Bauer

Das Dorf Bento Rodrigues, zwei Jahre danach

lungen zu, bis die Entschädigungsfragen zwischen den Betroffenen mit Hilfe der Staatsanwaltschaft vor Gericht geklärt sind.

Zermürbungstaktik

Die kleine Sofia, Tochter von Simone aus Barra Longa, ist eines von vielen Kindern in der Stadt, die mit schwerwiegenden Gesundheitsproblemen zu kämpfen hat. Seit sie den Staub des ausgetrockneten, überall herumliegenden Schlammes einatmet, hat sie Allergien und schweren Husten. „Nach langem Kampf und der Veröffentlichung einer Studie von *Greenpeace* übernimmt Samarco nun wenigstens die Kosten für den Arztbesuch und die Medikamente gegen die Allergie und den ständigen Husten“, berichtet ihre Mutter Simone. Aber das ist nur ein geringer Teil der monatlich anfallenden Mehrkosten. Um der von chronischem Husten betroffenen Sofia die Nacht halbwegs ertragbar zu gestalten, musste die Familie einen Luftbefeuchter anschaffen. Dadurch sind die Stromkosten ihres Haushaltes um das Vierfache angestiegen. Wer soll das bezahlen?

Simone selbst kommt eigentlich aus dem Nachbarort Gesteira. Ihre Großmutter lebte dort, als der Schlamm sich seinen Weg bahnte und auch vor ihrem Haus nicht Halt machte. Entschädigung und Wiedergutmachung für die BewohnerInnen von Gesteira? Es zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Bento Rodrigues. Die Sitzungen und Verhandlungen zwischen den Betroffenen und Verantwortlichen der Stiftung *Renova* sind zermürbend. „Über ein

Jahr wollten uns die Verantwortlichen der Stiftung klar machen, dass der Besitzer des für den Ersatzbau ausgesuchten Grundstückes nicht bereit sei, es zu verkaufen“, so Simone. Dies stellte sich allerdings als Lüge heraus. Denn der Besitzer des Grundstückes sagte, er wolle ja verkaufen. Die Firma spielt offensichtlich auf Zeit und will so den Preis drücken – und die Menschen zermürben.

Dies ist eine von Konzernen oft verfolgte Strategie. So versuchen die Anwälte von Samarco, alle Gerichtsverfahren nicht mehr in Mariana, sondern direkt am Obersten Gerichtshof in Brasília abzuhalten. Sollte das geschehen, erwarten Monica und viele der Betroffenen nichts Gutes. Sie haben in den letzten zwei Jahren immer wieder mitbekommen, wie über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde. Und den Gerichten trauen die BewohnerInnen schon gar nicht mehr, seitdem im August dieses Jahres der Prozess gegen die 22 für den Dammbbruch verantwortlichen Manager und gegen die Firmen Samarco sowie ihre Anteilseigner *Vale*, *BHP Billiton* und *VogBR* nach einem formalen Einspruch der Rechtsanwältinnen suspendiert wurde.

Zerstörte Zukunft

Der Fischer Juliano lebt mit seiner Familie am Rio Doce, dort wo die Flüsse Piranga und Carmo zusammentreffen und den Rio Doce formen. Juliano war es vor vier Jahren gelungen, sich offiziell als Fischer registrieren zu lassen. „Für mich war das sehr wichtig, denn ich habe ein

schwer behindertes Kind, das unsere gesamte Aufmerksamkeit und Pflege braucht.“ Aus diesem Grund konnte er auch keiner geregelten Arbeit nachgehen und schlug sich als Hilfsarbeiter durch. Der Fischfang sollte es ihm ermöglichen, seine Familie zu ernähren. Ein Traum, der von den Schlammmassen innerhalb weniger Sekunden komplett zerstört wurde. „Alles was wir früher gerne gemacht haben, haben wir verloren. Der Fluss ist tot.“

Zuerst wollte der Bergbaukonzern Samarco die Fischer hier mit einer Entschädigung von umgerechnet zwischen 10.000 und 18.000 Euro abfinden. Doch dies akzeptierten die Fischer nicht und gingen vor Gericht, obwohl sie wissen, dass diese Gerichtsverfahren Jahrzehnte dauern können. Mittlerweile sei, so Juliano, „der Fischfang exotischer Arten wieder erlaubt, aber wer will diese Fische essen? Wir wissen doch bis heute nicht, ob und womit das Flusswasser und die Fische kontaminiert sind“.

Laut einer dieses Jahr veröffentlichten Studie der Bundesuniversität von Espírito Santo UFES hat sich die Situation des Rio Doce, nachdem sich der giftige Schlamm im gesamten Flusstal abgesetzt hat, verschlimmert: Der Eisengehalt hat sich verdoppelt, die Manganwerte verdreifacht, die Aluminiumwerte sogar vervierfacht. Zusätzlich kam es zu einem Rückgang der Artenvielfalt um 40% und dem Verlust großer Mengen an Plankton-Typen und Mikroalgen, die die Basis der Nahrungskette vieler Flusslebewesen und Fische bilden. Bislang weiß noch niemand, welche gesundheitlichen Auswirkungen der Schlamm und die in ihm enthaltenen Schwermetalle im Wasser, in den Sedimenten, am Ufer, im Grundwasser, in den Fischen und später dann, am Ende der Nahrungskette, für den Menschen haben werden.

Diese Lebensgeschichten stehen stellvertretend für Tausende von betroffenen Familien im Flusstal des Rio Doce. Der Schlamm hat ihre Hoffnungen und Lebensräume entlang des Flusses begraben. Auf Gerechtigkeit hofft hier schon niemand mehr. ■

Der Österreicher Thomas Bauer ist seit 18 Jahren Mitarbeiter der brasilianischen Landarbeiterpastoral CPT und lebt im nordöstlichen Bundesstaat Bahia. Beitrag entnommen aus <https://tbauerblog.wordpress.com>

Dossier zum Thema: <https://cidse.atavist.com/schlammderzerstoerung>

Die Situation zwischen den Konfliktparteien eskaliert spätestens im Jahr 1968, als der Präsident Pacheco Areco, der als Nachfolger des verstorbenen, demokratisch gewählten Generals Gestido an die Macht kommt, mithilfe der „*Medidas prontas de seguridad*“ zu regieren beginnt, die eine Einschränkung der Freiheiten bedeuten. Die Auseinandersetzungen nehmen an Brutalität zu, die *Tupamaros* rauben, töten und entführen: Am bekanntesten wird die Entführung von Dan Mitrone, einem amerikanischen Berater, der mutmaßlich den lokalen Kräften das Foltern beigebracht hat (*waterboarding* gab es schon damals), und der Versuch der Besetzung einer ganzen Stadt (Pando, in der Nähe Montevideos). Natürlich bleiben die Militärs ihnen nichts schuldig und die Repression wird immer rücksichtsloser.

1971 gewinnen die regierenden *Colorados* die Wahlen, Bordaberry kommt an die Macht. Ein Jahr später sind die *Tupamaros* militärisch besiegt, aber die Armee zieht sich nicht zurück, sondern gewinnt noch an Einfluss. Anfang Februar 1973 begibt sich der Präsident zum Militärflughafen Boiso Lanza und schließt – ohne Not – ein Abkommen mit der Militärführung. Aus heutiger Sicht wird der Putsch eher hier gesehen und nicht am 27. Juni, als das Parlament aufgelöst wurde. Die Reaktionen sind erwartbar: Vor allem Studenten und Arbeiter protestieren, es kommt zu einem Generalstreik.

In den Interviews kommen sehr persönliche Sichtweisen zum Ausdruck, die von persönlicher Betroffenheit zeugen: Eine damalige Studentin ärgerte sich, dass sie nicht studieren konnte, eine Christdemokratin (Teil des *Frente Amplio*) schildert, dass sie nicht so verfolgt wurden wie die Kommunisten, und politische Aktivisten tauchen spätestens jetzt unter, landen im Gefängnis oder flüchten ins Ausland. Die Vertreter der politischen Parteien argumentieren entlang der Parteilinie, wobei die *Colorados* sich bemühen, ihren Präsidenten als „Einzeltäter“ darzustellen.

In den folgenden Jahren wird die Verfolgung von Regimegegnern immer brutaler. Die Menschen werden in die Kategorien A, B und C eingeteilt. A bedeutet vertrauenswürdig, bei B gibt es schon ideologische Bedenken, sie dürfen nicht frei reisen und nur in der Privatwirtschaft arbeiten. Wer als C eingestuft wird, hat keine Rechte mehr, darf weder arbeiten noch reisen und bekommt auch keinen Reisepass. Als sich im März 1976 das argentinische

URUGUAYS AUSEINANDERSETZUNG

Mitten im Kalten Krieg wurde die Auseinandersetzung zwischen der Regierung Uruguays und der Stadtguerilla *Tupamaros* immer gnadenloser, mit Morden auf beiden Seiten. In der Folge war eine Militärdiktatur zwischen 1973 und 1985 an der Macht, die besonders brutal gegen ihre Gegner vorgegangen ist. In den mehr als 30 Jahren, die seither vergangen sind, ließ die Aufklärung der Verbrechen, die während der Zeit begangen wurden, sehr zu wünschen übrig. Um zu verstehen, warum nicht mehr geschehen ist, hat der Autor u.a. 14 Interviews in Montevideo geführt.

Von Roberto Kalmar

Militär an die Macht putscht, schließt sich ein Kreis: Brasilien, Bolivien, Paraguay, Chile, Argentinien und Uruguay haben alle rechtsgerichtete Militärregierungen. Das ist auch die Zeit des *Plan Cóndor*, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Militärs und der Geheimdienste.

Regime der Morde

Es ist die Zeit der Morde: Die Ex-Abgeordneten Michelini und Gutiérrez Ruiz werden mit zwei weiteren Aktivisten in Buenos Aires ermordet. Es ist die Zeit der Flüge über den Río de la Plata, bei dem Regimegegner ins Wasser geworfen werden. Und in Uruguay wird auf Teufel komm raus gefoltert.

Bordaberry, der mit seinen – absolut nicht demokratischen – Reformideen die Militärs verärgert, wird durch Alberto Demicheli ersetzt, der aber nach zwei Monaten wieder abtreten muss, da er nicht alles unterschreibt, was ihm die militärische Führung vorlegt. Ihm folgt Aparicio Méndez, ein Politiker des *Partido Blanco*.

In diesen Jahren nimm die Zahl der Soldaten stark zu. Die Bevölkerung verhält sich notgedrungen ruhig, leidet aber unter zunehmender wirtschaftlicher Not. Die USA beenden, auf Betreiben des späteren New Yorker Bürgermeisters Ed Koch, ihre starke Unterstützung des Regimes. Diese Politik hält während der Regierungszeit Jimmy Carters, ändert sich aber unter Reagan wieder.

Im Jahr 1980 findet eine Volksabstimmung statt, die eigentlich die Macht der Militärs auf Dauer sichern sollen. Zu ihrer Überraschung kommen sie aber mit ihren Ideen nicht durch. Im halben Jahr nach der Abstimmung geschieht nichts, als seien alle auf ein solches Ergebnis nicht vorbereitet gewesen. Doch dann ist es klar: 1984 werden Wahlen stattfinden und am 1. März 1985 wird die Demokratie zurückkehren.

General Gregorio Álvarez, in den letzten Jahren der starke Mann, geht als Soldat in den Ruhestand und wird Präsident des Landes. In den folgenden Jahren werden erste Schritte zur Öffnung unternommen und die Bevölkerung wird zunehmend mutiger. Auf Betreiben des Nobelpreisträgers Pérez Esquivel wird auch in Uruguay SERPAJ (*Servicio Paz y Justicia*) gegründet. Es beginnen auch die Verhandlungen zwischen dem Regime und den politischen Parteien. Dies ist aber nur ein beschränkter demokratischer Vorgang, da der *Frente Amplio*, einige Organisationen und auch einzelne Politiker nicht politisch aktiv werden können. Wen werden deren Wähler unterstützen? Es ist die Zeit des Julio María Sanguinetti, Anführer der *Colorados*. Bei den *Blancos* ist der charismatische Wilson Ferreira Aldunate weiterhin gezwungen, im Exil zu bleiben.

Rückkehr zur Demokratie

Im Juli 1983 wird im Hotel *Parque* der Dialog zwischen Militärs und Parteien gestartet, aber im August wieder eingestellt. Der Protest wird lauter, es kommt zu *cacerolazos*. Zwei Monate später kehrt Argentinien zur Demokratie zurück. Schließlich findet am 27. November die größte Versammlung der Bevölkerung statt, bei der der Schauspieler Alberto Candeau eine denkwürdige Rede hält.

1984 gibt es den ersten Generalstreik, etwas später werden die ersten politischen Gefangenen freigelassen, unter ihnen der Anführer des *Frente Amplio*, (General) Liber Seregni. Er darf sich aber weiterhin nicht politisch betätigen. Im April kommt es zum letzten politischen Mord: Vladimir Roslik, ein Arzt aus der russischen Community, wird in San José erschossen; die Vertuschungsversuche gelingen nicht. Ferreira Aldunate kehrt im Juni nach Uruguay zurück, wird aber unmittelbar danach festgenommen. Im Juli kommt es zu neuen

MIT DER ZEIT DER DIKTATUR

Verhandlungen, an deren Ende der „Pakt des Club Naval“ steht. Dieser hat den Schönheitsfehler, dass die oben erwähnten Akteure weiterhin ausgeschlossen bleiben. Vom *Frente Amplio* sind mittlerweile Teilorganisationen zugelassen.

Ende November finden die Wahlen statt. Die *Colorados* erhalten 41,2% der Stimmen, die *Blancos* 35%, der *Frente Amplio* 21,3% und die *Unión Cívica* 2,5%. Sanguinetti ist der erste gewählte Präsident der wieder auferstandenen Demokratie. Fünf Tage nach der Wahl wird Ferreira Aldunate freigelassen. Er hält eine sehr besonnene Rede vor dem Rathaus und sagt dem zukünftigen Präsidenten seine Unterstützung zu.

Im März 1985 werden weitere Gefangene freigelassen, unter ihnen die bekanntesten *Tupamaros* wie Mauricio Rosencof, Mujica und Fernández Huidobro. Es gibt eine Diskussion darüber, ob man jene, die Blut an den Händen hätten, auch begnadigen kann, und man einigt sich dann darauf, jeden Tag im Gefängnis für drei zu zählen, da die Bedingungen besonders hart gewesen seien.

Was soll aber mit jenen geschehen, die auf der Seite der Militärs und der Polizei Verbrechen begangen haben? Erste schüchterne Versuche, Einzelne zur Verantwortung zu ziehen, verlaufen im Sand, weil die militärische Führung klarstellt, dass sich kein Soldat der zivilen Justiz stellen wird. Das Militär agiert noch immer aus einer Position der Stärke, und in Interviews wird auch klar, dass die Gefahr eines neuerlichen Putsches nicht von der Hand zu weisen war. Dies sei auch unter den Militärs offen zur Sprache gekommen, wie mir ein mittlerweile pensionierter Oberst versicherte.

Sabotierte Gerechtigkeit

Das Ergebnis dieser Diskussion ist die *Ley de Caducidad* (Hinfälligkeit), Ende 1986 in Kraft gesetzt, die jede Verfolgung verhindert. Opfer des Regimes beginnen unmittelbar danach mit einer Unterschriftensammlung, um ein Referendum gegen das Gesetz durchzusetzen. Trotz vieler Hindernisse – allein die Überprüfung der zahlreich gesammelten Unterschriften dauert fast ein Jahr – wird für 1989 die Abstimmung angesetzt. Sie endet allerdings mit einer Bestätigung der geltenden Regelung. Danach geschieht lange nichts:

Weder die Regierung der *Blancos* (1990–1995) noch die der *Colorados* (wieder Sanguinetti) in den Jahren danach ändern etwas. Erst Batlle (*Colorado*) installiert eine Wahrheitskommission, die einen Bericht publiziert, der aber ohne Folgen bleibt. In seine Regierungszeit fällt die Wiederauffindung von Macarena Gelman, der Enkelin des Schriftstellers Juan Gelman, heute Abgeordnete des *Frente Amplio*.

Im Jahr 2005 kommt die Linke an die Regierung und im Jahr danach beginnt der erste Prozess gegen Mitglieder des Regi-

Bis heute werden ungefähr 190 Personen vermisst. Es wird weiterhin nach ihnen gesucht und nach ihren sterblichen Überresten in Kasernen gegraben, aber mit wenig Erfolg. Das Militär zeigt sich nicht kooperativ und die Zivilregierung kann oder will nicht mehr Druck ausüben. Das Thema ist aber absolut nicht vergessen: Jedes Jahr am 20. Mai, dem Tag der Ermordung von Michelini und Gutiérrez Ruiz, findet in Montevideo die *Marcha de Silencio* statt, bei der eine große Menschenmenge schweigend auf der Hauptstraße demonstriert. Es ist erfreulich, dass mittlerweile sehr viele junge Menschen mitgehen, welche die Diktatur nicht selbst erlebt



Liber Seregni, der historische Führer des Frente Amplio

mes (6 Offiziere und 2 Polizisten), obschon die rechtliche Lage sich nicht geändert hat. Anfang 2009 werden sie zu langen Haftstrafen verurteilt. Im gleichen Jahr findet ein zweites Referendum statt, das aber, wenn auch knapp, das gleiche Ergebnis wie das erste bringt. Wie konnte das passieren? Heute ist man sich ziemlich einig in der Ansicht, dass die Regierung, um die Wiederwahl nicht zu gefährden, die Sache nicht unterstützt hat. Die Angst war zu groß, vielleicht gegen das Gesetz zu gewinnen, die Wahlen aber zu verlieren. Trotzdem ging die Justiz weiter gegen die Verantwortlichen vor: Bordaberry wurde 2006 verurteilt und blieb nach einer kurzen Zeit im Gefängnis bis zu seinem Tod im Jahr 2011 in Hausarrest. Der Diktator Álvarez kam 2007 ins Gefängnis und wurde in den folgenden Jahren wegen verschiedener Delikte mehrmals verurteilt. Er kam nicht mehr frei und starb im vergangenen Dezember.

haben. Daneben sind einige Organisationen weiterhin bemüht, Licht ins Dunkel zu bringen, auch wenn kaum mehr Hoffnung besteht, eines der Opfer lebend zu finden.

Es bleiben zwei Unklarheiten, die den Verdacht nähren, dass es in manchen Fällen zu der Öffentlichkeit nicht bekannten Absprachen gekommen ist. Beim „Pakt des Club Naval“ wird seit jeher vermutet, dass es zu einer Absprache zwischen Sanguinetti und den Militärs gekommen ist. Befeuert wird dies auch durch die Tatsache, dass die *Blancos* damals, aus Protest gegen die Nichtzulassung von Ferreira Aldunate, nicht an den Verhandlungen teilgenommen haben. Wurde dort die *Ley de caducidad* vereinbart?

Der zweite Punkt ist das auffällige Desinteresse jener *Tupamaros*, die gut zwölf Jahre eingesperrt waren, an der Strafverfolgung der schuldigen Militärs. Zu nennen ist vor allem Eleuterio Fernández Huidobro, von 2011 bis zu seinem Tod 2016

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Demonstration gegen das Vergessen

Überlebende, Organisationen und Studierende haben am 2. Oktober in verschiedenen Teilen Mexikos demonstriert und an das Massaker vom 2. Oktober 1968 erinnert, bei dem die Regierung dem Militär den Befehl gegeben hatte, auf die fast 50.000 jungen Menschen zu schießen, die sich auf dem Platz der drei Kulturen in der Großwohnsiedlung *Tlatelolco* in Mexiko Stadt versammelt hatten. In Mexiko Stadt nahmen mehrere tausend Menschen an der Demonstration teil, die von Mitgliedern des Komitees 68 angeführt wurde. Sie startete in *Tlatelolco* mit einem Treffen, bei dem an das Geschehen erinnert wurde, und führte dann zum *Zócalo* im Stadtzentrum.

An der Demonstration nahmen auch Betroffene des Erdbebens vom 19. September teil, Studierende der Lehrerbildungsstätte aus Ayotzinapa und andere Bürgerinnen und Bürger. Bevor sich der Demonstrationzug in Bewegung setzte, wurden die Namen der 43 Studenten vorgelesen, die in Iguala, im Bundesstaat Guerrero gewaltsam verschleppt wurden. Während der Demonstration gab es Sprechchöre wie „2. Oktober wird niemals vergessen!“ Auch in den Bundesstaaten Oaxaca, Veracruz, Michoacán und Quintana Roo gab es Demonstrationen in Erinnerung an das Massaker von 1968.

Genau wie in vielen anderen Ländern auch, hatten sich damals die jungen Menschen in Mexiko entschlossen, Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen und sich durch friedliche Demonstrationen Gehör bei den Regierenden zu verschaffen. Am 2. Oktober 1968 erhielt das Militär schließlich von Präsident Gustavo Díaz Ordaz den Schießbefehl. Nach dem Massaker, bei dem rund 400 Menschen starben und mehr als tausend verletzt wurden, ent-

fernten Polizeikräfte und Feuerwehrleute alle Spuren auf dem Platz und verbrannten die Leichen, um keine Spuren zu hinterlassen. Deshalb gibt es noch immer offene Fälle von Menschen, die von ihren Familien als verschwunden gemeldet wurden.

BRASILIEN

Starker Anstieg der Treibhausgasemissionen

In Brasilien sind die Treibhausgasemissionen von 2015 bis 2016 um 8,9 Prozent gestiegen. Damit nahmen sie im zweiten Jahr in Folge so stark wie seit 2004 nicht mehr zu. Und das, obwohl das Land zurzeit in einer wirtschaftlichen Rezession steckt. Vor allem eine vermehrte Entwaldung und die industrielle Agrarwirtschaft sind dafür verantwortlich. Die neuen Daten entstammen dem Treibhausgas-Prognose-System *Seeg* der nichtstaatlichen Initiative *Observatório do Clima* und wurden Ende Oktober in São Paulo präsentiert. *Seeg* kombiniert Regierungs- und Forschungsberichte und berechnet daraus Prognosen für die nationalen Emissionen.

Die brasilianische Treibhausgasproduktion ist trotz des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um 3,6 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Im Allgemeinen nehmen die Emissionen mit dem Wirtschaftswachstum zu, da dies sowohl beim Transport als auch bei der industriellen Produktion zu mehr Kraftstoffverbrennung führt.

Die Zunahme der Emissionen im letzten Jahr ist vor allem auf die um 27 Prozent gestiegene Abholzung des Amazonaswaldes sowie die Ausweitung der Flächen für Landwirtschaft und Viehzucht zurückzuführen, die generell mit Entwaldung einhergeht. Die „Landnutzungsänderungen“ stiegen um fast ein Viertel und machten insgesamt die Hälfte der nationalen Treibhausgase aus. Traditionell ist die Agrarindustrie für fast 70 Prozent oder mehr der gesamten brasilianischen Emissionen verantwortlich.

Den Verfassern der Studie zufolge sind die Emissionen damit im Jahr 2016 um 70 Prozent höher als der Wert, der zur Errei-

chung des Klimaschutzziels im Jahr 2020 notwendig sei. Der Leiter von *Seeg*, Tasso Azevedo, sagte: „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Brasilien sein Klimaschutzziel nicht erreichen wird, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um zwischen 36 und 39 Prozent gegenüber dem Wert des Jahres 1990 zu senken.“

Die *Seeg*-Forscher hoben allerdings auch hervor, dass die Emissionen in allen weiteren Bereichen der Wirtschaft gesunken sind. Der Energiesektor verzeichnete einen Rückgang um 7,3 Prozent. Dies wird zum einen auf die gesunkene Energienachfrage im Zuge der wirtschaftlichen Krise sowie den Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien um 19 Prozent, hauptsächlich aus Wind und Biomasse, zurückgeführt. Der Industriesektor und der Abfallsektor verzeichneten ebenfalls einen Rückgang der Emissionen um jeweils 5,9 und 0,7 Prozent.

Jan Marinko, *amerika21*

KOLUMBIEN

Militarisierung nach Massaker im Kokagebiet

Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos hat die Entsendung von 6.500 Militärs und Polizisten in den südwestlichen Landkreis *Tumaco* angekündigt. Dort hatten mutmaßlich Antidrogen-Polizisten am 5. Oktober mindestens sieben Kleinbauern bei einem Protest gegen die Vernichtung von Kokafeldern erschossen. Die Entsendung gehöre zu einem Bündel von Maßnahmen gegen die Armut, die Gewalt und den Drogenhandel in *Tumaco*, so Santos. Oppositionelle wie der Abgeordnete Alirio Uribe bezeichnen dies jedoch als eine „vollkommen verfehlte Politik“, die zu mehr Massakern führen werde, denn die Sicherheitskräfte benähmen sich meist wie eine „repressive Besetzungsmacht“.

Auch Basisorganisationen haben die Militarisierung von *Tumaco* kritisiert. Problematisch sei außerdem, dass die Regierung die sozialen und Wirtschaftsprogramme des Friedensabkommens zur Ersetzung von Kokaanbau nicht umsetze, so die Sprecherin der Kokabauernorganisation *Coccam*, Luz Córdoba. Dies ist eine der Forderungen des am 23.10. in neun Departements gestarteten Streiks der Kleinbauern, Indigenen und Afrokolumbianer. Laut David Flórez, Sprecher der linken Basisorganisation *Marcha Patriótica*

und Mitorganisator des Streiks, würden die Kleinbauern und -bäuerinnen nicht zulassen, dass man ihnen das einzige Produkt, das die Existenz ihrer Familien ermöglichte, ohne konkrete Alternativen wegnehme.

Die Regierung hält allerdings an der gewaltsamen Vernichtung von Kokafeldern fest. Dies könnte Folge von Anweisungen aus Washington sein. Im März, als das US-Außenministerium feststellte, dass der Kokaanbau in Kolumbien mit 188.000 Hektar wie noch nie gewachsen war, begann Washington die Zurückdrängung der Kokaplantagen zu verlangen. Der Verantwortliche für Drogenpolitik im US-Außenministerium, William Brownfield, drohte im August mit „bilateralen Problemen“ zwischen den USA und Kolumbien, sollte der Rückgang des Kokaanbaus nicht klappen. Er empfahl außerdem, die freiwillige Ersetzung des Kokaanbaus durch alternative Produkte einzuschränken und mehr auf die forcierte Vernichtung von Kokafeldern zu setzen. Die USA unterstützten die Ersetzungsprogramme derzeit nicht, weil die neue *Farc*-Partei „Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes“ dabei einbezogen sei und die USA die Ex-Guerilla noch als Terrororganisation einstufen.

Seit März hat die Regierung die erzwungene Vernichtung der Kokapflanzungen sogar in Gebieten intensiviert, wo sie mit den Kleinbauern Vereinbarungen für die einvernehmliche Ersetzung durch legale Produkte unterzeichnet hatte. Diese Situation hat zu Empörung bei Kokabauern geführt. Die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften enden in der Regel mit schwerverletzten Bauern. Allein in Nariño sind nach dem Massaker in Tumaco weitere neun Indigene, Aktivisten und Ex-*Farc*-Kämpfer innerhalb von drei Wochen ermordet worden.

Hans Weber, amerika21

ECUADOR

Brüche in der Regierungspartei *Alianza País*

Die Spannungen innerhalb der regierenden *Alianza País* (AP) in Ecuador nehmen durch die Bildung zweier Gruppen in der Parlamentsfraktion weiter zu. Eine von ihnen unterstützt den amtierenden Präsidenten Lenin Moreno, eine andere den bisherigen Vizepräsidenten Jorge Glas und Ex-Präsident Rafael Correa. In regelmäßigen Abständen kritisiert Moreno die Poli-

tik der Regierung unter Correa, der er selbst zweimal als Vizepräsident angehört hatte. Dies erfährt umgehend Reaktionen von Correa und Teilen von AP, die Moreno vorwerfen, den unter den Vorgängerregierungen eingeleiteten Reformprozess zu gefährden und zu diskreditieren.

Neben der Kritik an einzelnen Maßnahmen geht es in dem Konflikt vor allem um die konkreten Fragen für eine Volksbefragung, die Moreno Anfang 2018 durchführen lassen will. Vor allem die Abstimmung über die unbegrenzte Wiederwählbarkeit von Mandatsträgern, die Moreno abschaffen will, und die Neustrukturierung des Rates für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle sind umstritten. Ein Teil der Abgeordneten ist dagegen, diese beiden Themen in den Fragenkatalog aufzunehmen, da mit den von Moreno vorgeschlagenen Änderungen ein institutioneller Bruch vollzogen würde.

Scheinbar unabhängig davon ist der Fall des Vizepräsidenten Jorge Glas. Er sitzt seit Anfang Oktober in vorbeugender Untersuchungshaft. Die Suspendierung von Glas durch Moreno führte zu einem Konflikt innerhalb der Regierungspartei. Teile von AP unterstützen Glas und bezeichnen den Prozess als politisch: er solle damit aus dem Amt gejagt werden.

Während dieser Debatten publizierte nun der Rechnungshof die Entscheidung, Jorge Glas sei seines Amtes zu entheben. Ihm werden Unregelmäßigkeiten im Rahmen seiner Arbeit als Infrastrukturminister bei der Vergabe von Aufträgen vorgeworfen. Sein Anwalt und Vertreter der Opposition erklärten, dass dies nicht in der Zuständigkeit der Kontrollbehörde liege, sondern eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erfordere. Glas bezeichnete die Entscheidung als „absurd und illegal“ und kündigte an, Widerspruch einzulegen.

Kerstin Sack, amerika21

PERU

Präsident bildet Kabinett um

Perus Präsident Pedro Pablo Kuczynski hat seine Regierung in der bisher schwersten Krise seiner Amtszeit personell neu aufgestellt. Er reagierte damit auf das Votum vom 15. September, in dem der Kongress seiner Regierung das Misstrauen ausgesprochen hatte.

Seit Beginn der Legislaturperiode war die Handlungsfähigkeit der Regierung ein-

geschränkt, die Konstellation verfahren: Kuczynski gewann die Wahl zum Präsidenten gegen Keiko Fujimori nur äußerst knapp in zweiter Runde. Bei den Kongresswahlen konnte die regierungsbildende Partei *Peruanos por el Cambio* (PK) nur 18 Mandate für sich einstreichen, während die Partei *Fuerza Popular* (FP) mit 73 von insgesamt 130 Sitzen aktuell die absolute Mehrheit im Parlament stellt. Keiko Fujimori, Tochter des inhaftierten Ex-Präsidenten Alberto Fujimori, führt die FP-Fraktion an.

Ein landesweiter Lehrerstreik, der zwei Monate lang den Schulbetrieb fast vollständig zum Erliegen brachte, führte endgültig zum Ausbruch der Krise. Sowohl FP als auch die Linksfraktion *Frente Amplio* sahen Bildungsministerin Marilú Martens verantwortlich für die Ausschreitungen und forderten ihren Rücktritt. Premierminister Fernando Zavala stellte daraufhin die Vertrauensfrage – und unterlag.

72 Stunden später stellte Präsident Kuczynski die neue Regierungsmannschaft vor. Die politisch erfahrene Mercedes Aráoz tritt die Nachfolge von Zavala an. Von 2006 bis 2010 war sie Ministerin unter Präsident Alan García und ist seit 2016 Abgeordnete der Regierungspartei. Nach ihrer Vereidigung signalisierte sie die Bereitschaft, den Dialog insbesondere mit der oppositionellen FP-Fraktion zu verstärken. Die oppositionellen Parteien zeigten sich zufrieden mit ihrer Ernennung.

Die Wahl des Justizministers hat neue Diskussionen um eine mögliche Begnadigung von Ex-Präsident Fujimori entfacht. Vorgänger Pérez Tello hatte sich stets vehement dagegen ausgesprochen. Enrique Mendoza, bisher Richter am Obersten Gerichtshof, steht nun an seiner Stelle. Das kann als mögliche Annäherung an die FP-Fraktion gelesen werden, die für eine Freilassung Fujimoris plädiert. Die Zugeständnisse an die FP sehen viele progressive Stimmen im Land kritisch.

Judith Rötgers, amerika21

ARGENTINIEN:

Regierungsbündnis legt bei Parlamentswahl zu

Mit dem Eingeständnis der Niederlage ihrer Partei und einem Aufruf zur Einheit der oppositionellen Kräfte reagierte die neu gewählte Senatorin und frühere Präsidentin von Argentinien, Cristina Fernández de

⇒ von Seite 33:
KURZNACHRICHTEN

Kirchner, auf die Wahlergebnisse vom 22. Oktober.

Cambios, das konservative Regierungsbündnis von Präsident Mauricio Macri, hat bei den Parlamentswahlen seine Positionen ausgebaut und einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt. In 13 der 24 Provinzen des Landes kam die neoliberale Koalition auf Platz eins, selbst in vormaligen Hochburgen des Peronismus. Insgesamt konnte *Cambios* 42,3 Prozent der landesweiten Wählerstimmen für sich verbuchen, wohingegen die Partei *Unidad Ciudadana* (Bürgerunion) von Cristina Fernández 20,1 Prozent der Gesamtstimmen auf sich vereinte. Weitere peronistische Parteien erhielten 11,7 bzw. 5,7 Prozent. Die verschiedenen Fraktionen des Peronismus waren getrennt und gespalten zu den Wahlen angetreten.

Fernández profilierte sich als stärkste Oppositionsführerin und sicherte sich einen Sitz im Senat. Sie musste jedoch in der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires mit ihrer erst vor drei Monaten gegründeten Partei eine herbe Niederlage hinnehmen: Sie verlor gegen den *Cambios*-Kandidaten Esteban Bullrich, den sie noch in den Vorwahlen knapp überholt hatte. Bullrich kam auf 41,39 Prozent, Fernández auf 37,24.

Cambios erhielt in der Abgeordnetenkammer 107 der 274 Sitze und hat damit 21 dazugewonnen. Im Senat hat die Regierungspartei nun 24 der 72 Sitze und neun dazugewonnen. In keiner der beiden Kammern besitzt die Regierungskoalition die absolute Mehrheit. Bei den Parlamentswahlen wurde der Senat zu einem Drittel erneuert, die Abgeordnetenkammer zur Hälfte neu besetzt. Im Senat hält die Opposition weiterhin ihre Mehrheit, bei den Abgeordneten verfehlte Macris Koali-

tion knapp die einfache Mehrheit. Will er sein neoliberales Reformprogramm weiterführen, muss er sich weiterhin auf Verhandlungen einlassen, um die erforderlichen Mehrheiten zu erlangen.

Georg Stein, *poonal*

BOLIVIEN

Proteste für und gegen Wiederwahl von Morales

Anlässlich des 35-jährigen Bestehens der Demokratie in Bolivien gingen tausende Menschen in verschiedenen Städten des Landes auf die Straße, um gegen eine mögliche Wiederwahl des amtierenden Präsidenten Evo Morales zu protestieren. Unter ihnen befanden sich Politiker der Oppositionsparteien, Bürgerkollektive, politische Organisationen und Ex-Präsidenten. Sie werfen Morales vor, eine Diktatur zu installieren und verweisen unter anderem auf das Referendum 2016, bei dem sich eine knappe Mehrheit gegen seine erneute Kandidatur ausgesprochen hatte.

Ungeachtet dessen hat die Regierungspartei *Movimiento al Socialismo* (MAS) im September eine Verfassungsklage vor dem Plurinationalen Verfassungsgericht (TCP) eingereicht, um eine Veränderung der Artikel zu erreichen, die eine Nominierung Morales' als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2019 untersagen. Mit einer derartigen Verfassungsänderung würde eine Anpassung an internationale Standards erfolgen, die in vielen Staaten eine unbeschränkte Wiederwahl vorsähen, begründete die MAS ihr Vorgehen. Morales würde im Fall einer Zulassung für seine 4. Amtsperiode kandidieren. Auch Vertreter und Unterstützer der MAS gingen auf die Straße und forderten das Recht auf eine erneute Kandidatur.

Serena Pongratz, *amerika21*

⇒ von Seite 31: URUGUAY

Verteidigungsminister (!). Er hat immer wieder Partei für das Militär ergriffen und hat öffentlich sehr untergriffige Bemerkungen gegen die Familienorganisationen, die ihre Angehörigen gesucht haben, abgegeben. Auch der populäre Pepe Mujica hat sich dadurch ausgezeichnet, nichts zu unternehmen. Und Mauricio Rosencof sagte mir: „Es war Krieg. Die haben gewonnen und wir haben verloren. Ende, aus“.

In Österreich wissen wir ja, wie schwer die Sache mit der Vergangenheitsbewältigung ist. Aus diesem Grund möchte ich auch nach 32 Jahren die Hoffnung nicht aufgeben, dass noch möglichst viele Schicksale geklärt werden können. ■

Roberto Kalmar wurde als Sohn österreichischer Flüchtlinge 1956 in Montevideo geboren. Seit 1973 in Österreich, hat er Sportwissenschaften studiert und schließt derzeit ein Studium der Lateinamerikanistik ab. Er beginnt demnächst eine Dissertation zum Thema „Flucht nach Bolivien“.

„SCHÖNE

Ein Rückblick auf die Mitte September zu Ende gegangene Kunstschau *Documenta*

von Robert Lessmann

Nun wird gestritten: „Gründlich danebengegangen“ sei diese 14. *Documenta* (10.6.–17.9. in Kassel), schrieb Till Briegleb bereits in der Augustnummer der Zeitschrift *art* über diese Ausgabe der seit 1955 alle fünf Jahre stattfindenden größten Kunstschau der Welt. Sein Hauptvorwurf gilt dem Kuratorenteam um Adam Szymczyk, das seine Weltanschauung vor künstlerische Qualität gestellt habe. Das Resultat sei: „Kunsterziehung“. „Sollten Kuratoren nicht versuchen, die Künstler über sich hinauswachsen zu lassen – so wie Trainer ihre Spieler? (Statt sie die Chance ihres Lebens mit drei Zetteln in einer Vitrine versammeln zu lassen.)“, sekundierte *art*-Chefredakteur Tim Sommer im Editorial.

Der Reihe nach: Kunst kann etwas bewegen. Das lernte Kurator Adam Szymczyk (geb. 1970) schon als Jugendlicher in seiner Heimat, während des „polnischen Frühlings“ und im Widerstand gegen das Regime des stets hinter einer großen Sonnenbrille versteckten, maskenhaft versteinerten Bleichgesichts General Wojciech Jaruzelski. Und genau das versuchte er mit seinem *Documenta*-Konzept umzusetzen, als er im Jahr 2013 danach gefragt wurde.

Eine zentrale Rolle spielte die Empörung über die aktuelle Disziplinierung Griechenlands. Zwei Spielorte sollten es sein. Neben dem klassischen, Kassel, war es Athen (8.4.–16.7.2017). Wolfgang Schäubles krämerseligem „Griechenland muss seine Hausaufgaben machen“ setzte er das Motto: „Von Athen lernen“ entgegen. Schließlich habe Griechenland einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur (nicht nur) europäischen Geistesgeschichte geleistet. Die Welt habe demnach allen Grund, ihre Schulden bei Griechenland zu begleichen. Der Griechenlandbezug versteht sich dabei auch als Metapher für den globalen „Süden“ schlechthin. Das Magazin „*The South as a State of Mind*“ (2012 von Marina Fokidis gegründet) war in Athen offizielles *Documenta*-Magazin mit den Kernthemen Unterdrückung, Flucht, Migration, Hunger. Der Süden als Geistesverfassung.

AUSNAHMEN ENGAGIERTEN DENKENS“



Es stimmt schon: Zwischen den Darbietungen von 160 KünstlerInnen an 30 Standorten in Kassel zu navigieren, stellte für die BesucherInnen eine anstrengende, manchmal nervtötende Herausforderung dar. Vieles blieb der Improvisation überlassen. Man hätte sich bessere Wegweisung gewünscht und Personal, das neben der Sorge darum, dass nur ja niemand eine zu große Tasche oder einen Rucksack mit in die Ausstellungsgebäude nimmt, auch noch hilfreiche Initiativen für das Publikum ergriffen hätte. Dass die Kuratoren die Sammlung des „Athener Nationalen Museums für zeitgenössische Kunst“, die dort aus Budgetgründen nicht gezeigt werden konnte, nach Kassel holten, war eine markante politische Manifestation künstlerischer Solidarität und löblich. Dass die Qualität der gezeigten Exponate sich aber nicht unbedingt aufdrängte, um damit den zentralen Ausstellungsbau der größten Kunstschau der Welt zu bespielen, das Fridericianum im Herzen der Stadt, mag viel zur Kritik beigetragen haben.

LateinamerikanerInnen reißen es raus

Deutlich überstrahlt wurden diese Schwächen jedoch vom Symbol der Documenta 14 schlechthin: Auf dem Friedrichsplatz vor dem Fridericianum hatte die Argentinierin **Marta Minujín** mit ihrem „Parthenon der Bücher“ ein unübersehbares Zeichen gesetzt, einen Nachbau des Parthenons der Akropolis aus Büchern, die verboten waren oder sind – und das in Originalgröße: 70 Meter lang,

30 Meter breit, 14 Meter hoch (siehe Foto). Ein starkes Stück! Bücher sind für Minujín ein Vehikel der Kultur. „Wer Bücher verbietet, verbietet die Freiheit der Gedanken“, sagt die quirlige 74-jährige. Nach dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1983 hatte sie bereits eine kleine Version eines „Parthenon der Bücher“ auf der Avenida 9 de Julio in Buenos Aires errichtet. Im Jahr 2011, als Buenos Aires UNESCO-Welthauptstadt des Buches war, folgte ein begehbarer „Turm der Bücher“.

Vom Turm des Fridericianum wurden permanent „Rauchzeichen“ nach Athen gesendet. Gleich daneben erinnerten zeitgenössisch möblierte Kanalisationsröhren des irakisch-deutschen Künstlers **Hiwa K** an obdachlose Denker à la Diogenes. Weniger spektakulär als Minujíns „Parthenon der Bücher“ war der Obelisk des nigerianischen Künstlers **Olu Oguibe** auf dem Königsplatz mit der eindringlichen Botschaft: „Ich bin ein Fremdling gewesen, und ihr habt mich beherbergt.“ Ein Monument für Reisende, MigrantInnen, Zuwanderer, Flüchtlinge, Fremde. Oguibe hatte seine Heimat während des Biafra-Krieges vor 50 Jahren verlassen müssen und lebt heute in den USA.

Vielbeachtet wurden die „Fluchtziel-europahavarieschallkörper“, die von der Decke der Documenta-Halle baumelten: Wrackteile zerschellter Flüchtlingsboote von der Insel Lesbos, die der mexikanische Künstler **Guillermo Galindo** zu Musikinstrumenten umgebaut hatte. Bei entsprechenden Performances wurde die Vergangenheit der Trümmer „hörbar“. Eindrucks-

voll auch der Bilderzyklus „Jahreszyklus des überfluteten Regenwalds“ des Kubaners **Abel Rodríguez** im Ottoneum.

In den Karlsruhener Orangerie hatte der 1979 in Mexiko Stadt geborene **Antonio Vega Macotela** seine „Blutmühle“ stehen: einen originalgetreuen Nachbau der Münzpräge aus der *Casa de la Moneda* in Potosí/Bolivien. Nachdem die Arbeit und die Lebensbedingungen in der über 4000 Meter hoch gelegenen Silberstadt für Ochsen und Esel zu hart waren, hatte man Negersklaven geholt, um das hölzerne Zahnradwerk anzutreiben. Täglich um 14 und um 18 Uhr durften sich Documenta-besucherInnen darin versuchen. Freilich hätte man sich zu diesem Wunderwerk der Zimmermanns- und Schreinerkunst umfassendere historische Erklärungen gewünscht.

Eine stacheldrahtgekrönte Mauer mit den Namen von Opfern, die beim Versuch die Südgrenze der USA zu überwinden gestorben waren, hatte die 1965 in Los Angeles geborene **Andrea Bowers** im Fridericianum aufgestellt. „No olvidado“ heißt ihr Werk. Geholfen hat ihr dabei die Hilfsorganisation *Border Angels*.

Persönlich am eindrucksvollsten fand ich die Rauminstallation der guatemaltekischen Künstlerin **Regina José Galindo**. Vielleicht auch deshalb, weil sie im Stadtmuseum perfekt zu einer Dauerausstellung „Krieg und Frieden“ passte, die an den 2. Weltkrieg und seine Folgen für Kassel erinnert. Galindo hatte mit Zeltplanen ein betretbares Viereck geschaffen, in dessen Mitte sich ein Kreis befand. An den Ecken hing jeweils ein Sturmgewehr, das durch eine Schießscharte im Textil nach innen darauf zeigte: „Sie können wählen, ob Sie Ziel oder Betrachter sind“. Ein Lackmusktest. Ohne eine der selbstverständlich magazinlosen Waffen auch nur zu berühren: Keine Sekunde lang konnte ich da durchschauen. Regina José Galindo war durch ihre Performance *¿Quién puede borrar las huellas?* international bekannt geworden, bei der sie mit blutigen Fußabdrücken den Weg zwischen dem Kongress der Republik Guatemala und dem Präsidentenpalast markierte, um gegen die Kandidatur des Exdiktators Ríos Montt zu protestieren.

„Von Athen lernen“, also? Metaphorisch eben. Denn vom Süden kann man in unserer globalisierten Welt so Manches lernen, nicht nur in der Kunst. ■



BUCHBESPRECHUNG

GEWALT UND WIDERSTAND

Eva Kalny: Soziale Bewegungen in Guatemala

Eine kritische Theoriediskussion,
Campus Verlag, Frankfurt/Main,
2017, 345 Seiten, € 45

Guatemala zählt zu jenen Ländern Lateinamerikas, wo der Reichtum am wenigsten gerecht verteilt ist. Besonders leidet darunter die indianische Bevölkerung, die – je nach Zählungsart – die Mehrheit oder eine starke Minderheit stellt. Rassismus und der Kampf um die Ressourcen prägen die Gesellschaft auch 20 Jahre nach dem Friedensabkommen vom Dezember 1996, das vier Dekaden bewaffneter Konflikte beendete.

Die Sozialwissenschaftlerin Eva Kalny geht in ihrer Studie jenen Bewegungen nach, die die Aufbruchsjahre nach dem Krieg am meisten geprägt haben: die der Frauen, jene der Indigenen und schließlich der Widerstand gegen Ressourcenaneignung. Dabei geht es um Bergbauprojekte ebenso wie Landraub zum Zweck des Anbaus von profitablen Exportmonokulturen. Kalny hat mehrere Jahre in Guatemala geforscht und einen Wust an Datenmaterial so geordnet, dass sich daraus Dynamiken innerhalb der und zwischen den sozialen Bewegungen sowie ihre Interaktion mit dem gesamtgesellschaftlichen Umfeld erklären lassen. Sie geht über die reine Beschreibung der einzelnen Bewegungen hinaus und unternimmt eine grundlegende Weiterentwicklung des Verständnisses sozialer Bewegungen und Veränderungsprozesse im bevölkerungsreichsten Land Mittelamerikas.

Der Blick ist sympathisierend, aber durchaus kritisch und vermeidet Idealisierungen. So geht Kalny auch auf den lange Zeit aus politischen Rücksichten tabuisierten Sexismus innerhalb der indigenen Organisationen ein und verleiht jenen Frauen eine Stimme, die patriarchale Strukturen nicht allein als Erbe des Kolonialismus sehen, sondern schon in den vermeintlich idyllischen präkolumbischen Mayagesellschaften angelegt sehen. Sie unterscheidet zwischen den *culturalistas*, die sich vor allem um Aspekte der kulturellen Identität kümmern, und den *clasisistas*, denen es um



den Zugang zu Land geht und die dafür auch die Allianz mit mestizischen Kleinbauern suchen.

In einem Land, wo rund zwei Prozent der Bevölkerung um die 60 Prozent des nutzbaren Landes kontrollieren, ist Armut strukturell angelegt. Seit den liberalen Reformen in den 1870er Jahren bis in die Gegenwart ist ein Muster zu verfolgen, wonach Modernisierungen immer auf Kosten der indigenen Bevölkerung gehen. Das betrifft die Ausbreitung des Kaffeeanbaus im 19. Jahrhundert genauso wie die Erschließung mineralischer Ressourcen in der Gegenwart. Nach der brutalen Repression während der 1970er und 80er Jahre ist der Widerstand gegen Megaprojekte und umweltvergiftende Bergwerke die wichtigste Ursache für staatliche Gewaltanwendung. In einem Land mit traditionell schwachem Staat sind Armee und Polizei die Akteure, mit denen die Bevölkerung am meisten in Berührung kommt. Das Vakuum staatlicher Autorität wird nicht nur durch die mächtige Wirtschaftslobby und soziale Organisation, sondern auch durch kriminelle Gruppen gefüllt, die weiter zur ausufernden Gewalt beitragen. So erkennt Kalny als Konstante „das extrem gewalttätige Vorgehen der meisten Regierungen, sobald kollektive widerständige AkteurIn-

nen Strukturen der Ausbeutung und der Ressourcenakkumulation durch Wirtschaftseliten in Frage stellen oder gar bedrohen.“

Wie die meisten soziologischen Werke ist dieses Buch keine leichte Kost und als Einführung in Wesen und Geschichte der sozialen Bewegungen Guatemalas nur bedingt geeignet. Für Spezialisten bietet es aber eine detailreiche Analyse von Struktur und Einfluss der Basisorganisationen, die einen wesentlichen Anteil an der Demokratisierung der Gesellschaft für sich beanspruchen können.

Ralf Leonhard

GEFÄHRDETE GLEICHHEIT

Larissa Borkowski: Castros Erbe. Zur Praxis gleichheitsorientierter Politik im kubanischen Sozialismus

Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2017,
222 Seiten, € 44

EOP – *Equality-oriented Policy*, heißt der Ansatz, den die Dissertantin am Lehrstuhl für öffentliches Recht und Politik der Uni Regensburg bei Prof. Alexander Graser angewendet hat, um ein Fallbeispiel zu untersuchen, wo Gleichheit höchste Priorität genießt: Kuba. Es handelt sich also um ein wissenschaftliches Buch, trotzdem sehr lesbar geschrieben. Einzelne Felder der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden unter dem Gesichtspunkt der EOP akribisch seziert. Dabei lernt man viel über die Arbeitswelt, das Steuer- und Rentensystem, die Gleichstellung von Mann und Frau, das Versorgungs- und Gesundheitssystem, die Rassfrage u.v.a.m.

Einige Bereiche werden als nachgerade vorbildlich beschrieben (Frauenrechte und das Modell der Familienärzte und -krankenschwestern), während sich beispielsweise der Rassismus als „blinder Fleck“ erweise, der zwar im Narrativ der Revolution eine bedeutende Rolle spielt, in der gesellschaftlichen Debatte aber nicht thematisiert wird. Das Fazit kann man nach wie vor mit dem kubanischen Bonmot ausdrücken: Die drei wichtigsten Errungenschaften der Revolution: Bildung, Gesundheit, Sport; die drei größten Schwächen: Frühstück, Mittagessen, Abendessen. Da das Ideal der Gewährleistung einer Grundversorgung nicht funktioniert, wird

Vieles über kaum oder unregulierte Märkte geregelt, was die Quelle großer Verzerrungen und Ungleichheiten ist. Eine Situation, die bereits seit einem Vierteljahrhundert den kubanischen Alltag prägt.

So haben etwa ArbeiterInnen in *joint ventures*, wie sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ab 1990 in größerem Stil zugelassen wurden, „...Zugang in eine privilegierte Welt, was sich auch, aber nicht nur, in der besseren Bezahlung ausdrückt: ‘Unter Bedingungen von Güternknappheit und Rationierung ist die zentrale Frage [...], was man für dieses Geld bekommt. Insofern besteht der eigentliche Anreiz heute mehr im Zugang zu Devisen und der Welt der nur gegen Devisen erhältlichen Waren, der bereits bei einer Klimaanlage im Büro, der Seife im Waschraum der Fabrik oder dem durch eine Fleischration aus dem *Diplomercado* gestreckten Kantinenessen beginnt.’“ Um ihre Analyse bildhaft zu machen, zitiert die Autorin hier eine Passage, die der Autor dieser Rezension vor fast einem Vierteljahrhundert in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung geschrieben hat. Dass dies auch heute noch immer so ist, sagt mehr als alle Worte über das Reformtempo.

Robert Lessmann

EXTRAKTIVISMUS UND KLIMAPOLITIK

Elisabeth Holzner: *Anpassung an den Klimawandel in Chile*

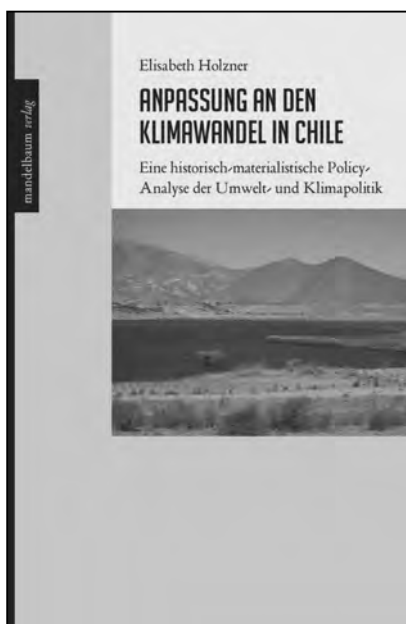
mandelbaum verlag, Wien, 2017,
125 Seiten, € 14,90

Eines vorweg: Dieses von Lateinamerikaforschung (LAF) Austria herausgegebene Werk kommt als schmaler Band daher, ist aber keine leichte Kost. Wissenschaftliches Interesse am Thema und Verständnis für die aufwendige Systematik einer Masterarbeit sollte der/die Lesende mitbringen. Einen entsprechenden Hinweis gibt schon der Untertitel: „Eine historisch-materialistische Policy-Analyse der Umwelt- und Klimapolitik“.

Lateinamerika zählt – obwohl sein Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen vergleichsweise gering ist – zu den besonders stark betroffenen Weltregionen und Chile bildet dabei keine Ausnahme. Durch seine besondere geographische Lage und Form ist das Land auf sehr unterschiedliche Art und Weise vom Klima-

wandel betroffen. Insgesamt treffen sieben von neun der in der UN-Klimarahmenkonvention definierten Kriterien für Vulnerabilität zu: tief gelegene Küstengebiete, semiaride und aride Gebiete, Gebirge und andere fragile Ökosysteme, von Degradierung bedrohte Wälder, urbane Ballungsgebiete und stark verschmutzte Gegenden. Dazu kommen noch Wetterextreme wie *El Niño* und *La Niña*, die regelmäßig schwere Schäden verursachen.

Dazu das autoritäre Erbe der Pinochet-Diktatur, das sich in der Fortführung des neoliberalen Wirtschaftsmodells und einer hohen sozialen Ungleichheit abbildet, sowie Emissionen, die zu den am schnellsten wachsenden Lateinamerikas zählen (+300% von 1984 bis 2004) – diese Eckpunkte bilden das Umfeld für die Forschungsfrage der Autorin: Welche Rolle spielen Klimawandel und die Anpassung an dessen Auswirkungen in Chile?



Umweltschutz spielte während der Diktatur keine Rolle. Auch nach der Rückkehr zur Demokratie (1989) wurde der exportorientierte Extraktivismus beibehalten, ja durch Freihandelsverträge samt Investitionsschutzklauseln sogar noch intensiviert. Der immanente hohe Ressourcenverbrauch (Boden, Wasser, Energie, Luft) führte zu immer mehr sozialen Konflikten. Zusammen mit den Bemühungen um einen OECD-Beitritt führte dies zur Einführung einer rudimentären Umweltgesetzgebung, die jedoch klar wirtschaftlichen Entscheidungen untergeordnet blieb.

Den Beginn der Klimapolitik in Chile bildet das Kyoto-Protokoll (2002 in Kraft

getreten), in dessen Rahmen das Land allerdings als Entwicklungsland eingestuft wurde, wodurch es zu keinen Emissionsreduktionen verpflichtet war. Erst 2009 bei der Klimakonferenz in Kopenhagen ging Chile freiwillig ein (bescheidenes) Reduktionsziel ein.

Obwohl schon in der ersten nationalen Klimastrategie (2006) klar festgehalten wurde, dass angesichts der vielfachen Verletzlichkeiten Chiles (s.o.) die Kosten des Nicht-Handelns wesentlich höher einzuschätzen sind als Investitionen in den Klimaschutz, blieben die eingesetzten Mittel und Ergebnisse bis dato bescheiden.

Dabei wurden bisher fast nur Projekte zur Emissionsvermeidung in Betracht gezogen, unter Vernachlässigung der – angesichts der fortgeschrittenen Entwicklung – unerlässlichen Anpassungsmaßnahmen. Der Grund dürfte finanzieller Natur sein: Im Zuge des marktbasiereten *Clean Development Mechanism* (CDM) der Klimarahmenkonvention ließen sich Einsparungen in Form von Kohlenstoff-Zertifikaten an die „entwickelten Länder“ verkaufen. In dem Zusammenhang wurden auch eine Reihe fragwürdiger CDM-Projekte durchgeführt.

Anpassungspläne gibt es vorrangig für die Landwirtschaft. Doch auch hier zeigt sich: Technologische Maßnahmen (z.B. 16 Stauseen, auch unterirdische, in Planung, ebenso wie eine „Wasserautobahn“ vom Süden in den Norden) und Effizienzsteigerungen adressieren die Folgen, nicht die Ursachen von klimabedingten Vulnerabilitäten (z.B. die exportorientierte Landwirtschaft). Mit Verweis auf den Klimawandel gepuschte Investitionen werden sogar vielfach absehbar zu einer Verschärfung sozial-ökologischer Konfliktlagen beitragen.

Die Autorin kommt zum pessimistischen Schluss, dass Anpassung in ihrer derzeitigen Form zu einer Stabilisierung des neoliberalen, extraktivistischen Entwicklungsmodells beiträgt.

Jürgen Kreuzroither

BEMALTE WÄNDE

Ed Bartlett: *Street Art*

Lonely Planet, Stuttgart, 2017,
224 Seiten, Euro 18,50

Street Art, im besonderen Graffiti, sei die bisher einzige künstlerische Bewegung, „die von Jugendlichen erfunden und

weiter Seite 38 ➔

➔ von Seite 37:
BUCHBESPRECHUNGEN

weiterentwickelt wurde“. Remi Rough, einer dieser auch nicht mehr ganz jungen Künstler, ist stolz darauf, zu den Wegbereitern zu zählen. Ed Bartlett hat die Zahl der Bewohner der in diesem Bildband berücksichtigten Städte auf 150 Millionen geschätzt: „Das ist mehr als doppelt so viel wie die jährliche Besucherzahl der zehn meistbesuchten Museen der Welt zusammen“. Ein starkes Argument, die öffentliche Wandmalerei als künstlerische Ausdrucksform zu sehen. Schließlich hätte auch der *homo sapiens* vor 40.000 Jahren begonnen, Wände zu bemalen.



Mexiko Stadt kann als Pionierin der modernen Wandmalerei gelten. Vor fast 100 Jahren begann Diego Rivera öffentliche Gebäude mit Szenen aus der Geschichte und Revolution des Landes zu schmücken. 2007 organisierte das *Foro Cultural MUJAM* das erste internationale Graffiti-Festival mit mehr als 2000 teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern. Lateinamerika hat also eine besondere Tradition, die man auch in der brasilianischen Metropole São Paulo und in Buenos Aires beobachten kann. Die argentinische Hauptstadt zeichnet sich dadurch aus, dass dort für das Bemalen von Wänden keine behördliche Erlaubnis eingeholt werden muss. Die Zustimmung des Hauseigentümers reicht. Ob neben einer Autobahnbaustelle, im Arbeiterviertel Barracas oder im Bohemien-Bezirk Villa Urquiza: Die Bilder fügen sich in die Umgebung und regen zu Diskussionen an. In São Paulo begann das Wandbemalen als subversive Protestaktion gegen die Militärdiktatur; der neue konservative Bürgermeister ließ jüngst einige Wandmalereien grau übertünchen.

Die Bilder aus insgesamt 27 Städten, von Amsterdam bis Adelaide und von Melbourne bis Johannesburg, werden mit knappen Informationen dargestellt und durch eine Handvoll Interviews mit berühmten *Street Art*-Künstlern ergänzt. Darunter der Brasilianer Francisco Rodrigues da Silva, bekannt als *Nunca*. Erwähnt wird auch der Kolumbianer *Stinkfish*, der auch schon in Wien eingeladen war, Wände zu bemalen.

Ralf Leonhard

SPRÜNGE ... IN DIE UNSTERBLICHKEIT?

Alicia Kozameh: *259 Sprünge Salto immortale inbegriffen*
Erhard Löcker Verlag, Wien 2017,
186 Seiten, € 19,80

Bereits in der Erzählung „*Alcira in Gelbtönen*“ wünscht sich die Protagonistin angesichts der religiösen Enge ihrer Familie „...ich möchte meine Unabhängigkeit verwirklichen. Und die innere Kraft haben einen Sprung zu tun und mich zu lösen, ohne deswegen aus der Geschichte verschwunden zu sein.“

Im Roman „*259 Sprünge Salto immortale inbegriffen*“ ist der „Sprung“ nun titelgebend, kapitelleitend und erweist sich schließlich als eine existentielle Bestimmung des Menschen, welcher angesichts der Ereignisse, die „wie Inline-Skates“ daherrauschen, keinen anderen Ausweg hat, als Lou Reed zu folgen: „Hey baby, take a walk on the wild side!“ Und die LeserInnen sind eingeladen, in Gedanken diesen Weg mitzugehen.

Die Autorin bezeichnet „*259 Sprünge*“ als einen Roman. Man könnte ihn aber auch einen „hybriden“ Text nennen, mit essayistischen, aphoristischen und philosophischen Elementen. Clare E. Sullivan, die US-amerikanische Übersetzerin dieses Textes, nennt diesen eine „autobiographical novel“. Die erzählten Episoden entsprechen Ereignissen aus dem Leben der Autorin, die Jahreszahlen stimmen mit deren Biographie überein: so ihre Enttötung am 24. Dezember 1978 (Fragment Nr. 165), die Ankunft in Los Angeles im August 1980 (Fragment Nr. 40), oder das Alter der Tochter (Fragment Nr. 115). Die Protagonistin Sarah ist gleichsam die erwachsene „Alcira“. Und diese beiden

Namen verwendet Alicia Kozameh, wenn es sich um biographische Bezüge in ihrem literarischen Werk handelt.

„*259 Sprünge*“ ist ein Text über das Exil – bzw. über verschiedene Arten von Exilen. Denn ein solches gibt es nicht nur in der Zeit der Militärdiktatur, sondern auch in Kalifornien oder bei ihrer Rückkehr nach Buenos Aires und schließlich sogar im Kreißsaal bei der Geburt ihrer Tochter. Alicia Kozameh lässt die LeserInnen teilhaben an ihren Sprüngen, sie gleichsam in Gedanken „mitspringen“.



Der Text ist kein linearer Text, der chronologisch „Geschichte“ erzählt. Er beginnt zwar im Exil in Los Angeles. Dann gibt es jedoch sowohl Rückblenden als auch Verweise auf Späteres. Dies steigert die Spannung. Den Hintergrund für die philosophischen/poetischen Gedankensprünge bilden Ereignisse aus der Zeit der Militärdiktatur, des Exils in Kalifornien, Buenos Aires und Mexiko. Auch private, persönliche Ereignisse, wie Freundschaften, Beziehungen und nicht zuletzt eine Begegnung mit dem mexikanischen Schriftsteller Octavio Paz sind Thema. Und immer wieder geht es um die verschiedenen Exile – im Sinne von „ex-silire“/heraus-springen – um das sich Wiederfinden, um die Wachsamkeit, die verschiedenen „Augen“, die uns aufmerksam machen, und schließlich die Bedeutung des eigenen Körpers beim Erspüren von neuen Wegen.

„Denn die Zukunft findet man nicht in den Augen von irgendwem. Die Zukunft, zwar noch nicht auffindbar, aber verzweifelt gesucht, belauert, eine Zukunft, die

Sehnsüchte, Fragen, Kitzel und längere Schweigeperioden aufwirft, diese Zukunft brodeln in den Eingeweiden. Nicht in den Augen. In den Zwischenräumen, in den Verwicklungen der Gewebe der Innenwände der Eingeweide.“ Und wenn eine Entscheidung gefallen ist, dann gilt es auch „Basta“ – „Es reicht“ – zu sagen.

Weiteres sei nicht verraten! Liegt doch der Sinn dieser Besprechung darin, neugierig zu machen und potentielle LeserInnen zu einer „lecture“ zu verführen. Ermöglicht wurde eine solche LeserInnen ohne Spanischkenntnisse durch die deutsche Übersetzung der Grazer Literaturwissenschaftlerin Erna Pfeiffer. Sie selbst hat mehrere „lectures“ gebraucht, bis sie sich schließlich der letzten Überarbeitung widmen konnte. Im Nachwort bekennt sie: „Im Frühjahr 2016 nahm ich mir den deutschen Zieltext noch einmal vor, diesmal ganz unter dem Gesichtspunkt der Arbeit am Klang und am Rhythmus. Ich las mir die Sätze laut vor, rezitierte sie wie ein Gedicht, ließ mir Laute und Sätze auf der Zunge zergehen, kaute sie durch und wieder, bis ich das Gefühl bekam, nun seien sie – obwohl schwere Kost – verdaulich.“

Liebe LeserInnen: Es ist angerichtet. Bedienen Sie sich!

Wolfgang Schweiger

P.S.: Im November wird Alicia Kozameh gemeinsam mit Erna Pfeiffer in Österreich eine Lesereise absolvieren.

259 Sprünge

Lesung mit Alicia Kozameh (Argentinien/USA)
Fr, 10. November, 18.30 Uhr
C3, Alois Wagner-Saal,
Sensengasse 3, 1090 Wien

In "259 Sprünge" – angesiedelt zwischen Essay, Autobiographie und poetischer Prosa – setzt sich Alicia Kozameh mit den Themen politische Verfolgung, Migration und Exil literarisch auseinander. In kurzen Episoden lässt die Autorin die ersten Schritte im Exil Revue passieren. 'Sprunghaft' ist die Struktur des Textes. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Los Angeles und Argentinien bewegt sich die Autorin. Die Personen sind Exilierte – wie die Ich-Erzählerin –, die unvermutet und plötzlich aus ihrem politischen und sozialen Umfeld vertrieben wurden.

Lesung der deutschen Übersetzung:
Lisa Furtner, Moderation und Autorin-

nengespräch: **Ulla Ebner**, Übersetzung:
Erna Pfeiffer

Eine Veranstaltung der Frauen*solidarität in Kooperation mit Buch Wien und PEN-Club

Weitere Lesung: „*Bruno regresa descalzo*“ am 14.11., 18 Uhr im Iberoamerikanischen Institut Berlin (in spanischer Sprache)

Mittelamerikanisches Filmfestival

11. bis 18. November
METRO Kinokulturhaus,
Johannesgasse 4, 1010 Wien

Von 11. bis 17. November wird das METRO Kinokulturhaus wieder zu einem Ort, an dem der mittelamerikanische Film gefeiert, an dem Kino zum Erlebnis wird, buchstäblich zu einem Fest für die Sinne. Das MAFF bietet die Möglichkeit, in kalten Novembertagen karibischer Sommerwärme nachzuspüren und auf Tuchfühlung mit einer kleinen Region des lateinamerikanischen Kontinents zu gehen, der ein breites künstlerisches Spektrum bietet.

Die neuesten audiovisuellen Produktionen aus Guatemala, El Salvador, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, Belize, Panama und dem diesjährigen Gastland Uruguay werden über die Leinwand flimmern. Wir erfahren, wie dort mit Themen umgegangen wird, die auch in Europa von brennender Aktualität sind. So zum Beispiel die Frage nach gesellschaftlicher (Nicht-)Zugehörigkeit aufgrund der Sexualität, nach dem Umgang mit Menschen mit Trisomie 21, dem Aufbrechen alter Familien- und Gesellschaftsmuster, der Aufarbeitung von Gewalt und Bürgerkrieg, lebensbedrohlichen Umweltproblemen. Die Frage, wie man Politik heutzutage lebendig und ansprechend gestalten kann, und, nicht zu vergessen, die Themen Korruption und Diskriminierung – sie alle stehen in vielfältigster Weise auf dem Programm.

Bei der traditionellen Abschlussfeier wird am 18. November der Publikumspreis für den besten Spiel- und Dokumentarfilm verliehen.

Programm und Infos:

www.centroamerica.at/ oder unter
<http://filmarchiv.at/programmschiene/ix-mittelamerikanisches-filmfestival-wien-2017/>

Kartenreservierung möglich unter: T: 01 512 18 03 (täglich 19:30–21:00) oder reservierung@filmarchiv.at

7. Österreichische Entwicklungstagung

Sozial-ökologische Transformationen jetzt! 17.–19. November, Karl-Franzens-Universität, Universitätsplatz 3, 8010 Graz

Sozial-ökologische Transformationen, und zwar jetzt! Diese Forderung sowie deren Umsetzung stehen im Zentrum der 7. Österreichischen Entwicklungstagung. Sie widmet sich aktuellen sozial-ökologischen Transformationen, wie etwa dem Wandel von Arbeitsverhältnissen oder globalen Migrationsbewegungen. Wie kann eine Umstellung auf nachhaltige Produktionsweisen sozial gerecht gestaltet werden? Schafft ein kohlenstoffarmer, ökologisch nachhaltiger Weg auch sinnstiftende, menschenwürdige Arbeit für ein gutes Leben für alle?

<http://www.entwicklungstagung.at/>

Global Political Economy of Sustainable Development

Informationsabend über neues postgraduales Masterprogramm an der Universität Wien

Montag, 20. November, 18.30 Uhr
C3, Sensengasse 3, 1090 Wien

Im Sommersemester 2018 startet das Postgraduale Masterprogramm „*Global Political Economy of Sustainable Development*“ erstmals an der Universität Wien.

Der interdisziplinäre Universitätslehrgang wird in drei Semestern Vollzeit bzw. in fünf Semestern berufsbegleitend in Kooperation mit ÖFSE und UNIDO durchgeführt. Die Unterrichtssprache ist Englisch. TeilnehmerInnen schließen mit dem akademischen Grad „Master of Science (MSc)“ ab.

Am 20. November 2017 informieren der wissenschaftliche Leiter, Ulrich Brand, und der wissenschaftliche Koordinator, Werner Raza, über Inhalt und Organisation des Masterprogramms. Um *Anmeldung* wird gebeten unter: info.sustainable-development@univie.ac.at

Beatriz Sarlo in Wien

Mit **Beatriz Sarlo** (Buenos Aires, 1942) meist eine der herausragenden Intellektuellen Lateinamerikas in der Woche vom 20.–23.11. in Wien. *Information:* foro-literario.org/espanol2017/Sarlo2.html